D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 18
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

7. Mai 1982
Preis 1,80 DM

Dreifacher Frühjahrsputz – mehr als Staub aufgewirbelt?
Eine Kampagne der Höflichkeit, gegen Korruption und zur Rationalisierung der staatlichen Verwaltung hat die chinesische Führung eingeleitet ..... S. 8



„In Wyhl wird Späth in Löß beißen"
Nach dem Richterspruch will die Landesregierung unbedingt bauen. Doch die Ablehnung der örtlichen Bevölkerung bleibt geschlossen .... S. 3

Qualitatives Wachstum statt Gewinnförderung
Die Arbeitsgruppe „Alternativen der Wirtschaftspolitik" hat das Memorandum '82 vorgelegt. Schwerpunkt ist die Kritik der Regierungspolitik .... S. 11

Auch in der Umschulung kriegt man nichts von selbst
Kurse ohne Lehrgangsbeschreibung, dem Geschäftsführer den Garten umgraben – auch das gibt es. Gegen solche Zustände hilft nur Druck ... S. 13

Sofortiger Abzug der britischen Armada!

Thatcher macht Kolonialpolitik, alles andere ist Heuchelei

Von Theo Mehlen

Bei aller Kritik, die sich an dem argentinischen Vorgehen üben läßt, daß die gewaltsame Besetzung der Insel unangemessen war, daß die Junta u.a. aus klar ersichtlichen innenpolitischen Gründen die Besetzung vorgenommen hat, muß doch angesichts des Krieges um die Malvinen-Inseln folgendes festgehalten werden:

Das Argument der Briten, die Aggression der Argentinier könne nicht hingenommen und die Argentinier müßten bestraft werden, schließlich gehe es um die Wahrung der internationalen Ordnung, die jene gewaltsame Lösung von Souveränitätsansprüchen verurteile, ist heuchlerisch. Gewaltsam besetzt haben zunächst die Engländer die Falkland-Inseln und verleibten sie 1833 ihrem Kolonialreich ein. Nach dem II. Weltkrieg hatten die Engländer in zwanzigjährigen Verhandlungen Zeit, die Inseln endlich in angemessener Form zurückzugeben. Diese Verhandlungen wurden von den Engländern immer wieder hinausgezögert, das ist die eigentliche Wurzel des Konflikts.

Das zweite Argument, das Selbstbestimmungsrecht der (von England angesiedelten) Falkländer müsse verwirklicht werden, wird inzwischen selbst von der britischen Regierung nicht mehr ernstgenommen. Sie hat selber verlauten lassen, die Regierung wolle sich letztlich in ihren Entscheidungen nicht von den Wünschen der Falkländer abhängig machen. Noch vor 5 Monaten hatte Thatcher einen Zusatzartikel zum britischen Nationalitätengesetz abgelehnt, der die Falkländer automatisch zu britischen Bürgern gemacht hätte – jetzt sind sie weiterhin Bürger zweiter Klasse.

Allein ist Falkland nicht lebensfähig. Die Briten waren kaum noch bereit, in Falkland zu investieren. Die Bewohner waren immer weniger in der Lage, ihr Leben auf den Inseln zu verwirklichen. Die notwendigsten Infrastrukturleistungen erbrachte inzwischen sowieso Argentinien. Die Zukunft der Falkländer, wenn sie wirklich vorhaben, sich die Inseln weiterhin nutzbar zu machen und auf Generationen zu überleben, liegt allein unter argentinischer Flagge bei weitgehender Selbstverwaltung der Inselbewohner.

Das dritte Argument wird von den Briten ausgeschlachtet, lähmt aber vor allem auch eine Politik der Linken. Angeblich sei der Konflikt ein Kampf zwischen Demokratie und faschistischer Diktatur. Die Linke in Argentinien hat hier eine richtige Stellung. So sagte der Regimegegner Ernesto Sabato in einem Interview: „In Europa herrschen Verwirrung und ein tiefes Mißverständnis. Es kommt daher, daß zwei Dinge miteinander verwechselt werden – unsere Militärdiktatur und das Malvinenproblem. Dies ist ein Problem nicht der Junta, sondern der ganzen Nation, und es besteht schon seit 150 Jahren. Zwar hat die Militärregierung die Besetzung veranlaßt, aber das ganze Volk ist einverstanden. Als am 10. April auf der Plaza de Mayo hunderttausende demonstrierten ... (ist das) eine Demonstration gleichzeitig für die Malvinen und gegen die Regierung gewesen." Die Opposition in Argentinien verfolgt tatsächlich keine Politik des Burgfriedens. Der Gewerkschaftsfunktionär Perez erklärte in Spanien, eine „Kriegswirtschaft" mit noch stärkeren Lohneinbußen, wie sie geplant seien, werde die Gewerkschaft nicht hinnehmen. Die Bedingungen für eine Opposition haben sich durch eine richtige Strategie verbessert.

Die Verantwortung dafür, daß bisher keine diplomatische Lösung zustande kam, liegt ebenfalls bei den Briten. So hatte die UNO-Resolution 502 am 3. April gefordert: 1. Einstellung der Feindseligkeiten, 2. Abzug der argentinischen Streitkräfte und 3. eine diplomatische Lösung. Darauf hatte die argentinische Regierung folgendermaßen geantwortet: Sie sei bereit Punkt 2 zu erfüllen, wenn England seine Flotte, die schon unterwegs war, wieder zurückrufe und garantiere, daß es die UNO-Resolution nicht ausnutzt, um den kolonialen Status über die Inseln wiederherzustellen. Über die Interessen der Bevölkerung wolle Argentinien mit Bereitschaft und Offenheit verhandeln. Thatcher ging darauf aus eindeutig innenpolitischen Gründen nicht ein.

Die strategischen Folgen für die entwickelten kapitalistischen Länder sind jetzt schon fatal. Für die USA sind die Reste der alten Monroe-Doktrin (Amerika den Amerikanern, mit der sich die USA bei außeramerikanischer Einmischung vor die Lateinamerikaner stellten) endgültig zusammengebrochen. Die Losung der Südamerikaner lautet jetzt mehr denn je: Südamerika den Südamerikanern!, nachdem die USA aus Rücksicht auf das NATO-Bündnis sich offen auf die Seite Großbritanniens gestellt hatten. Die USA und Westeuropa müssen somit erhebliche Positionsverluste in Südamerika hinnehmen. Für die USA wirkt das bis hin auf Mittelamerika, wo sie in Zukunft nicht mehr in der Lage sein werden, eine inneramerikanische Interventionstruppe gegen Revolutionen in Mittelamerika aufzustellen. Alle lateinamerikanischen Staaten bis auf Chile haben den Angriff Englands verurteilt.

Deutlich geworden ist auch die Heuchelei der kapitalistischen Länder im Nord-Süd-Verhältnis. Die BRD-Regierung z.B. war mit dem Beschluß über Sanktionen gegen Argentinien schneller zur Hand als jemals mit irgendeinem Beschluß zur Hilfe für die Dritte Welt. Nach der allzu schnellen Verhängung der Sanktionen durch die EG und den ersten mehreren hundert Toten wird es der Schmidt-Regierung langsam mulmig zumute. Man sollte jetzt von ihr erwarten können, daß die Sanktionen aufgehoben werden und Druck auf die Briten ausgeübt wird, EG hin oder her.

Wie bei einer Militärjunta nicht anders zu erwarten, haben sich die Argentinier verstärkt an die Brust des sowjetischen Imperialismus geworfen. Jetzt wird sogar schon befürchtet, daß die SU u.a. mit U-Booten innerhalb der Sperrzone in den Krieg eingreift, nachdem sie schon ihre Satelliten zur Aufklärung bereitgestellt hat. Wieder einmal wird deutlich, wie sehr die Rivalität der beiden Supermächte schon jeglichen Nord-Süd-Konflikt überlappt und überlagert.

FRAGE: Was wären die erträglichsten Opfer dieser Krise?
ANTWORT: Der Sturz von Galtieri und Thatcher.



1. Mai in Westdeutschland. *Bild:* Maidemonstration in Frankfurt. *Bericht auf Seite 15.*

Polen: Das Militärregime unter Druck

Nach den Mai-Demonstrationen Ausnahmezustand / Solidarität und Kirche stimmen sich ab

G.K. Die Welt hat es gesehen, und keine Lüge, selbst tausendfach monoton wiederholt, kann den Schleier einer scheinbaren „Normalisierung" in Polen wieder knüpfen, der durch die Demonstrationen am 1. und 3. Mai in Warschau, Danzig, Stettin und wohl noch einer ganzen Zahl anderer Städte weggefegt worden ist. Über diese Städte ist der Ausnahmezustand verhängt. 1300 sind neu interniert und verhaftet worden. Das Regime befindet sich nahezu wieder dort, wo es am 13. Dezember anfing.

Die Eruption des Zorns hat nur bestätigt, was sich in den Wochen vorher schon in komplizierten, fast diplomatischen Manövern der drei ausschlaggebenden Kräfte in Polen – des Regimes, der Kirche und der Solidarität – angekündigt hatte. Während das Regime mit dem Land zusammen immer tiefer im Morast der Krise versinkt und nicht vor und nicht zurück weiß, gewinnt die im Untergrund reorganisierte Solidarität allmählich die Initiative zurück. Und dabei kann sie noch immer (oder wieder) die Aktivitäten der Kirche – die durchaus von eigenen Interessen bestimmt sind – als ihren großen nationalen Schutzschirm für sich nutzen. Die Demonstrationen am 1. und 3. Mai in Warschau gingen nicht zufällig von den Kirchen aus und konnten sie als Rückzugspunkte nutzen.

Im folgenden ein kurzer Abriß der Ereignisse vor dem 1. Mai. Anfang April hatte der „Sozialrat" beim Primas von Polen seine „Thesen zur nationalen Verständigung" vorgelegt. Darin wurde deutlicher als bisher die Aufhebung des Kriegsrechts und die Wiederzulassung der „Solidarität" gefordert, während zugleich die Konzessionen umrissen wurden, die eine solche neubelebte Solidarität den Sicherheitsinteressen des Regimes und seiner Verbündeten machen könnte.

Diese „Thesen" hat nur den vollständigen Immobilismus, in den das Regime geraten ist, und setzen es unter Druck. Diese Taktik der Kirche entspricht dem, was auch zumindest Teile der untergetauchten Führung der „Solidarität" in der momentanen Situation für das geeignete Vorgehen halten; möglicherweise bestanden auch Absprachen (vgl. Artikel Seite 10).

Am 22. April trafen sich Z. Bujak (Warschau), M. Frasyniuk (Wroclaw), B. Lis (Gdańsk) und M. Hardek (Krakau), die wichtigsten Führer des Untergrundes, und bildeten eine „Provisorische Koordinierungs-Kommission" der Solidarität. In einer durch illegale Zeitungen verbreiteten Erklärung akzeptierten sie die „Thesen" des Sozialrats der Kirche als Verhandlungsgrundlage und erklärten: „Es ist unmöglich, die Probleme, denen sich Polen gegenübersieht, ohne die Eröffnung von Gesprächen zwischen der Staatsmacht und der Gesellschaft zu lösen. Wir sind entschlossen, alle Formen der Aktionen und des Drucks anzuwenden, um die Staatsmacht zu zwingen, mit der Führung der Solidarität unter Lech Walesa zu verhandeln." Als einzige Vorbedingung wird die Freilassung der Internierten und Verhafteten gestellt. Es werden für jeden 13. eines Monats Aktionen vorgeschlagen, für den 13. Mai ein einheitlicher Kurzstreik im ganzen Land und ein Stopp des Verkehrs von 12.00 Uhr bis 12.13 Uhr.

Zugleich war auf zahlreichen Flugblättern sowie durch die Sendungen eines illegalen Rundfunksenders „Solidarität" in Warschau zu den Demonstrationen am 1. und am 3. Mai aufgerufen worden. Das Regime hatte schon vorher nervös reagiert und von selbständigen Aufrufen einer Massenmobilisierung zur „Verteidigung des Sozialismus" abgesehen (wie von der rechten Fronde im ZK vorgeschlagen), um dabei nicht den kürzeren zu ziehen. Es hatte zugleich eine Reihe von Lockerungen des Kriegsrechts verkündet, wie Aufhebung der nächtlichen Ausgangssperre oder Wiederherstellung des automatischen (statt nur handvermittelten) Telefonverkehrs. Knapp 1000 Internierte (von offiziell 3000 – eine Zahl, die bezweifelt wird) wurden auf Bewährung freigelassen.

Nur einer der Freigelassenen, Jan Kulaj, der Vorsitzende der „Land-Solidarität", war zu Kreuze gekrochen. Er gelobte im Fernsehen, künftig nur noch im Rahmen der regimetreuen „Bauernpartei" zu arbeiten. Dieser Erfolg des Regimes entspricht seiner Taktik, den Einzelbauern gegenwärtig massive Zugeständnisse zu machen und sie so zum Stillhalten und zur Produktion anzuregen. Der einzige kluge Schachzug des Regimes – denn gelänge es, auch nur die elementare Versorgung des Landes mit Nahrungsmitteln zu sichern und den Austausch zwischen Stadt und Land durch eine Kombination von Zuckerbrot und Peitsche wieder unter staatliche Kontrolle zu bringen, hätte die angestrebte „Normalisierung" zumindest den Hauch einer Chance.

Aber die polnische Gesellschaft, und am wenigsten die Jugend, die in den Demonstrationen der letzten Tage die Straße beherrschte, ist wohl nicht bereit, sich einer solchen Politik zu unterwerfen. Am 28. April traf der Primas Glemp mit Jaruzelski zusammen, unmittelbar vor seiner Abreise nach Rom, wo die Frage eines Besuchs von Papst Wojtyla im August zu den Feiern der Madonna in Tschenstochau endgültig entschieden werden sollte. Jaruzelski konnte offenbar keine Aufhebung des Kriegsrechts bis dahin in Aussicht stellen – und der Papst will unter dem Kriegsrecht (das er sonst entweder stillschweigend anerkennen oder aber öffentlich angreifen müßte) nicht ins Land kommen. Jaruzelski sagte nicht einmal die Veröffentlichung der „Thesen" der Kirche zu. Die Antwort erhielt er auf der Straße.

Demonstration und Kundgebung gegen Hinrichtung und Folter in der Türkei und in Kurdistan sowie gegen die Massaker gegen das kurdische Volk

Die Proteste richten sich auch gegen die Ausländerfeindlichkeit und die Aushöhlung des Asylrechts in der BRD

Samstag, 8. Mai 1982, 11.00 Uhr
Duisburg, König-Heinrich-Platz

Rund 20 türkische und kurdische Organisationen rufen – mit verschiedenen Aufrufen – zu der Demonstration auf.

NATO weltweit

Von Günther Kruse

Eine Routinesitzung soll es beim Treffen der Regierungschefs am 10. Juni in Bonn nicht geben. Der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger will in dieser Woche beim Treffen der NATO-Verteidigungsminister in Brüssel die ersten Vorentscheidungen fällen, die dann auf der Außenministerkonferenz der NATO gut eine Woche später weiter beraten und schließlich den Regierungschefs zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollen.

Es sind im wesentlichen drei Komplexe, die entschieden werden sollen: Da ist zum einen die Frage des Einsatzes außerhalb des eigentlichen NATO-Gebietes. Sechs strategische Zonen sollen von den USA benannt sein, deren Sicherung für die Allianz lebenswichtig sei, darunter sicherlich auch die, die das Kommuniqué über die NATO-Ministertagung in Rom im vergangenen Mai nannte: der Nahe Osten, Südwest- und Südostasien und das südliche Afrika. Vor einem Jahr wurde die Absicht, einen solchen Einsatz der USA durch die NATO zu unterstützen, erstmals explizit erwähnt. Das „Wie" blieb noch relativ allgemein. Für die BRD kommt zwar ein direkter Einsatz von Truppen in diesen Regionen (noch) nicht in Betracht, dafür aber war z.B. schon vorher das Einsatzgebiet der Marine im Norden ausgeweitet worden, ausdrücklich zur Freisetzung US-amerikanischer Flottenverbände für den Einsatz z.B. im Indischen Ozean. Dafür ist mittlerweile ein Abkommen zwischen BRD und USA abgeschlossen, das die BRD als Nachschublager für Einsätze der USA außerhalb des NATO-Gebietes sichert und ausbaut. Offensichtlich will Weinberger jetzt über allgemeine Absichtserklärungen hierzu hinauskommen und feste Vereinbarungen innerhalb der NATO treffen, das heißt vor allem feste Zusicherungen für die weltweite Durchsetzung der US-Interessen.

Zum zweiten sollen Absprachen über eine beschleunigte Modernisierung der Ausrüstung der NATO getroffen werden. Die Debatten über eine umfassende Modernisierung der NATO waren schon einmal geführt worden, sie hatten 1978 zum „Langfristigen Verteidigungsprogramm" der NATO geführt. Die Umsetzung aber ist immer wieder ins Stocken geraten. Man erinnere sich nur an die Debatte über den Verteidigungshaushalt der BRD und über die Finanzierung des Tornado-Projekts, die schließlich zur Streichung einer ganzen Reihe weiterer Vorhaben der Bundeswehr bzw. ihrer Verzögerung geführt haben. Weinberger will daher auch auf der Einhaltung der jährlichen Steigerung der realen Ausgaben für das Militär von 3% pochen, da eine weitergehende Festlegung auf etwa 4% zwar von den USA beabsichtigt, aber nicht als realistisch eingeschätzt wird.

Und drittens soll, und das hängt eng zusammen mit dem vorgenannten Punkt, die Debatte über die Strategie der NATO eröffnet werden. Welche Konsequenzen ergeben sich für die konventionelle Verteidigung, für die Vorne-Verteidigung, aus der raschen Entwicklung der konventionellen Waffen, sowohl was ihre Treffsicherheit als auch, was ihre Zerstörungswirkung betrifft? Könnte nicht eventuell mit diesen Waffen auch bei Bestehen der NATO-Strategie der „flexible response", die ja eine abgestufte Antwort auf einen sowjetischen Angriff, sofern man diese von der NATO immer beschworende Ausgangssituation überhaupt erstmal akzeptieren mag, vorsieht, aber eben durchaus auch frühzeitig einen Ersteinsatz von Atomwaffen, der Einsatz dieser Waffen eingeschränkt, hinausgeschoben werden? Wäre dadurch nicht vielleicht ein möglicher Krieg viel eher auf Europa begrenzbar, das was Reagan zwar mit den Mittelstreckenraketen auch erreichen will, aber wo er sich eben doch nicht ganz sicher sein kann?

Sowenig eine Strategiedebatte jetzt abgeschlossen werden wird, so scheinen mir doch im wesentlichen zwei Schlußfolgerungen aus diesem Bündel von Maßnahmen zu ziehen sein: Die USA stützen sich, müssen es auch, in ihrem weltweiten Herrschen immer stärker auf die NATO. In den oben aufgeführten „lebenswichtigen" Zonen hatten die USA beispielsweise vor noch weniger als zehn Jahren mehr oder weniger feste Bündnisse und Stützpunkte. Heute kann man dazu fast nur noch Südafrika und Israel rechnen. Und „feste Bastionen" sind das auch nicht mehr ohne weiteres. Das andere betrifft die Möglichkeit, Krieg zu *führen*, nicht mehr nur durch Abschreckung ihn zu *verhindern*. Darauf scheinen sich die USA immer stärker einzustellen.

In Bonn und Westberlin – Reagan soll gebührend empfangen werden

nia. Westberlin. Auf ausdrücklichen Wunsch von Senat und Bundesregierung wird Reagan im Juni auch nach Westberlin kommen. In Vorbereitung einer Demonstration dagegen laufen jetzt in der Berliner Friedenskoordination ähnliche Auseinandersetzungen wie bei der Vorbereitung der zentralen Bonner Demonstration.

Die Konsequenz daraus hat sich in einem Beschluß des Delegiertenrates der AL am 21.4. niedergeschlagen, in dem er u.a. erklärt, den Bad Godesberger Aufruf nur zu unterzeichnen, wenn auf der Abschlußkundgebung Vertreter der osteuropäischen Friedensbewegung sprechen dürfen. Im einzelnen heißt es:

„Am 4. April fand in Bad Godesberg ein Vorbereitungstreffen verschiedener in der Friedensbewegung aktiver Organisationen statt, auf dem ein gemeinsamer Aufruf aller Gruppen zu einer Demonstration gegen den Reagan-Besuch im Juni erarbeitet werden sollte. Dabei ist eine Kontroverse innerhalb der Friedensbewegung öffentlich geworden, die ernsthaft zu führen höchste Zeit wird. Im Kern geht es bei dieser Auseinandersetzung darum, ob sich die Friedensbewegung wie gegen die US-Hochrüstungspolitik auch gegen die sowjetische Hochrüstungspolitik wenden muß und ob man daraus ableitet, daß die Friedensbewegung in Ost und West als gemeinsame, blockunabhängige Friedensbewegung zu sehen ist ... Diese Situation hat in der Vergangenheit immer wieder dazu geführt, daß eine grundsätzliche Kritik an der Politik der UdSSR in Aufrufen zu friedenspolitischen Aktivitäten ausgespart wurde, um ein einheitliches Vorgehen aller in der Friedensbewegung Aktiven zu ermöglichen ... Allen, die die Kritik am Godesberger Aufruf und am dortigen Diskussionsablauf als Bestreben, die Friedensbewegung zu spalten zu kennzeichnen versuchen, halten wir entgegen, daß es ohne öffentliches Austragen von Widersprüchen keine Weiterentwicklung der Friedensbewegung geben wird ... Unser Ziel ist es, daß die Friedensbewegung noch mehr Menschen in Ost und West erfaßt. Um dieses zu erreichen, ist es unserer Auffassung nach wichtig, daß sich die Friedensbewegung nicht auf eine Anti-Raketenbewegung reduzieren läßt, weil mit dieser Stoßrichtung allein keine die Blöcke überwindende Politik entwickelt werden kann."

Die ESG hat auf dem Treffen der Berliner Friedenskoordination am 25.4. plötzlich bekanntgegeben, daß sie schon eine Demonstration angemeldet hat – für den Vorabend des Reagan-Besuchs; mit einem Aufruf, der die Differenzen ausspart. Auf die ESG trifft sicher die Einschätzung der AL zu, daß nicht alle, die eine Solidarisierung mit der osteuropäischen Friedensbewegung aussparen wollen, Subsysteme der DKP seien; der ESG ging es eher darum, die „Einheit" zu wahren. Bei der Wahl des Termins mag aber auch eine Rolle gespielt haben, eine direkte Konfrontation vermeiden zu wollen.

Der „Arbeitskreis Atomwaffenfreies Europa" hat einen Vorschlag für die Abschlußkundgebung vorgelegt, wonach neben Vertretern der amerikanischen auch Vertreter der ostdeutschen Friedensbewegung sprechen sollen. In der AL wird diskutiert, daß man, wenn das nicht durchzusetzen ist, eine eigene Abschlußkundgebung machen solle. Es solle eine gemeinsame Demonstration stattfinden, mit der man alle Kräfte zusammenfassen kann; die AL soll dazu aber mit einem eigenen Aufruf mit ihren Positionen mobilisieren.

Das ist auf jeden Fall zu unterstützen; sowieso muß die Friedensbewegung gerade hier in Westberlin eine korrekte Antwort auf die Bedrohung durch die Sowjetunion geben können, wenn sie stärker werden will. Zu prüfen ist, ob die ursprüngliche Vorstellung, *während* des Reagan-Besuchs zu demonstrieren, nicht trotzdem noch möglich ist. Eine große Demonstration am Vorabend könnte sogar mobilisierend wirken.

gkr. Die Grünen haben mittlerweile auch ihre Haltung zum Aufruf zur Demonstration am 10. Juni in Bonn geklärt, nachdem sie an ihrer Unterstützung und Mobilisierung für diese Demonstration keinen Zweifel gelassen hatten. Sie stellten dem Aufruf selber eine Präambel voran, in der sie besonders die Verbindung der Friedensbewegung zwischen Ost und West, die aktive Gewaltfreiheit und auch die Einbeziehung der Atomanlagen herausheben (Wortlaut der Präambel siehe Seite 5). Mit dieser Präambel, die für sie Bestandteil des Aufrufs ist, unterstützen sie nun den in Bad Godesberg am 4.4. beschlossenen Aufruf.

Für die Grünen hat sich das als ein Ausweg erwiesen, ihre Kritik an dem Aufruf beizubehalten und zu formulieren, aber gegen den Aufruf nicht weiter angehen zu müssen. Die Russell-Initiativen (ebenfalls im Koordinationsausschuß) hatten auf einem Arbeitstreffen über die Frage diskutiert, ob sie den Aufruf evtl. unter Übernahme der Präambel der Grünen unterstützen sollten. Mehrheitlich wurde dies auf diesem Treffen abgelehnt.

Über Ort und Durchführung der Demonstration hat es mittlerweile offensichtlich eine weitgehende Einigung gegeben. Die Aktionen sollen rechtsrheinisch und damit in sicherer Entfernung von Innenstadt und Regierungsviertel am Rhein stattfinden. Vier verschiedene Schwerpunkte sind geplant: Frieden und Selbstbestimmung in der Dritten Welt – Aufrüstung, Umweltzerstörung, Sozialabbau – NATO-Politik, Blockkonfrontation und ihre Alternativen – Solidarität mit der weltweiten Friedensbewegung. Es soll auch ein Vertreter der Friedensbewegung in der DDR eingeladen werden. Wer aber zählt dazu? Das ist offensichtlich umstritten, eine Mehrheit für die Einladung von Stefan Heym oder Pfarrer Eppelmann kam bisher jedenfalls noch nicht zustande.



Die Lösung des Verkehrsproblem ...

Kriegswaffenexport ökonomischen Interessen untergeordnet

kvz. Vergangenen Mittwoch verabschiedete der Bundessicherheitsrat endgültig die neuen Richtlinien für den Export von Kriegswaffen. Obwohl sich die Debatte über diesen zunehmend schwunghaften Handel mit Waffen am Export von U-Booten nach Chile entzündete, treffen die neuen Richtlinien gerade für diesen Fall keinerlei einschränkende Bestimmungen. Für den Kriegsschiffbau sollen, in dem Papier vornehm zurückhaltend verschwiegen, die neuen Richtlinien sowieso nicht gelten. Er macht aber alleine etwa 95% des Rüstungsexports der BRD in Länder außerhalb der NATO aus. Aber selbst wenn die Richtlinien gälten, eine Einschränkung ergäbe sich daraus nicht. Zwar sollen prinzipiell keine Rüstungsgüter in Länder außerhalb der NATO oder ihr gleichgestellter (z.B. Australien) geliefert werden. Aber wenn vitale Interessen der BRD oder Bündnisinteressen dafür sprechen, dann eben doch. Es dürften durch die Lieferung keine bestehenden Spannungen erhöht werden. „Lieferungen an Länder, bei denen eine Gefahr für den Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen besteht, scheiden deshalb grundsätzlich aus." So stehts geschrieben. Wird etwa deshalb Argentinien die von Westdeutschland gelieferten U-Boote nicht einsetzen? Und bei Rüstungskooperation in dem Rahmen der NATO steht explizit das wirtschaftliche Interesse an Kooperation an erster Stelle, auch wenn das Kooperationsland viel freizügiger mit Exporten umgeht. Da ist dann eben eine in der BRD gefertigte Kanone, wenn sie in Frankreich in einen Alpha-Jet eingebaut wird, eine französische Kanone.

Provokation durch Fußballfans und Neofaschisten

kvz. Bei der Frankfurter Maikundgebung gab es einen blutigen Zwischenfall: Kurz vor 12 Uhr stürmten ca. 250 zumeist jugendliche Fußballfans, Anhänger des 1. FC Nürnberg, auf den Platz vor dem Römer. Die Angetrunkenen riefen ausländerfeindliche und Nazi-Parolen. Durch Prügelei bahnten sie sich schnell einen Weg durch die Kundgebungsteilnehmer. Sie griffen dabei, offensichtlich von einigen wenigen Neofaschisten angestachelt, während die Mehrzahl zunächst eher abwartend reagierte, vor allem Ausländer an. Die entschiedenste Gegenwehr lieferten türkische Arbeiter, die den größten Teil der Fußballfans auch vertrieben.Die Polizei, die den Zug der randalierenden Jugendlichen bis zum Paulsplatz begleitet hatte, verlor dort, so ein Sprecher, „den Überblick" und wartete, was passiere. Erst als ein gleichzeitig am Mainufer vorbeiführendes Radrennen gefährdet war, setzte der Überblick und das Eingreifen der Polizei wieder ein, vielleicht zwanzig Polizisten setzten den Fußballanhängern über den Kundgebungsplatz nach. Keineswegs auf ungeteilte Zustimmung der versammelten Kundgebungsteilnehmer stoßend, von denen viele schon oft genug selbst gegen die Polizei standen. Peinlich die Reaktion der DGB-Sprecher: Die Kollegen hätten sich nicht provozieren lassen, lobte der eine. Nun sei ja alles klar, seufzte der andere auf, als die Polizisten auf den Platz rückten. Richtete sich das etwa gegen die handelnden Türken? Und am Schluß: Man werde energisch beim Fußballbund protestieren, daß am 1. Mai solche Veranstaltungen stattfinden. Als sei damit das Problem zu erledigen.

Innenministerkonferenz beschließt "Störer"-Datei

kvz. Die Innenminister haben nun eine „Störer"-Datei beim BKA beschlossen. Am vergangenen Donnerstag, bei der Innenministerkonferenz, wurde festgelegt, daß Demonstranten erfaßt werden sollen, gegen die wegen Landfriedensbruch oder schwerem Hausfriedensbruch im Zusammenhang mit einer „politisch bestimmten öffentlichen Versammlung" ermittelt wird. Ebenfalls sollen Verfahren wegen Aufrufs zur Gewalt registriert werden. Nur Hamburg will sich nicht beteiligen. Das Ganze erhielt den Namen „Landfriedensbruch und verwandte Straftaten" und soll für probeweise zwei Jahre gelten. Bei Freispruch oder Einstellung des Verfahrens sollen die Daten sofort gelöscht werden, so zumindest versprachen es die Innenminister. Die bisherige Praxis läßt Zweifel daran aufkommen. Schleswig-Holsteins Innenminister Barschel bestätigte, daß die Datei zur Vorbereitung der polizeilichen Taktik, worunter wohl auch vorläufige Festnahmen fallen, wie auch zur Durchsuchung *nach* Demonstrationen dienen soll.

Ilse Schwipper verhandlungsunfähig

kvz. Was den Prozeßbeobachtern im 3. Schmücker-Prozeß längst klar ist, hat nun der psychiatrische Sachverständige Prof. Cabanis bestätigt. Der Zustand von Ilse Schwipper (die nicht zur RAF gehörte, wie fälschlicherweise in KVZ 16, S. 2, behauptet) hat sich in den 8 Jahren U-Haft derart verschlechtert, daß sie der Verhandlung nicht mehr folgen und auch keine zweckdienlichen Erklärungen abgeben kann. Ihr Zustand sei nur durch Haftentlassung und eine ambulante Therapie mit einem Arzt ihres Vertrauens beeinflußbar. Haftfähigkeit sei selbst dann in nächster Zeit nicht zu erwarten. Am Dienstag nun hatte das Gericht, die 13. Grosse Strafkammer, aufgrund des Gutachtens Ilse Schwipper für haft- und verhandlungsunfähig erklärt und sofort freigelassen.

mine · Termine · Termine · Termine · Te

Mai

10. Bonn. In dieser Woche soll im Bundestag das Asylgesetz verhandelt werden

Westberlin. Bundesausschuß (kleiner Parteitag) der CDU tagt

Recklinghausen. Begleitprogramm zu den Ruhrfestspielen zum Thema Friedenssicherung, bis 13.5.

Tennessee (USA). Eröffnung der Weltenergieausstellung, geht bis 31.10.

12. Frankfurt. Bundesweiter Kongreß „Umwelt und Gesundheit", bis 14.5.

15. Wuppertal. NRW-Treffen der Demokratischen Sozialisten zur Schaffung organisatorischer Strukturen, bis 16.5.

Hannover. Demonstration gegen die Militärelektronikausstellung IDEE

Hannover. Rockfestival gegen die Waffenschau, bis 16.5.

16. Westberlin. 12. ordentlicher DGB-Bundeskongreß, bis 22.5.

18. Hannover. Internationale Luftfahrtausstellung, bis 23.5.

Hannover. Internationale Militärelektronikausstellung IDEE, bis 20.5.

19. Kassel. Deutscher Naturschutztag 1982, vom Dt. Naturschutzring

20. Münster. 40. Deutsche Amateurfilmfestspiele, bis 23.5.

Hambach. Alternatives Hambacher Fest, veranstaltet von GRÜNEN etc., bis 22.5.

21. Bad Godesberg. Bundeskonferenz der „Fraueninitiative 6. Oktober", bis 23.5.

Saarbrücken. Kongreß des Christlichen Gewerkschaftsbundes CGB, bis 23.5.

22. Hamburg. 1. bundesweiter Pädagogen-Friedenskongreß, bis 23.5.

23. Bonn. Verkündung des Grundgesetzes vor 33 Jahren

„...wird die Region unregierbar!"

M.M.Freiburg. Für Baden-Württembergs CDU-Ministerpräsidenten Lothar Späth ist die Sache klar. ,,Ich lasse hier keinen Zweifel, daß es für mich eine Erklärung nicht geben kann, nach der eine Sache, die rechtlich in Ordnung ist, politisch nicht durchsetzbar ist", beschied er die Journalisten, die ihn auf seinen Parteikollegen Albrecht ansprachen, der Anno 1979 das integrierte Entsorgungszentrum für ,,politisch undurchsetzbar" erklärte. Die Freiheit des Kapitals zur ,,Grundsatzfrage des Rechtsstaats" deklariert und Wyhl als Testfall auf die CDU-Regierungsalternative für die 80er Jahre? Daß Späth diese Vorreiterrolle – auch innerhalb der CDU – nur allzu gerne spielt, steht nicht erst seit heute fest: Vor Jahresfrist schickte er ein Riesenaufgebot an Polizei, um den ,,Rechtsfrieden" der Häuserspekulanten in Freiburg gegen die Hausbesetzerbewegung durchzusetzen. Im Bundesrat war und ist er Vorreiter für Sozialdemontage, Abbau der Mieterschutzrechte und reaktionäre Ausländergesetzgebung.

An Späths Willen, Wyhl gewaltsam durchzusetzen, kann also kaum gezweifelt werden. Nur, Willen und Fähigkeit sind zweierlei. Unbestritten ist nur seine Fähigkeit, sich mit der Bundesregierung zu arrangieren: Im Dezember ging ein Kuhhandel über die Bühne – gegen eine Finanzierungszusage für den Schnellen Brüter die politische Unterstützung der Durchsetzung der Atomkraftwerke in Wyhl und Neckarwestheim.

In der Region jedoch fand Späths ,,klare Linie für Wyhl" kaum Widerhall. Nur zwei Parteifreunde sahen sich als Vermittler berufen: Der Freiburger CDU-Oberbürgermeisterkandidat, der um seine Wahlchancen im Herbst fürchtet, und der CDU-Landtagsabgeordnete Fleischer, dem in seinem 15-Punkte-Papier insbesondere die Ausschaltung der Bürgerinitiativen als Repräsentant der Bevölkerung am Herzen lag. Doch selbst die Bauernverbände, im Fleischer-Papier als die ,,wahren" Repräsentanten der landwirtschaftlichen Bevölkerung anvisiert, verlangen von der Regierung neue Verhandlungen auf Basis der Forderung nach einem völligen Schadensausschluß als Minimum. Verhandlungen sind im Späth'schen Gesprächsstil nicht vorgesehen, da ,,in der Demokratie Entscheidungen getroffen werden" und am Bau von Wyhl nicht zu rütteln ist.

Widerhall in der Bevölkerung der Region fand jedoch der Aufruf der Bürgerinitiativen: innerhalb kürzester Frist beteiligten sich zehntausende an den Protestkundgebungen gegen das Urteil und Späths Ankündigungen. Ein eindeutiges Votum in der ,,Grundsatzfrage", wer denn der Souverän im Lande ist?

„In Wyhl wird Späth in Löß beißen"

Am Freitag, dem 2. April, zwei Tage nach dem Urteil und Späths Erklärung, fand in Forchheim eine Delegiertenkonferenz der badisch-elsäßischen Bürgerinitiativen statt. Schon auf den vorausgegangenen Versammlungen war man übereingekommen, auf jeden Fall unmittelbar nach dem Urteil zu einer Großkundgebung aufzurufen, um die Stärke des Widerstandes zu demonstrieren. Neben anderen Punkten lag den 120 Delegierten und Mitgliedern der Entwurf für eine dritte Erklärung der Bürgerinitiativen an die Bevölkerung der Region vor (siehe Dokumentation).

Die beiden vorherigen Erklärungen wurden in Situationen verfaßt, die Wendepunkte in der Bewegung gegen das AKW Wyhl waren. Die erste Erklärung erschien im August 1974, als sich nach Dutzenden von Protestversammlungen und -demonstrationen abzeichnete, daß die Filbingerregierung mit allen Gewaltmitteln bauen wollte. Die Bauplatzbesetzung wurde für diesen Fall angekündigt. Und sie wurde dann auch erfolgreich organisiert.

Die zweite Erklärung wurde verfaßt, als nach acht Monaten Bauplatzbesetzung und drei Monaten Verhandlungen es über die Offenburger Vereinbarung – einer Art Waffenstillstandsvereinbarung mit der Landesregierung – beinahe zu einer Spaltung in den Bürgerinitiativen kam. Zunächst wollte eine Mehrheit die Vereinbarung ablehnen, da die von der Landesregierung gemachten Zusagen (Gutachten und Straffreiheit) nicht hinreichend seien. Als nach harten Auseinandersetzungen und kräftigem Druck durch die Landesregierung die Vereinbarung doch angenommen wurde, bewertete die zweite Erklärung diesen Schritt: ,,Wir haben die Offenburger Vereinbarung nur in der Erwartung akzeptiert, daß die Regierung nicht wieder versucht, gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung in Wyhl ein Atomkraftwerk zu bauen. Wir gehen davon aus, daß die Landesregierung dazu steht, unsere Bedenken zu respektieren. Wir müßten sonst Mittel und Wege finden, uns und unsere Heimat zu schützen." Die Erklärung war in ihrer Voraussicht relativ treffend: Heute sieht Späth sich selbst an die spärlichen Zusagen der Offenburger Vereinbarung nicht mehr gebunden – u.a. ist ein Aussicht gestelltes gesamtökologisches Gutachten bis heute nicht einmal bestellt – und kündigt die gewaltsame Erzwingung des AKW an.



Die dritte Erklärung wertet die in der gesamten Auseinandersetzung gemachten Erfahrungen und kündigt in Punkt 7 für den Fall, daß Späth seine Drohung wahrmacht, den Bau mit Gewalt zu erzwingen, die Strategie des zivilen Ungehorsams als Hauptkampfmittel an. Die Erklärung, die letztlich bei einigen redaktionellen Änderungen einmütig angenommen wurde, war nicht gänzlich unumstritten. Einige fragten, ob nicht die Passage gegen das Gericht zu scharf sei. Vor dem Hintergrund der Erfahrung des Gerichtsverfahrens, an dem regelmäßig 300 bis 400 teilgenommen hatten, fand die Ansicht aber keinen Anklang.

Strömungen in der Bewegung am Kaiserstuhl

Die kurze Debatte um die Beurteilung des Gerichtsverfahrens wirft die Frage nach Strömungen in den Bürgerinitiativen auf und ob Späth an ihnen erfolgreich anknüpfen kann? Zweifellos gibt es in den Bürgerinitiativen im großen und ganzen zwei Strömungen, die in der Geschichte der ganzen Auseinandersetzung jeweils auch unterschiedlich Position bezogen haben – in größerem Umfang beim Abschluß der Offenburger Vereinbarung.

Der eine Flügel, am ehesten vielleicht dadurch gekennzeichnet, daß er in erster Linie auf die eigene Kraft und die eigene Aktivität setzt und dessen Motor die jüngere Generation in den Bürgerinitiativen ist. Ein Flügel, der nach der Offenburger Vereinbarung durchgesetzt hat, daß noch vor dem Urteil im Freiburger Prozeß 1977 die Bürgerinitiativen mit einer Großkundgebung Stellung nehmen und auch jetzt die Auswertung der ,,Mannheimer Wahrheitsfindung" organisiert hat auf Großveranstaltungen.

Der andere Flügel ist am besten dadurch beschrieben, daß er noch eher Hoffnungen in die Institutionen, Verbände und Parteien hat. Als Exponent dieses Flügels kann man den Apotheker und Winzer Schött aus Endingen ansehen, der in den Verhandlungen mit der Regierung Verhandlungsführer der Bürgerinitiativen war. Für ihn war die Offenburger Vereinbarung *das* Mittel, die Auseinandersetzung in friedlichen und rechtsstaatlichen Bahnen zu lösen. (Als Kandidat der FDP wurde er dann 1976 in den Landtag gewählt, wobei er die bestehende absolute Mehrheit der CDU brach.) Schött hat als Kläger und Gemeinderat von Endingen nach dem Urteil Stellung genommen: 1. sei Späth gegenüber der Bevölkerung durch die Offenburger Vereinbarung im Wort, 2. müsse die Regierung auf jeden Fall die Revisionsinstanz abwarten. In einer gemeinsamen Erklärung mit dem Kreisverband Emmendingen der FDP dann drittens, der Bau könne nicht gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden. Da müsse der Grundsatz gelten: Demokratie vor Wirtschaftsinteressen.

Schötts sonstige Bemerkungen wie z.B. auf der Großkundgebung, auf der er vor Gewalt und unbedachten Aktionen warnte, wurden dort eher allgemein als deplaciert empfunden.

Daß Späth aber in Schött oder den durch ihn repräsentierten Flügel jene Figur des ,,besonnen Bürgers" findet, der den ,,harten Kern der Gegner" isoliert, um sich nicht im ,,Schlepptau professioneller Chaoten" wiederzufinden, scheint auch vor dem Hintergrund der bisherigen gemeinsamen Geschichte mehr als fraglich.

Gemeinderäte gegen Wyhl

Aber auch sonst findet Späths Vorgehen bisher wenig erfolgreiche Anknüpfungspunkte. ,,Als wichtigste Gesprächspartner in der Region um Wyhl nennt der Ministerpräsident zunächst einmal die Bürgermeister und die gewählten Gemeinderäte der Umfeld-Gemeinden", heißt es im eingangs erwähnten Interview. Mitglieder der Bürgerinitiativen sind seit 1975 in beinah jeden Gemeinderat des weiteren Umfelds gewählt worden. Schon vor Späths Erklärung war man übereingekommen, diesen Umstand zu nutzen, um erneut Position gegen den Bau von Wyhl zu beziehn. Von den Gemeinderäten in Weisweil, Endingen und Sasbach sind Beschlüsse in diesem Sinne gefaßt worden. Gleichzeitig wurde die Übernahme der horrenden Prozeßkosten durch die Gemeinden und den Kreis empfohlen. Im Emmendinger Gemeinderat hat die SPD eine Stellungnahme gegen Wyhl eingebracht. Ähnliche Anträge liegen seitens der Fraktionen von SPD und FDP in den Kreistagen von Emmendingen und Breisgau-Hochschwarzwald vor. Selbst im nördlich angrenzenden Kreis Ortenau, in dem früher keine BIs gearbeitet haben, sind ähnlich Anträge eingebracht: so in Kippenheim und Lahr. Der Späth-Seilschaft in der CDU gelang es bisher nur im Freiburger Gemeinderat, einen gemeinsamen Antrag von GRÜNEN-SPD-FDP gegen Wyhl im Verein mit den Freien Wählern und dem SPD-Oberbürgermeister Keidel abzulehnen.

Von besonderem Interesse war die Sitzung im Gemeinderat von Vogtsburg – der größten Weinbaugemeinde Deutschlands, wie der Werbeprospekt die Eingemeindung von 7 Dörfern im Herzen des Kaiserstuhls beschreibt. Hier hatte die CDU auch nach der Wyhl-Auseinandersetzung 1974 bis 1976 – nach vorher 70 bis 90% – ihre absolute Mehrheit knapp behauptet. Nach der Gemeinderatssitzung am 15.4. erklärte der CDU-Bürgermeister Fischer: ,,Hätten wir geheim abgestimmt, wäre eine überwältigende Mehrheit gegen Wyhl zustandegekommen." Offen wurde einstimmig ein Kompromißvorschlag beschlossen: Der Gemeinderat ist gegen das Urteil und gegen Wyhl. Er lehnt Gewalt ab. Es sei aber nicht gegen das Gesetz, wenn er verlange, daß die Regierung das Revisionsurteil abwarte und die Stellungnahmen von Parteien, Verbänden usw. zum Gegenstand von Gesprächen und Verhandlungen mache.

Die Dynamik von Späths ,,klarer Linie" läuft geradewegs andersherum wie beabsichtigt: So beschloß der Stadtverband der CDU-Endingen, daß 1. der Bau nicht gegen die Bedenken der Bevölkerung gemacht werden dürfe und 2. auf jeden Fall die Regierung die Revision abwarten soll. Gerade das will Späth aber nicht, mit der feinsinnigen Begründung: ,,Wie könnte ich dann den Bürgern von Neckarwestheim oder den Gegnern der Schnellbahn Mannheim – Stuttgart Gleiches verwehren." Er hätte ruhig noch eine ganze Latte weiterer Projekte aufzählen können, die gegen den Willen der Bevölkerung gebaut werden. Von wegen der ,,Grundsatzfrage des Rechtsstaats".

,,Wir warnen vor dem Trugschluß, daß hieraus (Erleichterung über Verzicht auf Nacht- und Nebelaktionen) ein Gesinnungswandel der Bürger unseres Raumes erwartet werden kann", kommentierte der Endinger Bürgermeister Eibentanz die Wirkung der Späthschen Gesprächsfarce. Wie die Dinge liegen, wird Späths Empfang im Juni heiß werden: was die Forderungen angeht, die erhoben werden, vielleicht auch so, wie es auf einem Transparent auf der Großkundgebung stand: ,,Späth, komm nach Kiechlinsbergen, Filbi war auch schon da." Filbinger erhielt 1976 auch einige blaue Flecke, als er Tuchfühlung am Kaiserstuhl nahm.

9 Jahre Kampf gegen das KKW Wyhl

Juni 1973: Der Wyhler Bürgermeister Zimmer schließt den Vertrag über den Verkauf des Bauplatzes mit der Kernkraftwerk Süd (KWS) ab.

Sept. bis Nov. 1973: Bildung der Bürgerinitiativen.

März 1974: Die BIs fordern einen Bürgerentscheid über den Geländeverkauf und sammeln bis Juni 1974 90000 Unterschriften.

April 1974: Erste Treckerdemonstration von ca. 400 Bauern.

Aug. 1974: Die 21 badisch-elsässischen BIs kündigen die Bauplatzbesetzung an.

Nov. 1974: Beim Bürgerentscheid in Wyhl stimmen 55% für Verkauf an die KWS.

Jan. 1975: Das Wirtschaftsministerium erteilt erste Teilerrichtungsgenehmigung für den Bau eines 1. Blockes.

Feb. 1975: Erste Platzbesetzung am 18.2., 20.2. Räumung durch die Polizei, 24.2. nach einer Kundgebung von 28000 erneute Besetzung.

März 1975: VG Freiburg beschließt, daß der Bau nicht vor dem Hauptverfahren begonnen werden darf.

Okt. 1975: VGH Mannheim entscheidet, daß das Badenwerk auf eigenes Risiko bauen kann.
Die BIs beschließen mehrheitlich die Räumung des Bauplatzes, um Verhandlungen mit der Landesregierung zu ermöglichen.

Jan. 1976: Abschluß der Offenburger Vereinbarung: BIs verzichten auf Platzbesetzung, Landesregierung erstellt neue Gutachten und sichert Straffreiheit zu. Der Baubeginn wird zurückgestellt. Zweite Erklärung der Bürgerinitiativen.

Okt. 1976: Kundgebung am Bauplatz mit 12000 Teilnehmern.
Der ehemalige Ministerpräsident Filbinger wird am Kaiserstuhl gestellt (s. Bild).

Nov. 1976: Die Delegiertenversammlung der BIs lehnt die vorgelegten Gutachten der Landesregierung ab. Innenminister Schieß leitet Umbesetzung in der südbad. Polizeiführung ein, um ,,polizeitaktische Maßnahmen" in Wyhl vorzubereiten. Erklärung von 81 Polizisten und Protestkundgebung der GdP dagegen.

Jan. 1977: Hauptsacheverfahren des VG Freiburg in Herbolzheim. Im Urteil wird ein Berstschutz gefordert und vorläufiger Baustopp erteilt.

März 1979: Der neue Ministerpräsident Späth kündigt in Sasbach den sofortigen Baubeginn nach entsprechendem Urteil des VGH Mannheim an.

Juni 1979: Beginn des Berufungsverfahrens vor dem VGH Mannheim. An den Verhandlungen nehmen jeweils 400 bis 500 Kaiserstühler teil.

Nov. 1981: Letzte Prozeßrunde des VGH.

März 1982: VGH erklärt Wyhl für rechtmäßig. Späth kündigt ,,schnellstmöglichen Baubeginn" an.

4.4.1982: Über 40000 folgen dem Aufruf der Bürgerinitiativen zur Protestkundgebung. Dritte Erklärung wird bekanntgegeben.

„Wir haben einen langen Atem"

Die badisch-elsässischen Bürgerinitiativen haben auf einer öffentlichen Delegiertenversammlung am Freitag am Kaiserstuhl eine Erklärung an die Bürger der Region verabschiedet. In der 8-jährigen Geschichte der BIs, die sich sonst im Kommunique-Krieg der Parteien und Gruppen eher zurückhalten, ist dies die dritte Erklärung dieser Art. Sie wurde auf der regionalen Großkundgebung am Sonntag in Wyhl erstmals verlesen und am gleichen Abend in einer Sondersendung von Radio Dreieckland ausgestrahlt.

1. In Wyhl hat die Bevölkerung Geschichte gemacht, in Wyhl entscheidet sich unsere Zukunft.

2. Vor 12 Jahren haben eine Handvoll Leute ohne Macht und Mandat die Anschläge der Atomindustrie auf unsere Region am Oberrhein aufgedeckt.
Vor 10 Jahren hatte der spontane Zusammenschluß von Winzern, Wissenschaftlern und Studenten schon soviel Kraft, daß die Regierung gezwungen war, auf ein Atomkraftwerk in Breisach zu verzichten.
Vor 8 Jahren haben wir uns notgedrungen selbst organisiert, und zwar quer zu allen Parteien und Weltanschauungen in der Föderation der 'Badisch-elsässischen Bürgerinitiativen'. Im August 1974 haben wir mit guten Gründen 'beschlossen, der Gewalt, die uns mit diesem Unternehmen angetan wird, solange unseren passiven Widerstand entgegenzusetzen, bis die Regierung zur Vernunft kommt' (Erklärung der 21 Bürgerinitiativen). In den folgenden acht Jahren haben wir, die betroffene Bevölkerung der Region, bewiesen, daß wir uns selber schützen können, wenn wir Verantwortungsgefühl bewahren und demokratisches Selbstbewußtsein, Phantasie und langen Atem.
Von Wyhl ging eine demokratische Hoffnung aus und die Erkenntnis, daß die Menschen nicht zwangsläufig ihre Lebensgrundlagen zerstören müssen.
Das ist unsere Geschichte.

3. In all den Jahren haben wir Opfer gebracht, die nicht meßbar sind: Zeit, sehr viel Arbeitszeit, Lebenszeit; Kraft, Nerven, Gesundheit; Unsummen von schwer erarbeitetem Geld; wir haben um der Sache willen; auf vieles verzichtet; wir haben staatliche Arroganz erlebt, Beleidigungen und Demütigungen; wir kennen Hausdurchsuchungen, Verhöre, Androhung des beruflichen Ruins und auch nackte Polizeigewalt.
Wer so lange gekämpft hat und soviel eingesetzt hat, läßt seine Sache nicht im Stich, wenn der Wind rauher wird.

4. Nicht wir haben die Rechtsstaatlichkeit in Frage gestellt, sondern die Richter in Mannheim. Dieser Prozeß hat nicht der Wahrheitsfindung gedient, sondern den Interessen der Atomindustrie. Wir haben versucht, auch vor Gericht unser Grundrecht auf Leben und Gesundheit einzuklagen; in Mannheim hat man unsere Klage vom Tisch gewischt.

5. Nicht wir haben die Amtsautorität der Regierung in Frage gestellt, sondern die Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg.
Der erste hat sich dem Gelächter preisgegeben, als er für 1980 die große Dunkelheit prophezeite; er hat noch manches prophezeit, so z.B. auch, daß Atomstrom Arbeitsplätze sichere, obwohl er selber wußte, daß die Industrie mit Hilfe des Atomstroms Arbeitsplätze wegrationalisieren will.

Der zweite hat heute noch, nach Harrisburg, die Stirn, den Bau eines Atomkraftwerkes zu vergleichen mit dem Bau eines schwäbischen Einfamilienhauses, jetzt droht er uns, in Südbaden als Eroberer einzumarschieren, bloß um zu beweisen, daß er stärker und erfolgreicher ist als sein Kollege und Konkurrent Ernst Albrecht in Niedersachsen.

Soviel zu den Landesvätern.

6. Die Regierung in Stuttgart behauptet, Südbaden sei noch unbelastet von Atomkraftwerken. Sie ist also offenkundig blind. Denn unser Lebensraum hört nicht an den Landesgrenzen auf. Wir leben seit fünf Jahren im Schatten von Fessenheim. Kaiseraugst bedroht uns genauso wie Wyhl. Deutsche, schweizerische und französische Betreiber machen überall in unserer Region nationalistische Propaganda, um dann ein AKW hinter das andere an den Oberrhein zu setzen. Eine Regierung, die unsere regionalen Interessen für dieses nationalistische Wettrennen opfert, ist nicht mehr kompetent für unsere südbadische Heimat.
Wir beharren auf die Forderung, daß der Gefahrenherd in Fessenheim stillgelegt wird. Und wir, also Badener und Elsässer gemeinsam, würden selbstverständlich ein Atomkraftwerk in Marckolsheim verhindern, auch wenn uns dann die Stuttgarter Regierung wieder im Stich läßt wie am 20. September 1974, als wir den Bauplatz für das Bleiwerk besetzen mußten.

7. Sollte die Regierung den Bau des Atomkraftwerks in Wyhl mit Gewalt erzwingen wollen, sollte sie also den Landfrieden am Kaiserstuhl brechen, betrachten wir die einmarschierenden Truppen als Besatzungsarmee.
Wir werden uns dennoch auf keine Schlacht um Wyhl einlassen: von uns ist noch niemals Gewalt ausgegangen. Aber wir werden uns in der gesamten Region mit den Mitteln des gewaltfreien Widerstandes zur Wehr setzen; eine Bevölkerung, die zum Äußersten getrieben wird, verweigert den Gehorsam, hört auf, als Stimmvieh zu funktionieren; wir sind zahlreich genug, um die Grenzübergänge von beiden Seiten zu verstopfen... Wenn Börner und Stoltenberg in Stuttgart Schule machen, wird Südbaden unregierbar, und zwar so lange, bis die Regierung ihre Truppen aus Wyhl abzieht.

8. Noch ist es nicht zu spät. Noch können Politiker auf kommunaler, Landes- und Bundesebene verhindern, daß Wyhl zu einem Prestigeobjekt gewissenloser Machtpolitiker wird.
Aber wir erklären, daß wir kein Recht haben, den Widerstand aufzugeben; wir tragen auch die Verantwortung für unsere Kinder. Und wir wollen uns später einmal nicht auf einen Befehlsnotstand herausreden. Niemand kann uns hier vertreiben, denn hier sind wir zu Hause, und wir haben einen langen Atem.

9. In Wyhl haben wir Geschichte gemacht; in Wyhl fällt die Entscheidung über unsere Zukunft.

Beschlossen von der Delegiertenkonferenz der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen in Forchheim am 2. April 1982

Jetzt bekommen es auch die Amerikaner mit der Angst zu tun

Das Buch von Kennedy/Hatfield zur US-Abrüstungsbewegung

thm. Die Freeze-Bewegung in den USA entzündet sich vor allem an der immer größer werdenden Wahrscheinlichkeit, daß die USA in einem Krieg ebenfalls von einem nuklearen Schlag getroffen werden könnten. Das ist für die amerikanische noch stärker als für die europäische Bevölkerung ein Trauma, weil die USA bisher noch nie selber zum Schauplatz eines Weltkrieges wurden. Diese Wahrscheinlichkeit wird noch durch die Reagansche Politik verstärkt, die behauptet, die USA seien auch bei den strategischen Atomwaffen unterlegen, weswegen auch dieses Potential aufgerüstet werden müsse, sowie ein atomarer Krieg führbar sei. Diese letzte Behauptung wurde nicht nur in verschiedenen Reden vertreten, sondern auch in der Anforderung des US-Haushaltes für 1983, Mittel bereitzustellen, um ,,sowohl konventionelle wie Atomkriege führen zu können".

Die Freeze-Bewegung fand inzwischen mit den Senatoren Kennedy und Hatfield ihre Fürsprecher, die auch im



Kongreß eine entsprechende Resolution einbrachten. In ihr fordern sie: ein sofortiges Einfrieren des atomaren Wettrüstens, sowohl der Versuche wie der Produktion und Entwicklung atomarer Waffen. Ausgehend davon sol-

Wettrüstens, sowohl der Versuche wie der Produktion und Entwicklung atomarer Waffen. Ausgehend davon sol-

len Verhandlungen über eine schrittweise Reduzierung der atomaren Waffen begonnen werden. Kennedy und Hatfield haben dabei eine Reduzierung um 50% in 7 Jahren im Auge. Die Kennedy-Hatfield-Resolution wird vom nationalen Freeze-Komitee unterstützt.

Nach einer eindringlichen Schilderung der Wirkungen von atomarem Waffeneinsatz sowie einer Beschreibung der Entstehungsgeschichte der amerikanischen Freeze-Bewegung entwickeln Kennedy und Hatfield in ihrem neuen Buch, das vergangene Woche auch in deutsch erschienen ist, die Argumentationsstränge für ein sofortiges Einfrieren der atomaren Bewaffnung.

Der Atomkrieg sei nicht begrenzbar. ,,Die tiefe Wahrheit jedoch, die letztendlich alle logischen Vorstellungen von einem Atomkrieg zunichte macht, ist die, daß die Zerstörungskraft dieser Waffen einfach zu groß ist, als daß der Mensch sie kontrollieren könnte, wenn sie erst einmal freigesetzt sind." (S. 74) Das Argument des strategischen Ungleichgewichts sei ebenfalls nicht haltbar. Zum einen wolle ja keiner in den USA das US-Potential gegen das der SU eintauschen. Tatsächlich bestünde ein strategisches Gleichgewicht, was noch dadurch bekräftigt werden kann, daß jede der beiden Seiten genügend Reserven hat, selbst bei einem erfolgreichen Erstschlag des Gegners das andere Land vor allem durch U-Boot-stationierte Atomwaffen vollständig zu zerstören.

Die Verfasser entwickeln, warum sie gerade *jetzt* ein Einfrieren sowohl für günstig wie auch für unabdingbar halten. ,,Einen Vorschlag zum umfassenden Einfrieren der Atomrüstung zu einer Zeit, in der ein ungefähres atomares Gleichgewicht zwischen beiden Seiten besteht, hat es bisher noch nicht gegeben. Jetzt sind wir an diesem Punkt angelangt." (S. 104) Die Welt befinde sich jetzt ,,an der Startlinie zu einer neuen Runde im Rüstungswettlauf, einer Runde, die das Gespenst des Erstschlages wieder heraufbeschwört und das nukleare Gleichgewicht in unvorhersehbarer und unkontrollierbarer Weise erschüttern könnte. Wie Lemminge nähern sich die Supermächte jetzt einem wichtigen historischen Scheideweg und haben möglicherweise zum letztenmal die Gelegenheit, den Atom-Arsenalen beider Seiten sinnvolle Beschränkungen aufzuerlegen." (S. 105) Diese neue Runde für einen Rüstungswettlauf sei deswegen besonders gefährlich, weil hiermit Technologien zu erwarten sind, die 1. zu wirklichen

stungswettlauf sei deswegen besonders gefährlich, weil hiermit Technologien zu erwarten sind, die 1. zu wirklichen

Erstschlagkapazitäten führen könnten und 2. die Vorwarnzeiten noch mehr verkürzen würden, so daß Kurzschlußreaktionen immer wahrscheinlicher werden.

Bisher sei das ,,Gleichgewicht des Schreckens" gewahrt, weil jede Seite noch in der Lage wäre, die gegnerischen Potentiale wie auch die eigene Zweitschlagfähigkeit einschätzen zu können. ,,Gerade dieses unschätzbare Stabilitätsgefühl aber könnte durch die Kompliziertheit neuer Waffensysteme verloren gehen." (S. 109) ,,Die Waffen von morgen könnten die Opfer und Kosten für den Fall, daß man nicht als erster zuschlägt, so hoch erscheinen lassen, daß die Führer in einer Krise das Gefühl haben könnten, ihnen bliebe keine andere Wahl, als zuerst zu schießen und Fragen hinterher zu stellen." (S. 112) Ein Einfrieren und eine dann erfolgende Reduzierung könne ,,die Risiken eines Atomkrieges aus Versehen ebenso verringern wie den Anreiz, im Laufe einer sich zuspitzenden Krise Zuflucht beim Einsatz von Atomwaffen zu suchen". (S. 146)

Als weiteres Argument gehen die Autoren auf die zu hohen Kosten einer atomaren Aufrüstung ein. ,,Die 90 Milliarden Dollar, die allein durch das Einfrieren innerhalb der kommenden fünf Jahre eingespart würden, wären für die konventionelle Verteidigung und die innenpolitischen Aufgaben besser angelegt." (S. 146) ,,Die atomare Rüstung ist ein wichtiger Aspekt der gegenwärtigen wirtschaftlichen Misere ..." (S. 147) Mit den Einsparungen soll u.a. die Wirtschaft wieder angekurbelt und Amerikas Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten wieder hergestellt werden. Und als Arbeitsbeschaffungsprogramm wird die Freeze-Forderung auch noch direkt vereinnahmt: Pro Milliarde Dollar seien im öffentlichen Dienst 72000 Arbeitsplätze zu schaffen gegenüber 17000 bei einer Investition in die MX-Raketen. Vor allem hier wird deutlich, wie die Freeze-Bewegung für Kennedy zum Aufhänger für ein Gegenprogramm zu Reagan vor allem für die nächsten Wahlen wird.



Die Kennedy-Hatfield-Resolution bzw. zumindest das Buch, spricht sich ebenfalls für ein Einfrieren der eurostrategischen Atomwaffen aus, mithin für einen Verzicht auf die Stationierung der Pershing II. Dadurch würde die Lage in Europa keineswegs unsicherer, weil die nuklearstrategische Option weiterhin offenbliebe. Weiterhin würde ein Einfrieren auf Initiative der USA und NATO stabilisieren.

Die Aussichten, daß die SU auf diesen Vorschlag eingeht, seien gut, weil auch die SU gegen einen atomaren Schlag auf eigenes Gebiet sei und selber große Schwierigkeiten mit ihrem Aufrüstungsprogramm habe.

Die Freeze-Forderung bietet ein durchaus realistisches Konzept für die Verhinderung eines Atomkrieges, der direkt *auf den Territorien* der USA und der SU ausgetragen würde. Bei aller Widerwärtigkeit, die man gegenüber einer solchen Logik empfinden mag, ist es doch kaum im Bereich des Wahrscheinlichen, daß die beiden Supermächte sich bewußt gegenseitig auslöschen. Ein Erstschlag ohne die eigene Vernichtung im Gegenschlag ist bei der *jetzigen* Technologie von beiden Seiten ohne Aussicht auf Erfolg. Damit ist es auch unwahrscheinlich, daß die beiden Supermächte ihre weltweite Rivalität direkt gegen ihre beiden Territorien führen werden, weil der Einsatz der strategischen Atomwaffen sofort drohte, wenn die nationale Existenz auf dem Spiel stünde. Die Freeze-Forderung ist aber kein Konzept zur Verhinderung eines Aufeinandertreffens der beiden Supermächte in der Welt oder in Europa. Hier bleibt der konventionelle Einsatz sowieso weiterhin offen. Aber auch der taktische atomare Schlag ist hier weiterhin möglich, ja sogar wahrscheinlich. Unglaubwürdig ist der Hinweis der Autoren: ,,Ein globales Einfrieren hingegen würde das Gleichgewicht nicht beeinträchtigen, das viele Jahre auf der Fähigkeit der USA beruht hat, die Sowjetunion als Reaktion auf einen Atomschlag gegen Westeuropa zu vernichten." (S. 179) Taktische Atomschläge der SU z.B. mit der SS 20 würden die USA niemals mit dem Losschicken ihrer interkontinentalen Raketen auf die SU beantworten. Die Autoren weisen denn selber darauf hin, daß der größte Teil der Einsparungen bei atomarer Aufrüstung wohl auf konventionelle Bewaffnung verwendet werden müsse. (S. 166)

Die Argumentation für ein Freeze ist keineswegs realitätsfern. Eine Unterstützung der Freeze-Bewegung der USA durch die europäische Friedensbewegung erfordert darüber hinaus aber Initiativen gegenüber der sowjetischen Atomrüstung, vor allem der SS 20, wie gegenüber den gesamten taktischen Atomwaffen in Europa. Damit könnte die Gefahr eines frühzeitigen atomaren Einsatzes im Kriegsfall vermindert werden. Eine Garantie für den Nichteinsatz von Atomwaffen wäre das natürlich auch noch nicht. Erst recht nicht gegen den Ausbruch eines Krieges überhaupt. Über die Motive der beiden Supermächte zur Führung eines Dritten Weltkrieges ist in dem ganzen Buch überhaupt nichts zu erfahren.

Unterstützung der Grün-

Unterstützung der Grün-Alternativen-Liste (GAL) Hamburg

Erklärung des KBW Hamburg zu den Wahlen

Bei den anstehenden Bürgerschaftswahlen in Hamburg geht es darum, daß sich die bestehende Ablehnung der kapitalistischen Krisenpolitik, der Aufrüstungspolitik, der massiven Einschränkung bestehender Bedürfnisse der Massen und der Fortsetzung der Zerstörung von Mensch und Natur auch in den Parlamentswahlen ausdrücken kann. Konzentrationspunkt einer Frontbildung gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung kann hier und heute nur die GAL sein. Die SPD in Hamburg, die bisher diese mehr oder weniger diffuse Ablehnung der herrschenden Gesellschaftsordnungen in Wahlerfolge für sich verwandeln konnte – über 50% der Stimmen bei der letzten Bürgerschaftswahl – wird auch in dieser Wahl weitere Verluste erleiden. Seit dem Sturz Kloses und des Antritts von Dohnanyi ist die Linke in der SPD stumm geworden. Der ,,Schulterschluß" zwecks Erhaltung dieses oder jenes Postens im Senat etc. geht ihr offensichtlich vor der konsequenten Vertretung der Interessen der Arbeiter und der Lohnabhängigen. Bisher kein Ausstieg aus Brokdorf, geschweige denn der Rückzug aus allen Kernkraftwerken; Weiterführung der Mensch und Natur zerstörenden Industrieansiedlungs- und Hafenerweiterungspolitik; Schulschließungen gegen den Willen der Betroffenen; Abbau und Verteuerung der Kindergartenplätze usw., usw.; das sind die Ergebnisse sozialdemokratischer Senatspolitik. Es besteht die Gefahr, daß sich die Ablehnung dieser sozialdemokratische Politik in Nichtwahl ausdrückt, die wie in Schleswig-Holstein zu einem prozentualen Anstieg der CDU führt, deren Kandidat – Millionär und Steuerhinterzieher Kiep – für ein Programm der offeneren Reaktion steht. Zusammen mit einer immer mehr nach rechts gehenden FDP könnte die Bahn frei werden für einen CDU/FDP-Senat, der relativ schlechtere Bedingungen für die Durchsetzung der Interessen der Massen bedeuten würde.

Konkret ergeben sich also als Ziele: Verhinderung einer Mehrheit der CDU in der Bürgerschaft und des neuerlichen Einzugs der FDP in die Bürgerschaft. Beide Ziele sind praktisch nur zu erreichen, wenn der ideologische Kampf gegen die Reaktion (Ausländerfrage, soziale Demagogie, ,,Frieden in Freiheit", usw.) geführt wird und wenn die Kritik an der SPD und ihrer Verteidigung der herrschenden Verhältnisse sich positiv niederschlagen in der Unterstützung einer Alternative im Parlament.

Diese Alternative kann nur die GAL sein. Ausgehend von ihrem Selbstverständnis und ihrem Programm bietet sie am ehesten die Gewähr dafür, daß sie ihre Tätigkeit im Parlament nicht an die Stelle der Selbsttätigkeit der Massen setzt und offen ist für die Forderungen der vielfältigen Initiativen und Gruppen. Sie kann darum zum parlamentarischen Arm der Bewegung werden, weil sie erstens die Selbsttätigkeit der Massen unterstützen und fördern will und auch entsprechende Verbindungen zu den schon kämpfenden Bewegungen hat, und zweitens die Lösung der gesellschaftlichen Widersprüche nicht in einer wie immer gearteten Ausdehnung der Staatstätigkeit, des Aufschwungs *der* Wirtschaft oder des Wachstums sieht, sondern die Lösung der Widersprüche von der Seite der Bedürfnisbefriedigung, der Entwicklung von Mensch und Natur und der Entwicklung des Reichtums in Form von Gebrauchswerten, nicht der Profit auf Kosten der Bedürfnisse der Massen, auf Kosten der Zerstörung von Mensch und Natur sieht. Damit sind auch Voraussetzungen gegeben, daß falsche Auffassungen im GAL-Programm zur angeblich rein defensiven Natur der SU und gewisse Einengungen und Beschränkungen im wirtschafts- und sozialpolitischen Teil des Programm überwunden werden können. Aus all diesen Gründen setzt sich der KBW für eine Unterstützung der GAL auch über den Wahltag hinaus ein.

KBW Hamburg

4. Münsteraner Friedenswochen:

Mit DGB und Unvereinbarkeitsbeschlüssen

bor.Münster. Vom 8. bis 22.5.1982 finden die 4. Münsteraner Friedenswochen statt mit über 50 Veranstaltungen, Friedensmarkt und großer Kulturabschlußveranstaltung. Die Plattform, eigentlich das übliche Kompromißpapier, wird von ca. 70 Gruppen und Organisationen unterstützt und enthält einige fortschrittliche Positionen (Verurteilung des Kriegsrechts in Polen, Stellungnahmen zu einzelnen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt), aber die Hauptlinie besteht weiterhin an dem Festhalten an der Blocklogik, der Entspannungspolitik und in der Fixierung auf die Verhandlungen der beiden Supermächte.

Weitere Fortschritte zeigen sich auch in der breiten Palette der Veranstaltungen, wo ungefähr alle Fragen der Friedensbewegung diskutiert werden sollen. Dazu einige Beispiele: „Militarisierung in Ost und West – Was tun die beiden deutschen Staaten für Frieden und Abrüstung"; „Atomwaffenfreie Zone, Blockfreiheit und Neutralität – realistische Alternativen zu Wettrüsten und Atomkriegsgefahr?"; Friedenspolitisches Seminar zu „Alternativen Sicherheitspolitik"; „Die sowjetische Außenpolitik – Friedenssicherung oder Großmachtstrategie"; „Polen – Streik – Solidarność und der 13.12. 1981" (von der DGB-Jugend); „Polen und Reaktionen aus der Friedensbewegung" u.a.

Ein weiterer großer Erfolg besteht darin, daß der DGB Kreis Münster-Warendorf sich erstmals als Träger (neben Friedensinitiative Münster FIM, Stadtjugendring und AStA Uni) an den Friedenswochen beteiligt. Damit kommt ein größerer organisierter Zusammenschluß von Arbeiter- und Friedensbewegung zustande, was in der BRD ein seltener bis einmaliger Vorgang ist. Mit der Unterzeichnung der Plattform, worin die klare Ablehnung der NATO-„Nachrüstung" als auch die Forderung nach einem Atomwaffenfreien Europa enthalten ist, geht der DGB Münster-Warendorf weit über die Positionen der offiziellen DGB-Linie hinaus.

Ist es positiv, daß sich der DGB an den Friedenswochen beteiligt, so kam jedoch der Pferdefuß gleich hinterher. Denn der DGB hat nun mal seine Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen KBW, KPD, Volksfront u.a., die er auch auf die Friedensbewegung übertragen wollte. KBW, KPD und Volksfront hatten die Plattform unterschrieben und wollten sich an den Friedenswochen beteiligen, was den DGB veranlaßte, seine Unterschrift davon abhängig zu machen, ob die drei Gruppen dabei sind oder nicht. Das Bündnistreffen der verschiedenen Gruppen für die Friedenswochen stand dann im Klartext vor der Alternative: DGB und die Unvereinbarkeitsbeschlüsse oder die drei Gruppen und Festhalten an dem Prinzip der Nichtausgrenzung in der Friedensbewegung. Den drei Gruppen wurde empfohlen, ihre Unterschrift von der Plattform zurückzuziehen und auf die Teilnahme zu verzichten, weil so das Problem am „einfachsten" zu lösen sei. Die KPD und Volksfront folgten denn auch der Empfehlung und zogen ihre Unterschrift zurück, während der KBW von den Friedenswochen ausgeschlossen wurde. Mit Bauchschmerzen, wie die rausschmeißenden Gruppen beteuerten, und es sollte auch eine einmalige Angelegenheit bleiben. Doch mit dieser Einmaligkeit ist es nicht weit her, denn der DGB Kreis Münster-Warendorf, der den Anti-Interventionskongreß im März in Münster unterstützt hatte, was sicherlich positiv war, beförderte den KB aus den gleichen Gründen aus dem Bündnis hinaus. Nach diesen Auseinandersetzungen war es für den Arbeitskreis Umwelt (AKU) und die drei autonome Frauen-Antimilitarismus-Gruppen klar, aus Solidarität mit den drei Gruppen und aus Protest gegen diese Vorgehensweise sich nicht mehr an den Friedenswochen zu beteiligen.

Und hier wird die Friedensbewegung mit einem Problem konfrontiert, das sicherlich noch öfter auftauchen wird: Darf eine Gruppe diktieren, wer sich an Aktionen beteiligt und wer nicht? Nun ist der DGB nicht irgendeine Gruppe, sondern repräsentiert die Arbeiterbewegung, und es ist nützlich, daß er sich an den Friedensaktivitäten beteiligt bzw. sie wesentlich mitträgt. Doch um jeden Preis?

Treffen zum Thema Frauen/Frauenprogramme

Wegen der Sitzung der Bundesleitung des KBW muß das ursprünglich für den 15./16. Mai vorgesehene Treffen um ein Wochenende verschoben werden. Zur Vorbereitung: Die Arbeitsgruppe Frauen im KBW Frankfurt hat zunächst die beim ersten nationalen Treffen ins Auge gefaßte Untersuchungsaufgabe (Vorstellungen der Frauenbewegung und der Gewerkschaften zur Änderung der Lage der Frau) untergliedert in: 1. Stellung und Aufgabe der Frau im Bereich der Reproduktion (Hausarbeit, Erziehung usw.), 2. Arbeitswelt und Frauen. Thesen zum ersten Schwerpunkt sollen das Verständnis der Auffassung von Hausarbeit (vom Kochen bis zur „Beziehungs"arbeit) erleichtern; zum zweiten Schwerpunkt arbeitet die Gruppe an den Punkten Lage, Berufswelt, Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit, Arbeitsschutz und Teilzeitarbeit. Vorerst vernachlässigt wurden dabei die Bereiche Lohndiskriminierung und Bildung. Vielleicht könnten das andere Gruppen übernehmen? – Wie schon besprochen wäre es günstig, wenn alle das „Frauenprogramm" von Marie-Luise Janssen-Jurreit sowie die Richtlinien des DGB zur Frauenarbeit gelesen hätten. Weitere Vorschläge bzw. vorbereitete Themen teilt bitte der Genossin Mönich oder der KVZ-Redaktion mit. *cf.*

Beginn: Samstag, 22.5.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 23.5., 15.00 Uhr
Anmeldungen bitte bis 16. Mai.

geht der DGB Münster-Warendorf | (vom Kochen bis zur „Beziehungs"ar- | Anmeldungen bitte bis 16. Mai.



ug.Frankfurt. Ein paar männliche „Beschützer", die sich auf dem Paulsplatz verirrt hatten, weil die Demonstration verboten worden war, wurden nach Hause geschickt. Immer mehr buntbemalte Frauen trafen allmählich ein, anders wie die von der grünen Front, die schon gegen 18.30 Uhr, Knüppel bei Fuß in neun Mannschaftwagen und mit zwei Wasserwerfern die Berliner Straße beherrschten. Gegen Abend dann die Kundgebung gegen Vergewaltigung und Männergewalt. Mittlerweile nicht mehr 300, sondern zu 1000, wollten wir, wenn schon keine Demonstration, dann ein Fest. Per pedes setzte sich die Versammlung in Bewegung Richtung Frauengesundheitszentrum, in Bockenheim. Ungeachtet des Verbots gingen etliche Frauen ins Bahnhofsviertel, wo sich die Polizei in schöner Eintracht mit Zuhältern gewalttätig über einzelne Frauen hermachte; Beleidigungen, Tritte, Schläge. In der am darauffolgenden Samstag im Eckenheimer Frauenzentrum abgehaltenen Frauenpressekonferenz erklärten die Frauen ihren Protest und gaben eine für den 15. Mai geplante Protestdemonstration bekannt.

Veranstaltungen

Frankfurt
Diskussionsforum Kommunismus und Klassenkampf mit Hans-Gerhart Schmierer zum Thema „Alternative Wirtschaftspolitik" (Artikel in Kommunismus und Klassenkampf 4/1982 und in früheren Nummern), Schulungszentrum Mainzer Landstraße 147
Freitag, 14.5.1982, 19.30 Uhr

Hamburg
„Rüstung in Ost und West – sozialistische Perspektiven der Friedenssicherung"; Refe-
„Rüstung in Ost und West – sozialistische Perspektiven der Friedenssicherung"; Referenten: Ursel Schmiederer, Frieder Schlupp, Veranstalter: Sozialistisches Büro. (Diskussionspunkte: Austritt aus der NATO oder Veränderung ihrer Politik! – Defensivkonzept – eine mögliche Zwischenlösung?) Martin-Luther-King-Haus, Grindelallee 9
Freitag, 14.5.1982, 19.30 Uhr

Stuttgart
Diskussionstreff zur Lage in Kampuchea, Kampuchea-Komitee. Pro (Katholische Studentengemeinde), Hospitalstraße 26, Clubraum 2
Donnerstag, 13.5.1982, 19.00 Uhr

Achtung: Treffen der Internationalisten
Wie in KVZ 17, S. 5 unten angekündigt laden wir zur Verbesserung unserer internationalen Berichterstattung in der KVZ zu einem Treffen aller im Bereich Internationalismus Tätigen ein. Um Anmeldungen, vor allem aber auch um Vorschläge zur genauen Thematik und zum Verlauf wird dringend gebeten. (kvz/cf)
Termin: Samstag, 22.5.1982, 14.00 Uhr bis Sonntag 23.5. ca. 13.00 Uhr. Ort: Schulungszentrum Frankfurt

Arbeitsgruppen:

Gesundheitswesen
Achtung Terminänderung!
Die Arbeitsgruppe findet nicht am 8./9. Mai, sondern erst am *19./20. Juni* statt. Referate sollten schriftlich vorliegen, um eine Dokumentation zu erstellen für die Teilnehmer. Möglichst schon vorher zuschicken.

Bildungswesen
Beginn: Samstag, 22.5.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 23.5.1982, gegen 16.00 Uhr

Wohnungspolitik

Wohnungspolitik
Themenschwerpunkte des nächsten Treffens: Alternative Wirtschaftspolitik und Alternativen der Wohnungspolitik / Raumordnung, Wirtschaftsförderung und Kommunalverfassung
Termin: 28./29. August 1982

Anmeldung bis spätestens 1 Woche vorher.

Arbeitsseminar **Staat und Revolution**
Themen:
1. Lenins Rekonstruktion der Staatsauffassung von Marx und Engels
2. Eurokommunismus und Staat
3. Staat und Revolution in der BRD. Positionen der Linken

Beginn: Samstag, 29.5.1982, 14.00 Uhr
Ende: Montag, 31.5.1982, spätestens 16.00 Uhr

Die Arbeitsgruppen und Schulungen finden jeweils statt im Schulungszentrum des KBW, 6000 Frankfurt 11, Mainzer Landstraße 147, Tel. 0611/730231. Weitere Informationen sind dort ebenfalls erhältlich.

Schwerter zu Pflugscharen in Ost und West
Bei uns damit anfangen

Im folgenden die Präambel der GRÜNEN, die sie dem Aufruf für die Bonner Demonstration „Aufstehen für den Frieden" anläßlich des NATO-Gipfels am 10.6. als einen politischen Bestandteil voranstellen.

•

Das vorrangige Ziel der bundesdeutschen Friedensbewegung ist die Verhinderung der NATO-„Nach"-Rüstung. Deshalb wird die gesamte Friedensbewegung anläßlich des NATO-Gipfels in Bonn, an dem auch der amerikanische Präsident teilnehmen wird, ihren Protest gegen die fortschreitende NATO-Aufrüstung erheben. Die Vorbereitung dieser Demonstration hat für uns jedoch Probleme aufgeworfen, die wir in die Diskussion der Friedensbewegung einbringen wollen.

Wir meinen, daß die Friedensbewegung sehr bald in eine politische Sackgasse geraten wird, wenn sie die Blocklogik der Aufrüster in Ost und West direkt oder auch indirekt in ihrer friedenspolitischen Strategie verankert. Die Friedensbewegung ist eine internationale, blockübergreifende Entmilitarisierungs- und Emanzipationsbewegung. Unsere Solidarität gilt allen, die mit beiden Beinen in dieser Friedensbewegung, nicht aber mit einem Bein in einem der beiden Militärblöcke stehen. Die Aufrechterhaltung der Blockkonfrontation verschärft die Kriegsgefahr. Deshalb fordern wir eine Friedenspolitik, die die Auflösung der beiden Militärblöcke zum Ziel hat.

Für Abrüstung in West und Ost

Die Forderung „Keine neuen Atomwaffen in Europa" greift zu kurz. Als zentrale Forderung für einen Aufruf anläßlich des NATO-Gipfels wollen wir die Zielsetzung und damit die Handlungsgrundlage der Friedensbewegung vor und vor allem nach dem 10. Juni mit einbeziehen. Deshalb:

- keine NATO-„Nach"-Rüstung
- für sofortige Abrüstung in West und Ost
- bei uns damit anfangen
- für eine ABC-waffenfreie Zone in ganz Europa

Frieden und Menschenrechte sind unteilbar – in West und Ost

Wir fordern die Aufhebung des Kriegsrechts in Polen, die Wiederzulassung der freien Gewerkschaft Solidarität und den sofortigen Abzug der sowjetischen Truppen in Afghanistan.

Wir verurteilen die Militärdiktatur in der Türkei und fordern alle Staaten, insbesondere die der NATO auf, jede aktive oder passive, finanzielle oder militärische Unterstützung sofort einzustellen.

Die Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen in der Türkei, El Salvador und anderen Ländern der Welt abzulehnen, ist das beschämende Kalkül derjenigen, die Angst haben, man könnte das gleiche auch für die Länder des Warschauer Pakts fordern. Wir sind mit den Vertretern der „Charta 77" in der CSSR (in einem Anfang April 1982 von ihren drei Sprechern veröffentlichten Brief) der Meinung, „daß man der Ehrlichkeit der Friedensbestrebungen dort nicht Glauben schenken kann, wo die Menschen- und Bürgerrechte unterdrückt werden oder wo dazu geschwiegen oder die Unterdrückung sogar gut geheißen wird". Für Frieden sind nur diejenigen glaubwürdig, die mit Menschenrechtsverletzungen in Ost und West nicht selektiv vorgehen.

Aktive Gewaltfreiheit

Die Forderung nach einer gewaltfreien Demonstration ist nicht Ausdruck unseres Mißtrauens, andere Teile der Friedensbewegung könnten nicht gewaltfrei demonstrieren wollen. Der aktive, gewaltfreie, nicht verletzende Widerstand ist für uns ein wichtiges Element alternativer Verteidigungsstrategien. Unser gemeinsames Engagement gegen die atomare Bedrohung und den Rüstungswettlauf in West und Ost muß unverkennbar „gewaltfrei" sein, damit nach innen und außen Mittel und Ziel unserer friedenspolitischen Perspektive sichtbar werden.

Gegen militärische und zivile Atomanlagen

Auch die Atomenergiewirtschaft in Ost und West, der Atommüll und die Atomanlagen stellen für uns eine große Gefährdung dar. Atomreaktoren und Atombomben sind nicht voneinander zu trennen. Zivile Atomanlagen fördern den Bau von Atombomben. Atomkraftwerke sind im Kriegsfall Magneten für militärische Angriffe.

Für eine gesamteuropäische, internationale Friedensbewegung

Der aktuelle Anlaß der Demonstration (NATO-Gipfel) darf die notwendige Perspektive der Friedensbewegung nicht überschatten. Diese ist gegeben, wenn wir die Friedensveranstaltung in Bonn am 10.6. sowohl als Solidaritätsveranstaltung mit der amerikanischen, als auch mit der osteuropäischen Friedens- und Emanzipationsbewegung verstehen.

Charta 77, Solidarność und Schwerter zu Pflugscharen sind für uns ebenso natürliche Verbündete im Widerstand gegen Aufrüstung und menschenverachtende Politik, wie die amerikanische Friedensbewegung oder die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt.

Wir sind verbunden mit den Bürgern der DDR, die ihren Friedenswillen mit dem Symbol „Schwerter zu Pflugscharen" bekunden und Vorschläge zur beiderseitigen Abrüstung formulieren. Wir verurteilen aufs schärfste die Stellungnahmen der Regierenden in Ost und West, die die Friedensbewegung in ihrem eigenen Land als von der anderen Seite gesteuert diffamieren. Wir appellieren an die Staatsführung der DDR, die Diskriminierungen, Schikanen, Haftbefehle und Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder der neuen Friedensbewegung zu unterlassen und das, was sie hierzulande in der Bundesrepublik Deutschland begrüßt, auch in ihrem eigenen Land zuzulassen.

Kommunistische Volkszeitung
Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Redaktion. Verantwortlich: Friedemann Bleicher · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse · Ausland: Gerd Koenen, cof, chm, Theo Mehlen · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann
Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt
Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM, Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. ISSN 0720-8898
Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Wenig Hoffnung auf eine politische Lösung?

Erneute Gewaltaktion des Westberliner Senats als Antwort auf Verhandlungsbereitschaft der Instandbesetzer

Am 26.4. ist das Haus Kopischstr. 5 im Kreuzberger Chamissoplatz-Kiez geräumt worden. Das Haus gehört der „R&W Immobilien“, einer Abschreibungsgesellschaft, für die im vergangenen Frühjahr schon die Obentrautstr. 44 geräumt worden war. Noch zwei Tage vorher hatte Bausenator Rastemborski in einer Fernsehsendung erklärt, es stünden in der nächsten Zeit keine Räumungen an; zu diesem Zeitpunkt lag ihm das Räumungsersuchen schon drei Tage vor.

In den letzten Wochen war in Zehlendorf schon ein Haus geräumt und abgerissen worden und in Kreuzberg zweimal je zwei Wohnungen geräumt. Als der Gesamtbesetzerrat sich mehrheitlich für Verhandlungen um die Legalisierung der Häuser ausgesprochen hatte, war aber als Vorbedingung gefordert worden, daß nicht geräumt wird, auch nicht die Häuser, die nicht verhandeln wollen. Trotzdem waren die Gespräche in den letzten Wochen weitergeführt worden.

Diese Kompromißbereitschaft schien die richtige Taktik zu sein: Die Vorbereitungen für die Gründung der „Netzbau GmbH“ wurden auch von seiten des Bausenators begrüßt und von der evangelischen Landeskirche unterstützt. Ein Ausschuß der Charlottenburger Synode beriet über die Gründung eines eigenen Trägers für die in Charlottenburg besetzten Häuser. Das Charlottenburger Neue Heimat-Haus Christstr. 42, für das schon im November das „letzte Ultimatum“ abgelaufen war, gründete einen eigenen Verein als zukünftigen Vertragspartner mit der NH. Der Charlottenburger CDU-Baustadtrat hatte sie zu Verhandlungen eingeladen und erklärt, daß er prinzipiell nichts mehr gegen eine Legalisierung ihres Hauses habe. Das Sozialpädagogische Institut der Arbeiterwohlfahrt konnte der BeWoGe (einer senatseigenen Wohnungsbaugesellschaft) in Kreuzberg drei besetzte Häuser abkaufen, um ein Trägermodell aufzubauen. Die Kreuzberger Bürgerinitiative SO 36 – die vor drei Jahren die ersten Instandbesetzungen organisiert hatte – begann die Vorbereitungen für den Aufbau eines eigenen kiezbezogenen Trägers. Am 22.4. veranstaltete der DGB Landesbezirk einen wohnungspolitischen Kongreß, auf dem der neue Landesvorsitzende Pagels ausdrücklich den offenen Brief begrüßte, den 15 NH-Häuser Anfang März an alle Gewerkschaften geschrieben hatten. Er erklärte, daß der DGB bereit sei, ihre Verhandlungsbereitschaft zu unterstützen und sich gegenüber der NH für eine Legalisierung einzusetzen.

Während all dieser Fortschritte begannen sich jedoch die Durchsuchungen und Polizeiaktionen gegen einzelne Häuser zu häufen. Vor Ostern verdichteten sich die Gerüchte, daß für eine größere Anzahl von Häusern alle „Räumungsvoraussetzungen“ erfüllt seien: Oranienstr. 3, Oranienstr. 198, Kottbusser Str. 8, Fraenkelufer 30, *Kopischstr. 5*, Willibald-Alexis-Str. 43, Bülowstr. 54 und 55.

Dies und die oben erwähnten Räumungen führte dazu, daß sich wieder mehr Häuser gegen Verhandlungen aussprachen. Der Vorschlag des Besetzerrats K 36 hatte darauf abgezielt, eine Spaltung in (heimliche) Verhandler und Nichtverhandler (sog. „Autonome“) zu verhindern. Jetzt entstand diese Gefahr erneut. Die Häuser, die weiter für Verhandlungen eintraten, waren der Auffassung, daß ein Abbruch der Gespräche die Räumungsgefahr eher vergrößern, auf alle Häuser erweitern würde; bei Verhandlungen aber könnten wenigstens einige Häuser der Bewegung erhalten werden. Daß „nicht verhandeln“ nichts bringt, habe sich ja gezeigt; daher müsse man das jetzt so probieren. Die Autonomen waren dagegen der Auffassung, daß man mit diesem Staat über nichts erfolgreich verhandeln könne und man überhaupt nur mit wachsender Militanz die Häuser sichern könne. Diejenigen, die verhandeln, würden sich mit den Herrschenden einlassen und die Bewegung verraten – ihre Häuser sichern und die anderen der Räumung preisgeben. Die Widersprüche zwischen den beiden Gruppen gingen so weit, daß z.B. in Charlottenburg drei Wochen lang der Kiezrat nicht mehr tagte. Aber nicht nur entlang der Verhandlungsfrage entwickelte sich Zersplitterung.

Es kam auch dazu, daß einige Häuser sich um Verankerung im Stadtteil bemüht hatten, daß sie erhebliche, auch nach außen sichtbare Instandsetzungsarbeiten geleistet hatten und daher von den Nachbarn geachtet und unterstützt werden. Andere Häuser dagegen haben entweder aus Resignation heraus oder weil sie trotz gegenseitiger Unterstützung nicht die materiellen Mittel hatten, nur wenig an den Häusern gemacht. Meist sind das auch noch besonders heruntergekommene Häuser. Wenn sie dann auch noch einen Teil ihres Lebensunterhalts aus Diebstählen bestreiten müssen, wird es einfach, sie als Kriminelle und „Kaputtbesetzer“ zu diffamieren. Oft sind es auch gerade diese Häuser, in denen sich arbeitslose Jugendliche mit „No-Future-Ideologie“ zusammengefunden haben, denen es bei der Besetzung ganz elementar erst einmal um die Absicherung der minimalsten materiellen Lebensbedürfnisse ging.

In den anderen Häusern dagegen, die breite Öffentlichkeitsarbeit machen, Konzepte entwickeln, sind oft Studenten oder andere, mit einem weitergehenden Anspruch, die mit der Besetzung gegen die Wohnungspolitik des Senats tätig werden wollten. Diese Unterschiede zwischen den Häusern wurden auch von Senat und Polizei ausgenutzt. Einzelne Häuser, die verhandeln, grenzen sich inzwischen von anderen Häusern, deren Hausfrieden besonders häufig von der Polizei gestört wird, soweit ab, daß sie nicht mehr bereit wären, für sie auf die Straße zu gehen, sondern vertreten, daß deren Militanz die Bewegung in Mißkredit brächte und Verhandlungslösungen verhindere.



Polizeieinsatz bei der Räumung der Kopischstraße 4

Dadurch wurde es für die Paten auch immer schwieriger, die Häuser zu unterstützen. – Im Rahmen einer Aktionswoche gegen die sich abzeichnende Räumungsgefahr waren am 24.4. nur 2000 zu einer Demonstration gekommen. Zwei Tage darauf wurde ohne Vorwarnung die Kopischstr. 5 geräumt. Die Erklärung des Eigentümers war: „Ostern ist vorbei.“ Entsprechend maßen auch die Besetzer dieser Räumung grundsätzliche Bedeutung zu: „In der jetzigen Situation ist die erste Räumung eines Hauses ein erneuter Generalangriff gegen alle Häuser. Haus für Haus wollen sie die Bewegung zerstören und ihre menschenverachtende Politik durchsetzen.“ Nach einer kleineren Demonstration am gleichen Tag gingen am nächsten Abend rund 5000 zu einer Demonstration, für die der Besetzerrat vereinbart und öffentlich erklärt hatte, daß sie friedlich sein soll. Mit einer Brutalität, wie sie es seit dem 22. September nicht mehr gewagt hatte, ging die Polizei trotzdem auf die Demonstranten los. Am nächsten Tag appellierte Innensenator Lummer: „Nehmen Sie Verhandlungsangebote von Senat und Vermittlern an, damit Gewalt vermieden wird.“ – Offensichtlich soll nennenswerter Widerstand gegen die Salami-Taktik des Senats von vornherein niedergeknüppelt werden, und gleichzeitig sollen mit unverhüllten Drohungen den Besetzern die Vorstellungen des Senats für ihre Häuser aufgezwungen werden, um Dialogbereitschaft zu demonstrieren, ein großer Teil soll derweil aber abgeräumt werden.

Zum dritten Mal seit dem Dezember '80 hat damit der Senat mit einer Gewaltaktion darauf reagiert, daß die Instandbesetzer verhandlungsbereit waren! DGB-Vorsitzender Pagels bezeichnete es daher mit Recht als „bedrückend“, daß die Räumung der Kopischstr. 5 „genau in dem Augenblick, wo sich alle um Verhandlungen bemühten“, stattfand.

Räumung ohne Widerstand macht die Erklärung des Besetzerrats, nur unter der Vorbedingung eines Räumungsmoratoriums zu verhandeln, zu einer stumpfen Waffe. Weiterverhandeln, trotz vorheriger Erklärung, daß bei der ersten Räumung alle Gespräche abgebrochen werden, hat den Senat nur ermutigt, die Besetzerfrage gewaltsam zu lösen.

Daher blieb dem Besetzerrat eigentlich auch nichts anderes mehr übrig, als jetzt das Aussetzen aller Gespräche und Verhandlungen zu erklären, bis der Senat zu einem Räumungsstopp bereit ist. Diese Erklärung des Besetzerrats wird von einer Reihe von Paten, Kreuzberger Pfarrern und Mieterinitiativen unterstützt. Der Senat wird aber kaum zu einem Räumungsstopp bereit sein. Selbst der massive Protest nach dem 22. September hatte nicht zu einer Änderung der Senatspolitik geführt; er ist nur ein bißchen leiser geworden. Warum sollte er sich also jetzt dazu genötigt sehen?

Eine etwas günstigere Situation besteht vielleicht für die NH-Häuser, weil sie inzwischen die offene Unterstützung des DGB für eine Verhandlungslösung haben und versuchen, den DGB-Kongreß zu nutzen.

Insgesamt aber ist die Lage komplizierter denn je. War es schon immer so, daß die Häuser allein – ohne Unterstützung der Bevölkerung – sich nicht halten können, so zeichnet sich immer mehr ab, daß selbst eine breite Solidarität der Bevölkerung (die es so derzeit nicht einmal gibt) Räumungen nicht verhindern könnte. Wahrscheinlich ist eine politische Lösung erst möglich, wenn alle Kämpfe, die derzeit in der Stadt gegen Senatsmaßnahmen laufen, in einer gemeinsamen Strategie zusammengefaßt werden.

nia. Westberlin

An Rigorosität fehlt's Schwier nicht

Möglichkeiten des Widerstands gegen die „Konzentration der Hochschulen“

Die Rigorosität, mit der die NRW-Landesregierung die Durchsetzung ihrer Pläne zur „Umstrukturierung der Hochschullandschaft“ verfolgt, hat so mancher sicherlich nicht erwartet. Laut Aussage des Wissenschaftsministeriums soll der gesamte Plan inclusive einiger nötiger Änderungen der Hochschulgesetze als Verordnung bis *zum 15. Juli* in Kraft treten, um – wie es heißt – bereits zum WS 82/83 seine heilsame Wirkung auf die Staatsfinanzen zu entfalten. Sowieso muß man nicht meinen, wie es teils in Kreisen der Professoren und des Mittelbaus diskutiert wird, daß es sich etwa um einen „Alleingang“ oder um eine einigen Ministerialbürokraten nicht bewußte „Fehlentscheidung“ handle. „Die Notwendigkeit zur Konzentration der Hochschulen stellt sich bundesweit und ist kein Sonderproblem NRWs“, hat Minister Schwier am 27.4. in der Presse geäußert. Auch sind sich CDU und SPD über diese „Konzentration“ im wesentlich einig, die auch für andere Bundesländer zu erwarten ist. Das Fatale für die SPD ist, daß sie ihre eigenen bildungsreformerischen Ansprüche und Maßnahmen vollständig demontiert, während die CDU – wenn auch noch verhalten – ihre Zustimmung zu diesem Plan bekennt, allenfalls eine noch nicht genügende Kürzung bei den Gesamthochschulen beklagt, und sich ansonsten über den „sozialdemokratischen Bankrott“ mokiert und posaunt, daß sie vor dieser Sorte Hochschulpolitik immer schon gewarnt habe.

Heftig wird an den Hochschulen diskutiert, welche Triebkräfte hinter dem Konzentrationsplan stecken. Eine bestimmte Zielrichtung ist dem Plan bereits oberflächlich zu entnehmen. Er richtet sich gegen die Lehrerausbildung, insbesondere der Primar- und Sekundarstufe I, was mit zu erwartenden sinkenden Schülerzahlen begründet wird, und gegen eine Reihe gesellschaftswissenschaftliche Fächer, während die Maßnahmen im natur- und ingenieurwissenschaftlichen Bereich, neben der Liquidierung der Lehrerausbildung dort, mehr den Charakter der Effektivierung und Ökonomisierung als ersatzloser Streichung tragen. So wird dann die Primarstufenausbildung an 3 von 10 Standorten eingestellt, die Sekundarstufe I an 4 von 13, und konzentriert sich auf zwei Hochschulorte. 5 Sekundarstufe-II-Studiengänge werden an acht Standorten geschlossen, 7 kleine gesellschaftswissenschaftliche Fächer und 4 mittelgroße. 8 technische FH-Studiengänge werden an 5 Standorten geschlossen und an anderen FHs in größeren Einheiten zusammengefaßt.

Staatliche Bildungsausgaben sind latent einem ständigen Widerspruch unterworfen, der in der Krise offen zutage tritt. Ausgaben dafür sind unproduktiv und drücken auf die Profitrate, was in der Krise erst recht vom Kapital als störend empfunden wird. Andererseits wirkt die Anwendung wissenschaftlicher Ergebnisse im Produktionsprozeß als Produktivkraft. Ihre beständige Entwicklung ist aber vonnöten und deshalb auch Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Da aber gerade in der Krise gilt, die konsumtiven zugunsten investiver Staatsausgaben zu kürzen, was den gesamten vergesellschafteten, aber vom Staat kontrollierten Bildungs- und Sozialsektor trifft, muß dies verstärkt verwertungsorientiert geschehen.

Es handelt sich bei dieser qualitativen Wende in der Hochschulpolitik also nicht nur um eine Maßnahme zur Bewältigung der Finanzkrise im Staatshaushalt durch Streichung unproduktiver Ausgaben, mit denen dann via staatlichem Investitionsprogramm dem Kapital in der Krise verstärkte Akkumulation schmackhaft gemacht werden soll, sondern offenbar auch um eine diesen Verwertungsinteressen dienende Umstrukturierung der wissenschaftlichen Ausbildung und Forschung. BDI-Präsident Rodenstock formulierte das in einem Aufsatz „Spitzenleistungen sind von Spitzenkräften abhängig“ (Dt. Universitätszeitung 3/1982) so: „Die deutsche Wirtschaft steht vor drei großen Herausforderungen: Sie muß ihre Wachstumsdynamik erhöhen ..., sie muß ihre Abhängigkeit von den Energieeinfuhren verringern, aber vor allem muß sie sich einer neuen Konkurrenzsituation anpassen. Diese Herausforderungen kann sie jedoch nur bewältigen, wenn die unentbehrliche Kooperation zwischen Hochschule und Wirtschaft funktioniert.“ Rodenstock erwartet zur konkurrenzfähigen Stärkung des „Innovationspotentials“ die Durchführung von Hochschulforschung im „gesamtwirtschaftlichen Interesse“, „die großen Mitteleinsatz und sehr lange Ausreifungszeiten erfordert“, denn das kostet.

Kurzfristige Vorhaben macht die Industrie selbst, aber dafür erwartet Rodenstock die Ausbildung von „Spitzenkräften“, weswegen man auch wieder den Mut haben müßte, „sich mit dem Begriff der ‚Elite‘ angemessen auseinanderzusetzen“. Es geht offenbar in die Richtung eines differenzierten Hochschulwesens mit „Elite“ und Ausbildung mittlerer akademischer Funktionen, aber vor allem um die Kürzung der Studentenzahlen. „Wirtschaftliche Zukunftssicherung ist ohne den Einsatz neuer Techniken nicht mehr denkbar“, sagt Rodenstock. Deshalb auch die Konzentration auf die Natur- und Ingenieurwissenschaften. Die Überwindung der Krise erfordert eine erhebliche Modernisierung und Umwälzung der Produktion. Dies erklärt auch den Zuwachs an Stellen für Ingenieure aus dem Bereich der Elektro-, Nachrichten-, Verfahrenstechnik und Maschinenbau. Nun, dies alles wird man in der Auseinandersetzung mit der neuen staatlichen Hochschulpolitik genauer untersuchen müssen.

Die Empörung über die Pläne ist unter den Hochschulangehörigen erheblich, breit und einhellig wie selten. Die Bereitschaft gegen die Pläne zu kämpfen ist unter Teilen der Studentenschaft, aber auch bereits im Mittelbau deutlich vernehmbar. War bis jetzt in der Praxis teils noch ein individuelles Ausweichen als Reaktion auf die restriktive Politik möglich, so läuft jetzt in dieser Hinsicht nichts mehr. Spielräume und eventuelle Kompromisse sind kaum drin. Der Widerstand wird aber auch wachsen, wenn klar wird, wie er erfolgversprechend geleistet werden kann.

In der Herstellung von Aktionseinheiten zwischen den verschiedenen Gruppen der Hochschulangehörigen tritt das Problem auf, positiv zu formulieren, welche gesellschaftlichen Ansprüche denn die Hochschule erfüllen soll. Hinzu tritt die Unklarheit über die Nutznießer dieser Politik, das führt dann z.B. zu solchen Erklärungen, wie sie ca. 100 Assistenten und Mitarbeiter in der Kölner Physik verabschiedeten, wo negative Folgen für die „Innovation und Spitzentechnologie“ der Wirtschaft befürchtet werden. Erst zögernd melden sich die Personalräte der nichtwissenschaftlichen Beschäftigten zu Wort.

Sicherlich reicht es nicht aus, von engen sozialen Interessen der Studenten und des Mittelbaus her die Kritik allein zu führen, nötig ist herauszustellen, worin der gesellschaftlich nützliche Bedarf für Wissenschaft und an der Hochschule ausgebildete Arbeitskräfte für die Mehrheit der Gesellschaft, d.h. der Arbeiterklasse und der übrigen Lohnabhängigen besteht. In diese Richtung sind Aktionseinheiten der Masse der Studenten mit dem Mittelbau möglich, auch mit größeren Teilen der Professoren, nur müssen sie Farbe bekennen. Im Augenblick entwickelt sich der Widerstand noch auf der Ebene öffentlicher Erklärungen von Versammlungen her.

„Die Arbeitnehmer, auf deren Arbeit der Reichtum dieser Gesellschaft beruht und die damit auch die Hochschuletats mitfinanzieren, haben ein Recht darauf, daß ihre Probleme, ihre Interessen und ihre Gestaltungsmöglichkeiten Eingang in Forschung, Ausbildung und Weiterbildung finden.“ Diese Aussage des DGB-Vorsitzenden aus Anlaß der 450-Jahrfeier der Uni Marburg 1977 ist aktueller denn je. Sollte in diese Richtung an den einzelnen Hochschulorten eine breite Aktionseinheitspolitik in Gang kommen, wird es auch mit der bereits angesetzten landesweiten Demonstration am 26.5. in Düsseldorf was werden. Der darin gesehene „Semesterhöhepunkt“ des MSB wird es hoffentlich nicht sein, denn damit Schwiers Pläne Papier bleiben, wird auf jeden Fall mehr nötig sein als eine große Demonstration.

Jörg Frank, Köln

Zweierlei Maß bei Sanktionen gegen Südamerika

kvz. Während die Bundesregierung noch immer an der Seite des kriegerischen britischen EG-Partners steht und Argentinien wegen der Malvinen-Aggression mit Handelsboykott belegt, sieht der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) laut Pressemitteilung vom 29. April die Beziehungen zu chilenischen Unternehmen ganz ungetrübt: „Technologietransfer, Investitionen und industrielle Kooperation standen im Mittelpunkt eines deutsch-chilenischen Unternehmergesprächs, das ... in Köln stattfand. Der chilenische Industriepräsident Bruno Casanova Arancibia hob bei dieser Begegnung das große Interesse der Wirtschaft seines Landes an enger Zusammenarbeit mit den deutschen Unternehmen hervor. Die Bundesrepublik Deutschland ist Chiles wichtigster Handelspartner. 1981 hat das lateinamerikanische Land Waren (vor allem Kupfer) im Werte von 1 Mrd. DM geliefert. Die deutsche Wirtschaft exportierte in erster Linie Maschinen, Anlagen und Autos im Gesamtwert von ca. 700 Mio. DM nach Chile."

Neue Regierung in El Salvador

kvz. Als neuer Staatspräsident wurde in El Salvador der Bankier Alvaro Magana gewählt. Seine Präsidentschaft soll provisorisch sein bis zur Ausarbeitung der neuen Verfassung 1983. Von den 60 Mitgliedern der Verfassungsgebenden Versammlung erhielt Magana die 24 Stimmen der Christdemokraten sowie 12 der 14 Stimmen der Nationalen Versöhnungspartei (PCN). Der Gegenkandidat der Arena erhielt nur 17 Stimmen. Damit haben sich vorerst die USA mit ihrem Wunsch einer moderaten Regierung durchgesetzt, indem sie über das Militär Magana als Kandidaten setzen ließen. Aufgrund des Theaters, das jetzt der Arena-Chef d'Aubuisson veranstaltet, wurde der Ausnahmezustand wieder ausgerufen. Trotz der Wahl haben sich die extremen Rechtsparteien eine zusätzliche Machtposition geschaffen, indem sie die Rechte der Verfassungsgebenden Versammlung, in der sie die Mehrheit besitzen, erweitert haben.

Trotz der Wahl haben sich die extremen Rechtsparteien eine zusätzliche Machtposition geschaffen, indem sie die Rechte der Verfassungsgebenden Versammlung, in der sie die Mehrheit besitzen, erweitert haben.

KPI-Sekretär auf Sizilien von der Mafia ermordet

kvz. Der Regionalsekretär der KPI in Sizilien, Pio La Torre, ist mitsamt seinem Chauffeur auf offener Straße in Palermo von einem bewaffneten Kommando erschossen worden. Es ist der erste Mord an einem führenden Kommunisten seit Kriegsende. Als sicher gilt, daß die Mafia das Verbrechen kaltblütig vollstreckt hat. Die Interessen sind einfach und handfest: La Torre war von der KPI-Leitung nach Sizilien geschickt worden, um die Kampagne gegen den Bau des NATO-Raketen-Stützpunktes Comiso anzukurbeln, auf dem ein Teil der neuen US-Mittelstrecken-Raketen stationiert werden soll. Darüberhinaus war er führend im Parlaments-Ausschuß zur Aufdeckung der Mafia-Aktivitäten tätig gewesen; und schon 1950 hatte er Aktionen landloser Bauern auf Sizilien gegen die Großgrundbesitzer angeführt. Eine Großdomäne der Mafia ist heute der Bausektor – und der geplante Raketenstützpunkt in Comiso ist das größte Bauvorhaben auf der Insel. Darüberhinaus ist die Ermordung La Torres wohl auch eine blutige Warnung für den Karabinieri-General Dalla Chiesa, der als Präfekt in Palermo den Kampf gegen die Mafia künftig leiten soll.

OAU in der Sackgasse wegen Westsahara

chm. Es scheint, daß die Frage der Zulassung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara als Vollmitglied der OAU, die im Februar erfolgt ist, im Rahmen der Institutionen der OAU selbst nicht gelöst werden kann. Auf einer Sitzung vom 22./23.4. in Kenia, das turnusmäßig den Vorsitz führt, ist der Versuch gescheitert, Gegner und Befürworter der Aufnahme der DARS in die OAU zu einer Einigung zu bringen. Die ganze Angelegenheit wurde an die Gipfelkonferenz, die im August in Tripolis, Libyen, stattfinden soll, verwiesen. 26 Mitgliedsstaaten sind für die Aufnahme der DARS in die OAU und 19 dagegen. Diese Gruppe der 19 stellt sich hinter Marokko, die die Westsahara, das Staatsgebiet der DARS, als Teil des marokkanischen Königreichs behandelt und einen langjährigen Krieg gegen die Befreiungsorganisation der Sahara, FPOLISARIO, führt. Offensichtlich stacheln die USA Marokko an, da sie großes Interesse an dem Phosphatreichtum der DARS haben. Die Waffenlieferungen an Marokko sind verstärkt worden. Es ist nicht abzusehen, wie es der Gipelkonferenz im August gelingen soll, die Frage zu lösen. Ein Beschluß über die Aufnahme eines neuen Mitglieds bedarf einer Zweidrittelmehrheit.

Will Begin die Westbanks und Gaza annektieren?

kvz. Vor dem israelischen Parlament hat Begin jede Möglichkeit, die israeli-

Will Begin die Westbanks und Gaza annektieren?

kvz. Vor dem israelischen Parlament hat Begin jede Möglichkeit, die israeli-

schen Siedler im Rahmen einer Vereinbarung über die Autonomie der Palästinenser abzuziehen kategorisch zurückgewiesen. Er deutete darüberhinaus an, Israel könne sich entschließen, die Westbanks und den Gaza-Streifen genauso wie vorher den Golan förmlich zu annektieren. Wörtlich sagt Begin: Wenn der Tag gekommen ist, „an dem unsere staatliche Souveränität auf Judäa, Samaria und den Gaza-Streifen ausgedehnt wird" – dann würden die 1,3 Millionen Palästinenser in diesen Gebieten volle Autonomie genießen! Autonomie habe nichts mit Selbstbestimmungsrecht zu tun; denn Selbstbestimmung werde in der Konsequenz eines palästinensischen Souveränität und einen palästinensischen Staat bedeuten, und den könne Israel niemals akzeptieren.

Counterinsurgency und Public Relations

Die neue Junta in Guatemala poliert ihr Image und verschärft die Repression

Guatemalas neue Regierung unternimmt zweigleisige Anstrengungen, um den zunehmend erfolgreichen revolutionären Kräften im Lande entgegenzuwirken.

Im Landesinneren wird die Massenrepression gegen die Zivilbevölkerung verschärft und versucht die Armee, die Massenbasis der Guerillas zu vernichten, während zugleich die Christdemokraten und das State Departement eine größere Public-relations-Kampagne unternehmen, um den US-Kongreß davon zu überzeugen, daß die neue 3-Mann-Junta mit den Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit Schluß gemacht habe und die Unterstützung der USA im Kampf gegen die Rebellen verdiene ...

Bemerkenswerterweise bezieht sich die Mehrzahl der Programmpunkte der Regierung auf die „Aussöhnung der guatemaltekischen Familie" und will die sozialen Probleme des Landes durch „Stimulierung des Nationalismus, eine Doktrin, die den internationalen Kommunismus entgegenwirkt", bekämpfen. Diese Formulierungen spiegeln die engen Beziehungen zwischen den argentinischen und den guatemaltekischen Militärs wider.

Ein anderer Punkt spricht zwar von der „Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung, um die bestehenden Widersprüche zu vermindern"; allerdings werden keinerlei spezifische Reformen erwähnt. Der Privatsektor soll für die Wirtschaftsentwicklung des Landes zuständig sein, und neuerliche Anstrengungen sollen gemacht werden, um ausländisches Kapital ins Land zu holen. Wahlen werden für eine nicht genannte Zeit in der Zukunft versprochen (umgehende Neuwahlen sind unwahrscheinlich, weil sie die Spaltung auf der Rechten deutlich machen würden und die Armee riskieren würde, die Macht zu verlieren). Für die Regierungskampagne zuständig ist General Rios Montt's Public-Relations-Sekretär, Col. Jaime Rabales, ein in den USA ausgebildeter

deutlich machen würden und die Armee riskieren würde, die Macht zu verlieren). Für die Regierungskampagne zuständig ist General Rios Montt's Public-Relations-Sekretär, Col. Jaime Rabales, ein in den USA ausgebildeter

Experte für Counterinsurgency (Aufstandsbekämpfung, Red.), der schon unter General Lucas dieselbe Funktion innehatte.

Aber die wirkliche Arbeit zur „Versöhnung der guatemaltekischen Familie" muß Rios Montt in seinem eigenen Stall beginnen. Es heißt, die Armee sei nach wie vor gespalten ... Es gibt, wie es scheint, zumindest drei Hauptströmungen (manche sagen, es seien fünf): Anhänger der rechtsextremen „Nationalen Befreiungsbewegung" (MLN), die noch immer die Mehrzahl der Truppen kommandieren und hinter den Kulissen einen soliden Anteil an der Regierungsmacht haben; dann eine Fraktion von unbestimmter Größe, die Rios Montt stützt; und die engen Anhänger des Generals Lucas. Nach neueren Berichten hat Gen. Archibal Guevara, der Kandidat von Lucas in den Wahlen vom 7. März (der eigentlich durch den Militärputsch gestürzt sein sollte, vgl. KVZ 13/82), eingewilligt, als „Berater" für die neue Junta tätig zu sein ...

Jenseits der Bemühungen, sich international ein „neues Image" zu schaffen, und in direktem Widerspruch dazu ist das Militär bemüht, eine klarere Counterinsurgency-Strategie auszuarbeiten, um im eskalierenden Bürgerkrieg die Oberhand zu behalten ... Genannt „Nationales Sicherheits- und Entwicklungsprogramm zur Bekämpfung der Subversion und des internationalen Kommunismus", versucht dieser Plan, militärische Aktionen mit sozialen, politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen zu kombinieren. Als Antwort auf die erfolgreichen militärischen Aktivitäten aller vier Guerilla-Gruppen in verschiedenen Landesteilen hat die Armee ihre Massaker unter der Landbevölkerung fortgesetzt, und Ernten und Dörfer angezündet in einem verzweifelten Versuch, die Massenbasis der Rebellen zu zerstören.

Eine kürzliche Attacke der Armee auf ein Dorf im westlichen Hochland, Estancia de la Virgen, war so brutal, daß selbst die konservative Kirchen-Hierarchie gezwungen war zuzugeben, daß die Repression auf dem Land nicht, wir ursprünglich gehofft, nachgelassen hat. 175 Häuser wurden angezündet, mehr als 200 Landbewohner, die meisten Frauen und Kinder, wurden gezwungen zu fliehen.

Ein langfristigerer Aspekt der gegenwärtigen Bemühungen zur Eindämmung des Aufstands ist der verstärkte Einsatz von sog. Zivilen Verteidigungs-Patrouillen. Diese rechtsextremen Kommandos, zusammengesetzt aus früheren oder aktiven Soldaten, die als Zivilisten verkleidet werden, haben eine schlagende Ähnlichkeit mit den Mordkommandos in El Salvador. Paramilitärische Gruppen waren bereits in der Provinz Quiché aktiv – wo sie laut dem Komitee zur Einheit der Landarbeiter 200 Campesinos am Vorabend der Wahlen köpften –, und seit jüngstem in Rabinal, wo viele umgebracht wurden, nachdem die Guerillas der „Armee der Armen" (EGP) zuvor für zwei Tage eine Stadt besetzt hatten.

Unterdessen ist die Rolle der Christdemokraten in dem, was im Kern eine rechtslastige Counterinsurgency-Regierung ist, deutlicher geworden. Nachdem sie sich entschieden haben, wegen ihres Anti-Kommunismus mit der wirklichen Opposition des Landes nicht zusammenzugehen, waren sie darauf angewiesen, einen Deal mit der Rechten zu suchen ...

Bisher hat keine der Mitgliedsorganisationen des Komitees für Patriotische Einheit (CGUP, die kürzlich gegründete Dachorganistaion der demokratischen Organisationen des Landes, vgl. KVZ 10/82) Unterstützung für die Junta gezeigt. Obwohl die Versuchung groß ist, ins Land zurückzukehren und wieder eine offene Massenarbeit aufzunehmen, gehen alle erfahrenen Beobachter davon aus, daß es sich bei der „demokratischen Öffnung" nur um einen kurzen Frühling, wie anfangs der 70er Jahre, handeln wird. Damals wurden die öffentlichen Kundgebungen in den Städten nur zugelassen, um sie sogleich niederzuschießen und eine „Pazifizierungs"-Kampagne von Stadt zu Stadt zu unternehmen. (...)

(Aus: Guardian, 28. April – Eigene Übersetzung)





Ängstliche Blicke und allgegenwärtiges Militär in Guatemala City

Von Mainz nach Teheran und zurück: Machtkämpfe im Iran

chm. Kaum hatte sich die Aufregung in der westdeutschen Presse über die Verhaftung des ehemaligen iranischen Außenministers Ghotbzadeh als „CIA-Agenten" gelegt, da überfielen Schlägertrupps, teils in der BRD lebend, teils eigens aus Teheran eingeflogen, iranische Studenten in Mainz aufgrund von detaillierten Kenntnissen und Informationen, die ihnen die Botschaft zukommen ließ. Wahrscheinlich hat sie sie aufgrund der engen Zusammenarbeit zwischen dem Verfassungsschutz und dem Nachfolger des berüchtigten Schahgeheimdienstes Savak, dem Savama, erhalten.

Daß Schlägertrupps der islamischen Führung im Ausland gegen iranische Oppositionelle eingesetzt würden, war schon seit einiger Zeit vom Republikspräsidenten Khameneiy öffentlich verkündet worden. Inzwischen ist die Operationszentrale dieser Banden für Westeuropa die iranische Botschaft in Bonn. Der Einsatz selbst ist ein weiteres Zeichen für den sich verschärfenden Machtkampf in den Reihen der verschiedenen Fraktionen der im Iran herrschenden schiitischen Geistlichkeit. Es ist der Kehraus in Vorbereitung auf den erwarteten Tod Khomeinys. Sozusagen nachdem die politische Opposition im Lande selbst durch die Unterdrückungsmaschinerie des Staates für den Moment zumindest zu größeren Aktionen gegen das Regime nicht mehr in der Lage ist, im Ausland auch weitgehend Ruhe zu schaffen, um sich ungestört auf die Regelung der Frage der Nachfolge zu konzentrieren. Dies ist beileibe keine technische oder organisatorische Frage.

Nach den Attentaten vom Juni und Juli 1981, bei denen der Führer der IRP, Beheshti, Ministerpräsident Radjai und Premierminister Bahonar umgekommen sind, hat die Partei der Geistlichkeit, IRP, mehr und mehr an Macht verloren. Als politisch strukturierte und festgefügte Organisation existiert sie kaum noch. Sie ist mehr zu einer Sammlung politischer Persönlichkeiten mit jeweiligen persönlichen Anhang geworden. Das Parlament ist zum eigentlichen Ort der Fraktionskämpfe geworden. Eine Gruppe von 50 Abgeordneten, eine solide Sperrminorität, hat sich dort herauskristallisiert, die den rechten Flügel der Geistlichkeit bilden. Sie zeichnen sich aus durch ihren wilden Haß auf die religiöse Minderheit der Bahais und ihre scharfe antikommunistische Orientierung. (Auch wenn sich das jetzt hauptsächlich als Unterdrückung der Tudeh-Partei ausdrückt, so ist es als Strömung nicht weniger gefährlich, weil sie sich natürlich gegen die gesamte linke Opposition richtet.) Diese Gruppe der 50er treten für eine stärkere Bindung an die westlichen imperialistischen Staaten ein, haben bisher die Verabschiedung des Gesetzes zur Landreform verhindert und die Gesetze über die Nationalisierung des Außenhandels boykottiert – beides lehnen sie als „antiislamisch" ab. Es ist diese Gruppe der „Hodjatollahs", im Rang niedriger als die Ayatollahs, die für eine Verschärfung der Repression eintritt.

Die andere Fraktion, deren Galionsfigur Parlamentspräsident Rafsandjani ist, versteht sich als „wahre Vertreter der Linie des Imam", wobei sehr oft, vor allem was die Politik gegenüber der Opposition betrifft, die Trennungslinien nicht sehr scharf sind.

Beide Gruppen haben sich bisher auf Khomeinys Autorität gestützt, der immer mal die eine gegen die andere ausspielt und sich die Rolle des „ehrlichen Maklers" damit zu reservieren versucht.

Die Nachfolgefrage ist deshalb so entscheidend, weil mit ihr Khomeinys Konzept des velayet-e-faqih, das auch in die iranische Verfassung Eingang gefunden hat, zur Disposition steht. Velayet-e-faqih ist das verbriefte Recht des religiösen Führers der Umma, der Gemeinde, das letzte Wort bei allen weltlichen und geistlichen Angelegenheiten des Landes zu haben. Im Falle seines Todes muß ein anderer Geistlicher, ihm im Range gleich, mit den gleichen Eigenschaften und dem gleichen Ansehen an seiner Stelle eingesetzt werden. Besteht kein Konsens über den Nachfolger, so muß eine Versammlung von 61 Religionsgelehrten, moudjtahid, in allgemeinen Wahlen gewählt werden, die ein Führungsgremium von 3 oder 5 Faqihs anstelle des vorgesehenen einen für dieses Amt einsetzt.

Die 6 größten Ayatollahs des Landes sind gegen dieses Konzept des velayet-e-faqih. Deswegen ist die Wahl dieser Versammlung, die für 1981 vorgesehen war, bislang nicht erfolgt. Khomeinys Favorit, sein Schwager Montazeri, der als sein treuer Gefolgsmann bekannt ist, findet keine Mehrheit unter den Geistlichen. An der Spitze der Opposition gegen dieses Konzept des velayet-e-faqih steht der abgesetzte Ayatollah Shariat Madari, da er der Auffassung ist, daß dieses Konzept sich gegen das Prinzip der Volkssouveränität richtet und daher auch antiislamisch sei. Es ebne den Weg zur Diktatur. Mit der spektakulären Absetzung Shariat Madaris hat Khomeiny dem Kontrahenten dieses in der Tat diktatorischen Konzepts einen entscheidenden Schlag versetzt. Mit Shariat Madari ist eine ganze Gruppe Geistlicher aus Azerbaidschan, der Heimatprovinz Shariat Madaris, abgesetzt worden. In dieser Absetzung waren sich *beide* Fraktionen des Parlaments offensichtlich einig.

Frühjahrsputzen in China

Monat der Kultur und Höflichkeit
Kampf gegen Korruption
Rationalisierung des Staatsapparates

Von Jochen Noth, Beijing

Ein großes Staubaufwirbeln, Putzen und Aufräumen hatte im März in China begonnen. Im wörtlichen Sinne, denn der Monat wurde zum Monat der sozialistischen Kultur und der Höflichkeit ausgerufen, und sein äußeres Zeichen waren überall Besen schwingende (und damit Staub aufwirbelnde) Putzkolonnen auf Straßen und Plätzen. Im übertragenen Sinne, weil Partei und Regierung im ganzen Land eine Verfolgungskampagne gegen Schmuggler, Betrüger und Spekulanten eingeleitet haben und weil von oben nach unten eine gründliche Reform und Rationalisierung des Staatsapparates begonnen hat, die Deng Xiaoping eine Art Revolution genannt hat. Unter anderem soll die Zentralregierung um ein Drittel ihres Personals verkleinert werden.

Der dreifache Frühjahrsputz verfolgt nach den offiziellen Erklärungen ein dreifaches Ziel: Ideologischer Zusammenschluß der Volksmassen und vor allem der Jugend um die Politik der jetzigen Partei- und Staatsführung, Säuberung von Partei und Verwaltung von korrupten Elementen, Modernisierung des Staatsapparates, damit er endlich ein wirksames Instrument zur Durchführung der notwendigen Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft wird.

Ist aber dieses ganze Saubermachen nicht bloße Staffage für eine politische „Säuberung“, für einen Machtkampf, den sich irgendwelche Cliquen hinter den hohen Mauern der „Verbotenen Stadt“ liefern?

Davon war zuletzt im Januar und Februar die Rede in der internationalen Presse, als Deng Xiaoping „verschwunden“ (gestürzt, gefangen, getötet?) war. Bis er eines Tages wieder im Fernsehen saß und dem Prinzen Sihanouk vergnügt erklärte, die innenpolitische Lage sei noch nie so stabil gewesen. Deng wurde also nicht von ultralinken und konservativen Kräften entmachtet, sondern die von Deng Xiaoping, dem Parteivorsitzenden Hu Yaobang und Ministerpräsident Zhao Ziyang repräsentierte Führung ist dabei, eine Reihe der verbliebenen Hindernisse für ihre Politik auszuräumen. Die Stärke des Widerstands im Funktionärskörper gegen die Politik der Reformen und der Wirtschaftsregulierung war zuletzt im Dezember 1981 deutlich geworden, als der Nationale Volkskongreß die neue Verfassung nicht wie geplant verabschieden, ja noch nicht einmal beraten konnte. Die Regierungs- und Parteiführung kann die Positionen ihrer Gegner aber jetzt weiter schwächen, weil sie das im Rahmen von Maßnahmen macht, die dringend erforderlich sind und vom ganzen Volk erwartet werden.

„Monat der sozialistischen Kultur und der Höflichkeit“

Der „Monat der sozialistischen Kultur und der Höflichkeit“, der künftig jedes Jahr wiederholt werden soll, dient der Verankerung eines Sitten- und Verhaltenskodex, der durch den doppelten Katalog der „Fünf Gebote“ (Anstand, Höflichkeit, Hygiene, Zucht und Ordnung, Moral) und „Vier Tugenden“ (korrekte Geisteshaltung, höfliche Sprache, gesittetes Verhalten, anständiges Äußeres) zusammengefaßt ist. Verkörpert war diese Moral anscheinend im guten Soldaten Lei Feng, der vor seinem Unfalltod vor 20 Jahren wahre Wunderwerke an täglichen guten Taten und Werken vollbracht haben soll. Ministerpräsident Zhao Ziyang sagte in seiner Fernsehansprache zu Beginn des Monats (der ersten dieser Art von einem chinesischen Führer überhaupt): „Hygiene und zivilisiertes Verhalten von seiten aller Bewohner in Stadt und Land werden die Gesundheit und Einheit der Gesellschaft fördern und das moralische Klima verbessern.“

In den ersten Tagen des März wurde, wie gesagt, überall unter demonstrativer Beteiligung von Partei-, Staats- und Militärführern, von Schulklassen, Belegschaften und Militäreinheiten geputzt. Gleichzeitig bemühte man sich, Sauberkeit, Freundlichkeit und Diensteifer in Läden, öffentlichen Dienststellen, Restaurants usw. einziehen zu lassen. In Beijing wurde eine neue Straßenverkehrsordnung erlassen, die unter anderem das Spucken in der Öffentlichkeit mit Strafe bedroht.

Um den 10. März begann dann ein millionenfaches Bäumepflanzen vor allem in den Städten. Und in der zweiten Hälfte des März trat immer deutlicher das Element der politischen und kulturellen Ausrichtung des Kampfes gegen den „bürgerlichen Liberalismus“ in den Vordergrund. Lieder, in denen es vor allem um „Liebe“ geht, werden kritisiert und nicht mehr gespielt, Tonband- und Videokassetten „pornograhischen“ Inhalts – hierzulande ein sehr weit gefaßter Begriff – werden beschlagnahmt. Alle kulturellen Aktivitäten – Film- oder Theateraufführungen, Bilderausstellungen usw. – unterliegen einer verschärften Kontrolle.

Wie reagieren die Leute auf diese Kampagne? Diese Frage kann ich natürlich nur aufgrund zufälliger Beobachtungen und Kontakte mit Intellektuellen, Studenten und jungen Arbeitern beantworten.



Im Westen wäre die Reaktion auf eine Kampagne für Sauber- und Höflichkeit, noch dazu wenn sie von der Regierung käme, bei einem entsprechenden Personenkreis sicherlich wütender Protest und beißender Spott. Hier sind eher solche Reaktionen typisch: „Lei Feng, das ist natürlich für die Grundschüler, aber ein bißchen mehr Höflichkeit ist schon nicht schlecht.“ Oder: „Lei Feng und dem Volke dienen! Schön und gut, aber die oben halten sich doch selbst nicht dran!“ Es ist unbestreitbar, daß vor allem in den ersten Tagen des März sich in Beijing die Verkehrsdisziplin besserte, das rücksichtslose Gedränge um Sitzplätze in den Bussen nachließ, der rüde Umgangston von Verkäufern und Kellnern milder wurde, die Kellnerjacken übrigens gelegentlich auch weißer, und daß die ziemlich rauhbeinigen Beijinger Verkehrspolizisten ein wenn auch angestrengtes Lächeln zur Schau trugen, während sie Ermahnungen oder Strafmandate nach der neuen StVO verteilten.

Die Kampagne trifft auf einen Konsens, daß Überwindung von Rückständigkeit und Armut auch den Kampf gegen Dreck, unsolidarische Verhaltensweisen und Verrohung der Sitten bedeutet. Die Verstärkung der politischen Kontrolle und die damit verbundene Einschränkung der Meinungsfreiheit wird von dem erwähnten Personenkreis mit Zähneknirschen aufgenommen. Viele sind sich auch darüber klar, daß gesellschaftlichen Plagen wie z.B. der Jugendkriminalität mit Lei Feng kaum beizukommen ist. Sie erwarten jedoch, daß der Kampf gegen Bürokratismus und Korruption auch die wirtschaftlichen Bedingungen und die Möglichkeiten zu größerer politischer Freiheit ganz allmählich verbessert.

Kampf gegen Korruption und Spekulation

Einer der Gründe für einen vorsichtigen Optimismus ist der Kampf gegen Korruption, Spekulantentum und Schmuggel durch Partei- und Staatsfunktionäre.

Wenn man offiziellen wie persönlichen Berichten glauben darf, waren Fälle von Wirtschaftskriminalität in den 50er und 60er Jahren selten, und die KP Chinas genoß in der Tat den Ruf moralischer Sauberkeit. Das änderte sich im Gefolge der Kulturrevolution, als mit der Zerstörung der überkommenen Mechanismen politischer Kontrolle des Partei- und Staatsapparates es jedem mittelhohen Funktionär möglich wurde, seine Residenz von bewaffneten Posten der Armee abschirmen zu lassen und jeder Kritiker ohne legale Möglichkeiten der Selbstverteidigung als konterrevolutionäres Element mundtot gemacht werden konnte. Dieses System der Pfründe, des Verschiebens von Posten, Geld und Waren hinter hohen Parkmauern und den zugezogenen Gardinen der Hongqi-Limousinen überlebte den Sturz der Viererbande ebenso wie ein großer Teil der wuchernden Bürokratie, auf deren Boden es wuchs. Mit der Lockerung der politischen Unterdrückung, mit der Steigerung der Kaufkraft dank der ersten wirtschaftlichen Reformen und mit der Öffnung gegenüber dem Ausland öffnete es sich aber gewissermaßen nach unten. Viele wollten auch z.B. die Farbfernseher, guten Tonbandgeräte oder auch nur schicken Sonnenbrillen haben, die die Kinder hoher Kader zur Schau trugen und die in China legal lange Zeit nicht zu erwerben waren. Wichtiger noch, daß der fortbestehende Bürokratismus Bestechung und Hintertürpraktiken unumgänglich machte. Mit Spott, Wut und Scham wird darüber gesprochen, wieviel Devisengeld, Schnapsflaschen, ausländische Zigaretten oder auch Farbfernseher es kosten kann, seinem Kind einen Arbeitsplatz oder ein zweites Zimmer für die mehrköpfige Familie zu besorgen. Schwarzmarkt, Korruption und Spekulation sind in den letzten Jahren zum ersten Mal seit der Befreiung auch mit ungeschütztem Auge erkennbar in der chinesischen Gesellschaft aufgetreten, und Wirtschaftsverbrechen nehmen auf den Terminplänen chinesischer Gerichte in
schaftsverbrechen nehmen auf den Terminplänen chinesischer Gerichte in
den letzten Jahren einen breiten Raum ein.

Aber bis jetzt hörte man vor allem von den kleinen Fischen. 1981 kam es allein in Beijing zu 9853 Verurteilungen wegen Spekulation, bei denen es aber nur in 329 Fällen um Summen von über 1000 Yuan ging. In 3335 Fällen wurden Schmuggler verurteilt, aber nur 29mal ging es um Summen über 5000 Yuan. In den ersten drei Monaten 1982 haben die Verfolgungsbehörden bereits in 23 Fällen Verfahren eingeleitet, bei denen es um Summen in der hierzulande beträchtlichen Höhe von über 10000 Yuan geht. Insbesondere im Februar wurden täglich Fälle von Schmuggel, Unterschlagung usw. enthüllt, in die Kader mittlerer und höherer Verwaltungsebenen verwickelt waren. Die spektakulärsten Fälle waren der einer Autoschieberbande, die 1300 Kraftfahrzeuge illegal gekauft und verkauft hat (das entspricht knapp 1% der gesamten chinesischen Kfz-Produktion von 1978!), und der des Parteisekretärs und Direktors des Telegraphen- und Fernmeldeamtes von Guangzhou und seiner Frau, beide verdiente Veteranen der Partei, die einen Schmuggelring aufgezogen haben, der bis nach Shandong, also durch das halbe China, reichte.

In beiden Fällen wurde in der Presse von Komplizenschaft in vorgesetzten Partei- und Staatsorganen gesprochen. Der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses hat derweil die Todesstrafe für Wirtschaftsverbrechen eingeführt und das Prinzip bekräftigt, daß die Bestrafung um so strenger sein müsse, je höher der Übeltäter steht. Immer wieder sind Sätze zu lesen wie: „Während die Berichte bisher sich nur mit Beamten auf Kreis- oder Bezirksebene oder darunter befassen, die in solche Fälle verwickelt sind, wäre es nicht verwunderlich, wenn auch einige Fälle ans Licht kämen, die höhere Kader betreffen.“ (China Daily, 26.2. 1982) Das Volk, das sich über jede dieser Enthüllungen herzlich freut, wartet gespannt darauf, mit welcher Konsequenz sie fortgesetzt werden.

Rationalisierung des Regierungsapparates

Der Zusammenhang zwischen dem Kampf gegen Kaderkorruption und der Reform des Verwaltungs- und Regierungsapparates ist leicht zu erraten. Aufgeblähte Bürokratien und Kompetenzenvielfalt gaben den Boden ab, auf dem sich diese Erscheinungen entwickeln konnten.

Folgende Beschlüsse hat der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses Anfang März u.a. gefaßt: Die Zahl der Vizeministerpräsidenten wird von gegenwärtig 13 auf zwei reduziert, die Zahl der Ministerien und anderen dem Staatsrat direkt unterstehenden Institutionen von 98 auf 52.

Das Personal der Zentralregierung (gegenwärtig 49000) wird um ein Drittel gesenkt. Soweit sie nicht in Alterspension geschickt werden, sollen die Entlassenen Um- und Weiterbildungskurse besuchen, um später im Wechsel mit den Weiterbeschäftigten wieder auf ihre Posten zurückzukehren.

Die Führung der Regierung wird durch einen Ständigen Ausschuß des Staatsrats gestrafft, besonders die Planung und Lenkung der Wirtschaft soll vereinfacht und effektiviert werden. Minister sollen in der Regel nicht älter als 65, Vizeminister nicht älter als 60 Jahre sein.

In der ersten Stufe der Reform werden neun Ministerien und Kommissionen zu drei neuen Einheiten zusammengefaßt und drei weitere reorganisiert und vereinfacht. Die Zahl der Beschäftigten in diesen Industrie- und Handelsverwaltungen wird von 8693 auf 5864, die Zahl der Minister und Vizeminister wird von 117 (Durchschnittsalter 64 Jahre) auf 27 (Durchschnittsalter 57 Jahre) gesenkt werden. Diese Reform soll der Anfang einer umfassenden Reform aller Ebenen des Staatsapparates von oben nach unten sein.

Ein Machtkampf? Die politische Bedeutung, der Linienkampf?

Zunächst sei daran erinnert, daß man den Kampf gegen Korruption und Bürokratismus selbst getrost auch als Linienkampf ansehen kann, bei dem es um die Voraussetzungen für den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt in China geht, ganz unabhängig davon, ob man die Politik der jetzigen Führung in allen Teilen gut heißt oder
davon, ob man die Politik der jetzigen Führung in allen Teilen gut heißt oder
nicht.

Gleichzeitig benutzt aber natürlich die chinesische Führung diese notwendigen Maßnahmen, um den Einfluß ihrer Gegner weiter zurückzudrängen und die Wirtschaftsreform, das Kernstück ihres Programms, durchzusetzen. Sie führt dabei einen „Kampf an zwei Fronten“, dessen Ausgangslage sie keineswegs rosig einschätzt:

„*Nur eine Minderheit* der ganzen Bevölkerung und eine Minderheit der zig Millionen Kader und Mitglieder der Kommunistischen Partei sind davon überzeugt, daß China die Ordnung wiederherstellen und Wohlstand erlangen kann. Sie widmen sich gewissenhaft diesem großen Wandel (der jetzigen Reformpolitik, d. Verf.) und der raschen Entwicklung. *Die Mehrheit* hofft auf eine bessere Zukunft, aber ist durch alle Arten von Befürchtungen verwirrt. Andere sind voller Zweifel und Unentschlossenheit. *Eine sehr kleine Zahl* widersetzt sich entschlossen dieser Wandlung und Entwicklung und will das gegenwärtige System und die gegenwärtigen Führung stürzen.“ (Volkszeitung, nach China Daily, 10.2. 1982, Hervorhebungen v. Verf.)

Der Kampf an der einen Front richtet sich gegen die „sehr kleine Zahl“ der verbliebenen Anhänger der Viererbande und der konservativen Kräfte, die insbesondere die Reform der Kollektivwirtschaft auf dem Lande und die Verlagerung des Schwergewichts der Industrieentwicklung von der Schwer- auf die Leichtindustrie bekämpfen, Kräfte, die in der Bevölkerung nur wenig Rückhalt haben, sich in Partei- und Staatsapparat und in der Armee aber noch auf starke Verbindungen stützen können. „Wir müssen entschlossen die entfernen, die nach wie vor gegen die seit dem 3. Plenum im Dezember 1978 (auf dem die Grundzüge der Wirtschaftsreform beschlossen wurden, d. Verf.) entwickelte Politik der Partei opponieren oder sie boykottieren, und die aus unseren

Fortsetzung auf Seite 9

Fortsetzung von Seite 8

Frühjahrsputzen in China

Reihen ausschließen, die schwere Fehler gemacht haben und nicht mehr als Parteimitglieder qualifiziert sind." (China Daily, 11.2.1982)

Der Kampf an der anderen Front richtet sich gegen den ,,bürgerlichen Liberalismus". Damit werden unter anderem alle die offensichtlich in der Mehrheit der Bevölkerung einflußreichen Strömungen bezeichnet, die sich von einem oder allen der ,,vier Grundprinzipien" (Führung durch die Kommunistische Partei, sozialistischer Weg, demokratische Diktatur des Volkes sowie Marxismus-Leninismus und Mao-Zedong-Ideen) abwenden und der Versuchung des ,,Ultrademokratismus" unterliegen. Schon seit Ende letzten Jahres wird in den chinesischen Medien die Trommel gegen den ,,bürgerlichen Liberalismus" vor allem in Kunst und Literatur gerührt.

Im Schutze des Kampfes gegen Spekulation, Korruption und Bürokratismus kann diese Propaganda an Kraft gewinnen, weil sich in der Tat manch trüber Geschäftemacher auf dem schwarzen Markt oder beim Schmuggel z.B. mit Tonbandgeräten und Tonbändern die Fahne der Demokratie und der Gedankenfreiheit umhängt – was nichts daran ändert, daß sich in vielen Erscheinungen, die mit dem Etikett des ,,bürgerlichen Liberalismus" versehen werden, der Hunger des Volkes nach Demokratie und gesellschaftlichem Fortschritt ausdrückt.

Auch der Kampf gegen Korruption, Bürokratismus und ,,links"-konservative Opposition hat ja bekanntlich nicht erst in diesem Frühjahr begonnen. Durch die drei beschriebenen Kampagnen sollen aber jetzt die Weichen für die definitive politische Durchsetzung des Reformkurses in diesem Jahr gestellt werden.

Nach dem Sturz Hua Guofengs ist es der chinesischen Führung im letzten Jahr zum ersten Mal gelungen, eine Kürzung der staatlichen Investitionen vor allem in der Schwerindustrie durchzusetzen (der sich die von Hua repräsentierte Fraktion widersetzte) und den Staatshaushalt fast ausgeglichen zu halten, eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine stabile Wirtschaftsentwicklung. Drei Gefahren bedrohen und bremsen die Wirtschaftsreform. 1. Der Versuch von Provinzen, Städten, Wirtschaftseinheiten, die Reform auf eigene Faust und zum eigenen finanziellen Vorteil ohne Rücksicht auf
finanziellen Vorteil ohne Rücksicht auf
die Gesamtwirtschaft voranzutreiben – auch das eine Erscheinung, die als ,,bürgerlicher Liberalismus" bezeichnet wird, vielleicht die wichtigste und sicher eine schädliche. 2. Der Widerstand, den große Teile des Funktionärskörpers der Reform entgegensetzen, und 3. Schmuggel und Korruption, deren Ausmaß die Wirtschaft in statistisch relevantem Umfang schädigen.

Der Nationale Volkskongreß im Dezember vorigen Jahres hatte den Auftrag, den gesetzlichen Rahmen der Wirtschaftsreform durch die Verabschiedung eines Zivilgesetzbuches und einer neuen Verfassung zu schaffen. Das Zivilgesetzbuch konnte nicht abschließend und die Verfassung überhaupt nicht behandelt werden. Die Verfassung wird eine strengere Trennung von Partei und Staat vorsehen, die Formen des gesellschaftlichen Eigentums neu definieren und möglicherweise die Volkskommune in ihrer bisherigen Form beseitigen, Voraussetzungen für eine Verwaltungsreform schaffen und die Wählbarkeit der Staatsorgane erweitern. Jede dieser Maßnahmen gefährdet zahlreiche bürokratische Pfründen. Eine Konsequenz wäre unter anderem eine durchgreifende Verjüngung der Bürokratien gewesen. Das Reformprogramm hätte dann die gesetzliche Basis, die ihm bis jetzt fehlt. Widerstände in den Apparaten verhindern deshalb bisher die Gesetzes- und Verfassungsänderungen.

Die Partei- und Regierungsführung hat daher den umgekehrten Weg eingeschlagen. Sie hat die Verjüngung und Säuberung von Partei- und Staatsapparat vor der Verfassungsänderung eingeleitet, um die Verfassungsänderung durchsetzen zu können.

Kirche und ,,Solidarität" stimmen sich ab

Ein Bericht des Le-Monde-Korrespondenten in Warschau
Treffen mit Bujak im Untergrund

Unter der Decke des Kriegsrechts zeichnet sich langsam aber sicher eine politische Abstimmung zwischen den beiden großen sozialen Kräften in Polen ab: der Kirche und der Solidarität. Es handelt sich nicht um den Aufbau einer echten, organisierten und koordinierten Front; die Reorganisation des gewerkschaftlichen Apparats im Untergrund ist dazu noch zu ungenügend, die Situation zu sehr im Fluß, und das Episkopat zu sehr darauf bedacht, jeden Schritt abzuwägen ...

Es handelt sich ganz einfach – aber schon das ergibt eine neue politische Landschaft – um die schrittweise Entwicklung gemeinsamer Haltungen und Erklärungen dem Regime gegenüber. Da dies auf die Versteifung der Haltung der katholischen Hierarchie einerseits und auf das Bedürfnis der Gewerkschaftsführer andererseits, eine langfristige Strategie auszuarbeiten, gegründet ist, hat diese Entwicklung alle Chancen, sich zu bestätigen.

Zunächst die Kirche. Im Anschluß an die Verhängung des Kriegsrechts hatte sie fast zwei Monate lang versucht, die Bedingungen für eine schnelle Aufhebung des Kriegsrechts auszuhandeln. Die Kirche drückte ihre Sorge und Unruhe aus, aber vermied jede offene Verurteilung, die die Köpfe hätte erhitzen können. Indem sie sich in die Position eines Vermittlers stellte, predigte die Hierarchie den Gewerkschaftern deutliche Konzessionen, und machte gegenüber den Behörden sich dafür stark, sie auch durchzusetzen. Die Idee bestand im Kern darin, die Aufhebung der ,,Suspendierung" der Gewerkschaft zu erreichen, im Tausch gegen die Auswechselung der als ,,extremistisch" geltenden Gewerkschaftsführer und eine Änderung der Statuten, die die regionalen Strukturen durch eine Organisierung nach Berufszweigen ersetzt hätte. Diese Bestrebungen scheiterten am mangelnden Entgegenkommen der Behörden.

Der Wendepunkt deutete sich an, als sich der Primas in den Vatikan begab, Anfang Februar, das erste Mal seit dem 13. Dezember. Der Papst, der während des Aufenthalts des Primas die Vertreter der ,,Solidarität" im Ausland zu einer Audienz empfing, sprach sich klar gegen jedes Verhandlungsergebnis aus, das die Ergebnisse des Danziger Abkommens in Frage stellte.

Im Februar geißelt die polnische Bischofskonferenz die ,,moralische, soziale und wirtschaftliche Katastrophe", die der Staatsstreich herbeigeführt habe. Die Hirtenbriefe klingen von Sonntag zu Sonntag entschiedener, und am 5. April verteilt der Primas an alle Bistümer ein langes Dokument, das von seinem ,,Sozialrat" ausgearbeitet worden ist, und in dem in bestimmter Form die Wiederherstellung der Rechte – und zwar aller, ohne Ausnahme – verlangt wird, die durch das Kriegsrecht aufgehoben worden sind. Dieser Text, der sich ,,Thesen über die gesellschaftliche Verständigung" nennt, geht soweit, die freie Aufstellung von Kandidaten zu den Regionalwahlen zu verlangen ...

Die Verständigung, heißt es aber auch, müsse ,,die Stärkung ... der Strukturen des Staates und des Systems" ermöglichen, und die ,,Erfordernisse", die sich daraus wie aus den internationalen Bündnissen ergäben, müßten ,,von der Gesellschaft verstanden werden". Die Gewerkschaft wird ihrerseits kritisiert dafür, daß sie den Forderungsdruck und politischen Druck ihrer Basis nicht widerstanden habe. Nicht alle Freiheiten also, aber alle die Freiheiten, die mit den grundlegenden Interessen des Warschauer Paktes überhaupt in Übereinstimmung gebracht werden können.

Die Autoren dieser ,,Thesen", die Mitglieder des Sozialrats des Primas, sind alle katholische Intellektuelle, Anhänger oder Verbündete der Solidarität, die viele von ihnen unter ihre Berater zählte ...

Nun zur Gewerkschaft. Für einen Nachmittag der letzten Woche war in einem der zahlreichen Appartements in Warschau, das von seinen Besitzern ,,zur Verfügung gestellt" worden ist, ein Treffen arrangiert. Darunter auch mit einem der wichtigsten Gewerkschaftsführer, der den Verfolgungen der Miliz entwicht ist, Zbigniew Bujak, 28 Jahre alt, Arbeiter in den Ursus-Werken und Vorsitzender des Warschauer Regionalverbandes der Solidarität. Drei kleine physiognomische Details sind geändert, und man erkennt ihn nicht mehr auf den ersten Blick.

Es gibt, sagt er, in jeder Region ,,Gruppen von Mitgliedern", was nicht heißt, daß sich Solidarität im ganzen Land hat wiederherstellen können. In Lódz und Kattowitz habe die Miliz die Strukturen der Gewerkschaft ,,zerschlagen", in Poznan habe sie sich eben wieder erholt, in Szczecin habe sie sich konsolidiert. In den Fabriken von Wroclaw sei die Organisation am solidesten verankert, aber in Warschau (wo man ,,ungefähr zehntausend Aktive" zähle), in Danzig, (wo man ,,die Militärkunst studiert") und in Krakau habe man den Schlag ebenfalls verkraftet.

,,Die Mitglieder", fährt Z. Bujak fort, ,,haben die Neigung, die Realität zu überschätzen. Wenn ich danach ginge, was man alles erzählt, müßte ich annehmen, alle Welt warte nur auf den Generalstreik. In Wirklichkeit sind die Leute zwar für alle Arten ,passiver Aktionen' und denken auch, daß man sich auf Streiks vorbereiten muß, aber nur, wenn sie einen klaren Sinn haben. Und es gibt auch eine starke Tendenz, einen Kompromiß anzustreben, ein Abkommen, das es der Gewerkschaft erlaubt, wieder ihren Platz einzunehmen." Die Verlangsamung der Taktzeiten, ,,die in den ersten Wochen des Staatsstreichs sehr verbreitet war, ist heute keine so wichtige Sache mehr, da es gelungen ist, sie durch disziplinarische Sanktionen einzuschränken."

Im Gegensatz dazu, versichert er, gebe es ,,in den kolonisierten Betrieben betriebliche Sabotage – also in den Fabriken, die Zulieferer für die anderen Länder des Blocks sind".

Das, was in den Gesprächen ,,der Widerstand" genannt wird, gemessen am eindrucksvollen Wachstum der Untergrundpresse, die selbst sehr gut organisiert erscheint, nimmt sich in den Beschreibungen von Herrn Bujak sehr viel eher als eine nebulöse Fülle von Einzelpublikationen aus, ohne feste Strukturen, was allerdings nach seiner Schätzung den großen Vorteil hat, daß sie von der Polizei kaum auszuheben sind.

,,In Warschau", sagt er, ,,gibt es Ansätze gewerkschaftlicher Organisation in den Betrieben, aber sie bilden sich tatsächlich erst langsam wieder, von spontanen und sehr unterschiedlichen Initiativen ausgehend." Es existieren parallele gewerkschaftliche Gruppen, und es gibt Fabriken, von denen aus man Kontakte in mehrere andere Regionen hat. Diese ,,Untergrundstrukturen" teilen sich die Aufgaben untereinander auf; eine Gruppe ist für Presse, die andere für materielle Hilfe für die Internierten und Entlassenen, die dritte für Plakate und die Verteilung der Flugblätter verantwortlich. In Wroclaw und Warschau haben sich ,,Diskussionsgruppen der Solidarität" organisiert, die Mitglieder aus verschiedenen Bereichen zusammenbringen – was sehr wichtig ist –, die Einsammlung der Mitgliedsbeiträge organisieren und es ermöglichen, die Entwicklung der Meinungen bei den Leuten zu verfolgen.

Aber die am meisten verbreitete Aktivität ist nach Z. Bujak die ,,Verhängung von Quarantäne" gegen Kollaborateure, die, da sie durch Maueranschläge öffentlich denunziert werden, ihre Revanchegelüste vielfach zügeln müßten. Er fährt fort: ,,Die Direktoren wissen meist, wer dahinter steckt, aber machen im allgemeinen nichts und versuchen, den Kontakt zu den Verantwortlichen der Solidarität wiederherzustellen. Die Militärkommissare sind sehr isoliert, ohne wirkliche Funktion; sie stören tatsächlich alle und jeden, und vor allem die Direktoren."

Die große Befürchtung von Z. Bujak ist, und darin trifft er sich mit der Kirche, daß der Fortschritt der Untergrundorganisation zu einer Zentralisierung der Entscheidungen führen könnte, in deren Logik dann die Organisierung frontaler Kämpfe gegen das Regime läge. Er ist ein Verfechter des ,,Stellungskrieges", der zu einer ,,solchen universellen Verallgemeinerung des Widerstands führen muß, daß daraus ein gesellschaftliches Leben unabhängig vom Staat entsteht." Das will er vor allem um die ,,Kommissionen zur sozialen Hilfe" herum schaffen, um die Untergrund-Presse und geheimen Verlage,
und geheimen Verlage,
oder sogar eine Arbeiteruniversität, die dabei ist zu entstehen.

Es gibt nur eine Situation, in der er für einen Aufruf zum Generalstreik wäre: die Auflösung der Solidarität. Bis dahin setzt er auf eine nationale Verständigung auf Grundlage der ,,Thesen" der Kirche, ,,obwohl die Möglichkeiten dafür schwach sind." Er fügt hinzu: ,,Ich will nicht, daß irgend jemand denken kann, wenn es zu einer sozialen Explosion kommt, wir hätten nicht alle Möglichkeiten eines Kompromisses ausgeschöpft." Einige Teile der Administration, teilt er zögernd mit, suchten den Kontakt wieder herzustellen, aber es sei schwer festzustellen, ob es sich dabei um ernsthafte Schritte oder bloße Akte der Diversion handele. In Kürze würden sich die Vertreter aus Danzig, Warschau, Wroclaw und Krakau Ende des Monats treffen, um eine nationale Koordination ins Leben zu rufen, die aber keine ,,Leitung" darstellen solle, die die Leute nur geneigt machen würde, ,,auf Befehle zu warten". Wie die Kirche, setzt er also auf ,,eine lange und langsame Arbeit". (...)

Bernard Guetta

(Aus: Le Monde, 28. April – Eigene Übersetzung)

Zbigniew Kowalewski

Mitglied der Regionalleitung Lódz von Solidarność und Leiter des Pariser Informationsbüros **kommt zu Informations- und Diskussion-Veranstaltungen in die Bundesrepublik!**

Nutzt die Gelegenheit!

Donnerstag, 13. Mai – FFM
Freitag, 14. Mai – Köln
Samstag, 15. Mai – Westberlin

Veranstalter: Ausschuß der Komitees und Initiativen ,,Solidarität mit Solidarność"

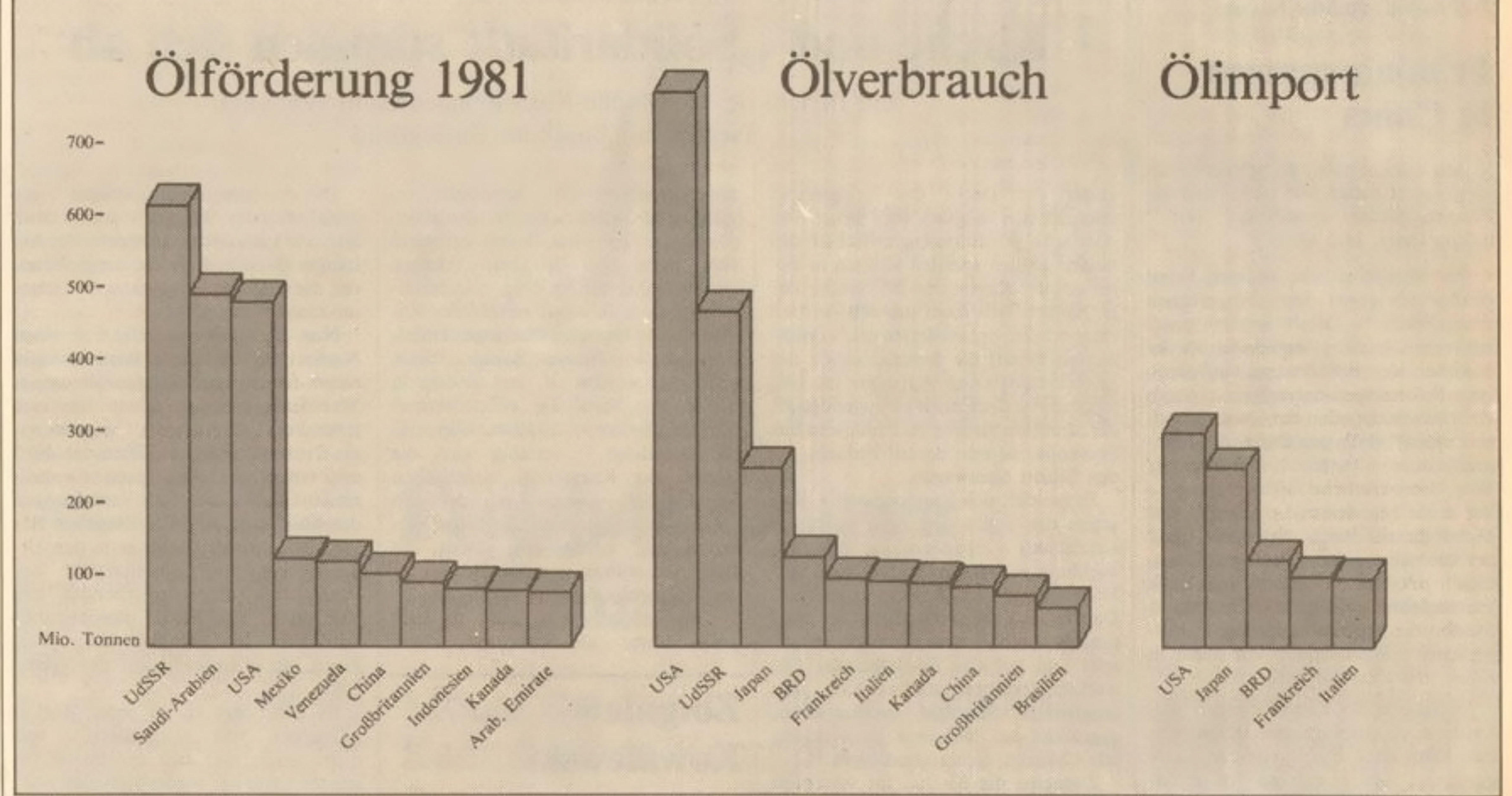
Bitte auf örtliche Ankündigungen über Ort und Zeit achten!

Seerecht gegen die USA

frb. ,,Die einhellige Antwort der Ölgesellschaften und Banken ist, daß sie nicht investieren werden, wenn der Vertragstext nicht grundlegend geändert wird'', so gab kürzlich der Vize-Präsident der Lockheed-Gruppe von sich. Lockheed ist eines der vier amerikanischen Konsortien, die im Tiefseebergbau tätig sind. Und da die millionenschweren Konzerne und ihre Geldgeber nicht wollten, revidierte die UNO-Seerechtskonferenz in ihrer 11. Tagung eben nochmals den bereits ausgehandelten Vertrag. Vier Konzernen unter US-Führung, einem französischen, einem japanischen sowie einem sowjetischen und einem indischen Bergbauunternehmen werden vorab je ein Explorationsfeld zugesprochen und ihre bereits vorgenommenen Investitionen werden garantiert.

Den USA war auch das noch zu wenig. Sie stören sich an der Verpflichtung zum technologischen Austausch und an dem Umstand, daß der Vertrag nach 20 Jahren mit ¾-Mehrheit geändert werden kann. Doch der Dritten Welt war dies nun zuviel. Wie angekündigt, wurde die Konvention eben gegen die Stimme der USA verabschiedet. 130 Länder stimmten für die Konvention, die europäischen Länder und die Sowjetunion enthielten sich der Stimme. 60 Länder müssen den Vertrag ratifizieren, damit er Gültigkeit erlangt.

Der Ausgang der neunjährigen Verhandlung zeigt, daß die Dritte Welt nicht mehr bereit ist, sich unter allen Umständen die Zustimmung der USA bei derartigen Verträgen zu erkaufen. Faktisch aber kann damit dem Faustrecht, wonach sich jeder nimmt, soviel er kann, auch nicht begegnet werden. Die USA werden sich nun auf eigene Faust die Abbaurechte mit der BRD, Japan, Frankreich und eventuell der Sowjetunion aufteilen. Bekanntlich haben sich die westlichen Industrieländer auf eine solche Piratenabmachung bereits geeinigt. Der UNO bleibt dagegen allenfalls ein Gang vor den Internationalen Gerichtshof, was sie auch bereits angekündigt hat.



Am deutlichsten wird die ungerechte Arbeitsteilung zwischen Nord und Süd beim Erdöl. Ein kleiner Teil der Menschheit verbraucht in den Industrieländern das billige Öl, dessen Vorkommen begrenzt ist. Obwohl schon die bisherige Preissteigerungen und die dadurch erzwungenen Einschränkungen erhebliche Probleme in den Industrieländern verursacht haben, hat sich an dieser grundsätzlichen Ungerechtigkeit noch kaum etwas geändert. Heute noch kaum vorstellbare Umwälzungen stehen also noch an, wenn die Entwicklungsländer insgesamt mehr Rohstoffe verbrauchen.

Gegen die Musterformulare der Hauseigentümerverbände will der Deutsche Mieterbund mit Hilfe des Kartellrechts vorgehen. Die Formularmietverträge verstoßen nach Ansicht des Mieterbundes ,,in der Regel'' gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen und sind damit ordnungswidrig. Allein in Hamburg, von wo der Vorstoß ausgeht, sollen 300000 Mietverträge nach dem Musterformular des örtlichen Haus- und Grundeigentümervereins abgeschlossen worden sein. In der ganzen BRD sollen es rund 5 Millionen sein. Der Mieterbund beanstandet, daß durch die Monopolstellung der Vermieter ungünstige Klauseln durchgedrückt werden.

30 Millionen EG-Bürger gelten in der Statistik als arm, das sind 11,4% aller Haushalte. Grundlage dieser Berechnung ist das Durchschnittseinkommen des jeweiligen Landes. Die Haushalte mit einem Einkommen unter der Hälfte des Durchschnittseinkommens werden als arm eingestuft. Besonders hoch ist der Anteil dieser Haushalte in Irland mit 23,1%. Es folgt Italien. Die

Die Woche im Rückblick

Niederlande, Großbritannien, Belgien und die BRD stehen in dieser Rechnung noch relativ günstig da.

Erstmals seit 1958 ist im abgelaufenen Kalenderjahr der Welthandel geschrumpft. Allerdings geht ein Teil dieser Schrumpfung auf eine Änderung des Dollarkurses zurück, mit dem der Welthandel bewertet wird. Aber auch dem Volumen nach hat der Welthandel nach Angaben des GATT 1981 auf unverändertem Niveau stagniert, nachdem er sich schon 1980 um nur 1% ausgeweitet hatte. Interessant ist auch die Veränderung der Handelsströme bei Industriewaren. Deutlich abgenommen gegenüber dem Vorjahr hat der Handel der westlichen Industrieländer untereinander, etwas weniger auch der Export diese Länder in den RGW-Raum. Deutlich an Gewicht gewonnen hat dagegen der Industriewarenexport der Industrieländer in die OPEC-Länder und auch in die anderen Entwicklungsländer. Im Verhältnis dazu ist sowohl der Handel der Entwicklungsländer untereinander wie ihr Export in die Industrieländer zurückgeblieben.

Eine Zahlungskrise der DDR haben westdeutsche Finanz-Manager nach einem vertraulichen Informationsaustausch in München vorausgesagt. Insbesondere seien die Kredite der DDR so kurzfristig strukturiert, daß 1983–85 besonders große Fälligkeiten abzudecken seien. Die stockenden Verhandlungen über den zinslosen Überziehungskredit (Swing), den die BRD bisher gewährt hat, bringen die DDR in zusätzliche Schwierigkeiten. Zurückhaltung besteht auch gegenüber der Tschechoslowakei. Zu den Problemländern in anderen Teilen der Welt rechnen die Finanziers insbesondere jene Länder der Dritten Welt, denen der Internationale Währungsfonds kürzlich die Beistandsabkommen gekündigt hat, weil die gesetzten Bedingungen nicht eingehalten werden konnten. Darunter fallen Tansania, Sambia und der Sudan. Positiv habe sich mittlerweile die Türkei entwickelt.

,,Qualitatives Wachstum" als Alternative

Auszüge aus dem Kapitel ,,Umrisse eines alternativen Wachstums- und Entwicklungstyps" des Memorandum '82

Inhalte qualitativen Wachstums

Qualitatives Wachstum als Bestandteil einer tragfähigen Reformkonzeption muß bereits in mittelfristiger Perspektive neben dem Vollbeschäftigungsziel auf das Ziel einer durchgreifenden Humanisierung und Ökologisierung der Produktion ausgerichtet sein. Erforderlich ist dazu vor allem eine Steuerung der sektoralen und regionalen Strukturentwicklung unter Berücksichtigung der Umwelt- und Ressourcenbeanspruchung und im Hinblick auf Bedarfskriterien. Notwendig ist auch eine Steuerung der Technologieentwicklung und -anwendung, die gleichermaßen auf das Ziel der Reduktion ökologischer Belastungen wie auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Anpassung technischer Systeme an die Bedingungen einer demokratisch verfaßten Gesellschaft (z.B. Datenschutz, Telekommunikation) abzielt. Hinzutreten muß – insbesondere in längerfristiger Perspektive – eine verstärkte Umsetzung von Produktivitätsfortschritten in freie Zeit sowie die Entwicklung von akzeptablen Systemen der Arbeitszeitgestaltung und Arbeitszeitregelung, die ein Mehr an Mit- und Selbstbestimmung im Arbeitsprozeß ermöglichen. (...)

Ökonomische und politische Voraussetzungen für qualitatives Wachstum

Es stellt sich nun die Frage, durch welche wirtschaftspolitischen Aktivitäten der Entwicklungstyp ,,qualitatives Wachstum" erreichbar ist – denn die Logik der marktwirtschaftlichen Entwicklungsdynamik wie auch der ,,marktkonformen" staatlichen Interventionen führen immer nur in die alten Gleise des traditionellen Wachstumstyps zurück. Die Umsetzung des qualitativen Wachstums mit den vorrangigen Zielen

- Vollbeschäftigung
- Humanisierung der Arbeitsbedingungen
- Ökologisierung der Produktion
- Verbesserung der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des Grundbedarfs sowie mit kollektiven Gütern

erfordert in erster Linie folgende Voraussetzungen:

1 Gesamtwirtschaftliche und sektorale Rahmenplanung durch überbetriebliche Mitbestimmung; Festlegung sektoraler und regionaler bedarfsorientierter Prioritäten, insbesondere in den Defizitbereichen.

2 Erhöhung der Steuerquote und damit der staatlichen Einkommensumverteilung zugunsten der in den Rahmenplänen festgelegten Bedarfsprioritäten. Die Steuerquote sollte vor allem durch konsequente Ausschöpfung des Steuerrechts (z.B. Abbau der Steuerhinterziehung), stärkere Besteuerung der Gewinne von Unternehmen mit überdurchschnittlicher Rentabilität (z.B. Abschöpfung der windfall profits), Abbau von ungerechtfertigten Steuervergünstigungen sowie durch höhere Besteuerung hoher Einkommen (z.B. Ergänzungsabgabe) erfolgen.

3 Stärkere Umverteilung innerhalb der öffentlichen Haushalte zugunsten der beschäftigungs- und bedarfsorientierten Bereiche; dies impliziert auch eine Änderung des vertikalen Finanzausgleichs zugunsten der Kommunen.

4 Ausweitung des verstaatlichten Sektors in den Schlüsselsektoren der Volkswirtschaft; grundlegende Demokratisierung dieses Bereichs durch Ausbau der Mitbestimmung; strikte Anbindung der Unternehmenspolitik in diesem Sektor an die gesamtwirtschaftliche und sektorale Rahmenplanung.

5 Ausweitung der Investitionslenkung durch Gebote und Verbote auf der Basis von Gesetzen und Auflagen (meist in Verbindung mit Subventionen und Steuervergünstigungen), um so den quantitativen und qualitativen Beschäftigungszielen sowie den ökologischen Zielen sowohl im vergesellschafteten wie auch privatwirtschaftlichen Sektor näherzukommen. Ergänzend sind selektive Preiskontrollen erforderlich.

6 Verhinderung sozialer und ökologischer Folgeschäden privater Produktion aufgrund entsprechender Gesetze und Auflagen und deren strikter Durchsetzung. Dadurch würde vermieden, daß schlechte Arbeitsbedingungen und Umweltzerstörung seitens der Unternehmen durch Geld abgegolten werden können. Langfristig träte dadurch auch eine fiskalische Entlastung des Staates bei der Wahrnehmung ökologischer und sozialpolitischer ex-post-,,Reparaturaufgaben" ein. Eine dadurch bedingte Erhöhung des Kosten- und Preisniveaus ist hinzunehmen. Dabei ist auch der Durchsetzung internationaler Umweltschutz- und Sozialstandards zur Vermeidung oder Minderung außenwirtschaftlicher Anpassungsprobleme große Beachtung zu schenken.

7 Erhöhte Bedeutung der sog. ,,qualitativen" Tarifpolitik sowie von Betriebsvereinbarungen zwischen betrieblichen Arbeitnehmervertretungen und Unternehmensleitungen bei der Festlegung von Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen.

Als Folge eines derartigen alternativen Entwicklungstyps würden sich vermutlich ein geringerer Wachstumspfad des Sozialprodukts sowie auch geringere Produktivitätssteigerungen ergeben; gleichwohl dürfte diese Entwicklung mit steigendem Wohlfahrtsniveau einhergehen.

Die funktionelle Einkommensverteilung würde zugunsten der Einkommen aus abhängiger Arbeit verändert, d.h. die Profitquote würde auf ein niedrigeres Niveau gesenkt. Auch die Kapitalrentabilität im privatwirtschaftlichen Bereich würde sinken – die Unternehmen wären gezwungen, sich mit geringeren Renditen zu bescheiden. Wenn dennoch die gesamtwirtschaftliche Akkumulationsrate nicht unter das gesellschaftlich gewünschte Niveau absinken soll, kommt der Investitionstätigkeit im nationalisierten Sektor, die nicht mehr vorrangig gewinnorientiert ist, eine große Bedeutung zu. Im übrigen kommt es darauf an, bei verminderter gesamtwirtschaftlicher Profitquote die Profitmasse möglichst produktiv zu verwenden. Der gezielten Gewinnverwendung und ihrer Kontrolle käme also Vorrang vor der Gewinnsteigerung zu.

Die wirtschaftsdemokratische Umgestaltung der Volkswirtschaft zur Durchsetzung eines alternativen Wachstums- und Entwicklungstyps würde zweifellos eine ordnungspolitische Strukturreform in der Entwicklung der Bundesrepublik darstellen – ähnlich wie sie derzeit in Frankreich eingeleitet wird. Diese Umgestaltung stellt eine Verbindung von globaler und struktureller (sektoraler und regionaler) Steuerung mit wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen der Arbeiterbewegung dar.

Die institutionellen Reformen, die Voraussetzung eines qualitativen Wachstums sind, sind keineswegs einfache Verlagerung der ,,Behandlung" von ökonomischen und sozialen Problemen von dem ökonomischen ins politische System. Mit einer Verstaatlichung, die die zentralistischen, bürokratischen, kaum kontrollierbaren und von den Betroffenen weitgehend abgehobenen Strukturen des (gegenwärtigen) Staatsapparates beibehält, ist wenig geholfen. Insofern bleibt auch die Alternative ,,Markt oder Staat", ,,Reprivatisierung oder Etatisierung" oder ,,kapitalistische Privatwirtschaft oder staatliche Bürokratie" vordergründig. Denn neben der Demokratisierung der (privaten und gemeinwirtschaftlichen) Ökonomie muß auch der Staat selbst in der Weise umgestaltet werden, daß seine Handlungsfähigkeit für eine Politik im Interesse der betroffenen Bevölkerungsmehrheit gesteigert wird.

Wesentliches Element dieser Reform der institutionellen politischen Strukturen ist die Stärkung dezentraler und automoner, allerdings gesamtgesellschaftlich koordinierter Willensbildung, Entscheidungsfindung und Handlungsmacht mittels Ausbau demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten auf den verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen (betrieblich, überbetrieblich, kommunal, zentral) durch den Einbezug der betroffenen gesellschaftlichen Gruppen bei Planung und Durchführung von Politik (sektorale und regionale Wirtschafts- und Sozialräte, gesamtwirtschaftliche Rahmenplanung).

Hierbei müssen derzeit stark zentralisierte Funktionen in größerem Maße auf kommunaler oder auch Stadtteilebene dezentralisiert und bedarfsnäher ausgebaut werden. Die kommunale Autonomie sollte durch eine strukturell verbesserte, eigenständige Finanzausstattung der Kommunen und durch die Stärkung demokratischer Mitgestaltungsmöglichkeiten der Bürger ausgebaut werden. Hierin kann auch die selbstorganisatorische Übernahme von einzelnen öffentlichen Aufgaben, subventioniert durch die öffentliche Hand, durch Betroffene eingeschlossen sein, ferner auch der Ausbau gemeinwirtschaftlicher, demokratischer Unternehmen der Kommunen (insbesondere Wohnungsbau).

Diese Reformstrategie setzt auf die Effekte von Demokratisierung und Mobilisierung als Möglichkeiten der Einleitung von Lernprozessen und von Veränderungen in Richtung auf eine soziale Vernunft – als Ablösung des ausschließlich privatwirtschaftlichen, einzelkapitalistischen Prinzips. Ziel ist die Politisierung gesellschaftlicher Lebensverhältnisse, um die sozialökonomischen Krisenprobleme ins Zentrum gesellschaftlichen Handelns zu bringen und damit letztlich die formalen und funktionalen Grenzen des Staates durch den Ausbau demokratischer Strukturen zu überwinden.

Memorandum '82

Qualitatives Wachstum statt Gewinnförderung

Zum 1. Mai hat die Arbeitsgruppe „Alternativen der Wirtschaftspolitik“ ihr jährliches Memorandum vorgestellt. Bei der Arbeitsgruppe handelt es sich um einen losen Zusammenschluß von Hochschullehrern und wissenschaftlichen Mitarbeitern, deren Absicht es ist, gegenüber der bankrotten herrschenden eine „sozialorientierte Wirtschaftspolitik“ zu entwickeln.

Von Friedemann Bleicher

Die Stärken des diesjährigen „Memorandums“ liegen sicherlich in den Darstellungen zur Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Lohn, in der Zusammenstellung und Bewertung der Maßnahmen um die „Operation '82“ sowie in der Auseinandersetzung mit der herrschenden Wirtschaftspolitik. Auch wenn gegenüber früheren Jahren deutlicher ausformuliert ist, welche Umrisse ein „qualitatives Wachstum“ kennzeichnen sollen, so bleibt doch die alte Schwäche, eine eng ausgelegte soziale Frage ins Zentrum zu stellen.

In jedem Fall ist die Lektüre des „Memorandum '82“ anregend selbst dort, wo es falsch ist, weil argumentiert wird und die aufgeworfenen Probleme allesamt wichtig sind. Vielleicht ist es bloß ein arg subjektiver Eindruck, aber es scheint auch lesbarer geworden zu sein. Auf einen Anhang wie im Vorjahr zur Wohnungspolitik und zur Stahlkrise wurde verzichtet. Im Buchhandel wird es in gut vier Wochen zu haben sein, einen Preis konnte der Pahl-Rugenstein Verlag noch nicht nennen.

Zur Entwicklung der sozialen Lage

Ein weiterer drastischer Anstieg der Arbeitslosigkeit, erneut sinkende Realeinkommen und wachsende Armut sieht das Memorandum als die Kennzeichen der gegenwärtigen Verhältnisse. Einerseits nutzen die Unternehmen die Dauerarbeitslosigkeit der letzten Jahre zum Durchsieben ihrer Belegschaften, andererseits hat sich mit der jetzt wieder ansteigenden Zahl der Arbeitslosen gezeigt, daß die bislang relativ weniger betroffenen Beschäftigungsgruppen wie z.B. Männer, Facharbeiter, Arbeitskräfte ohne gesundheitliche Einschränkungen u.a. nicht verschont bleiben. Auch die regionalen Unterschiede werden mit der Dauer der Arbeitslosigkeit eingeebnet.

Für die Lage der Arbeitslosen mag kennzeichnend sein, daß letztes Jahr bloß ⅔ der amtlich registrierten Arbeitslosen eine Unterstützung bezogen, immer mehr werden überhaupt aus der Versicherung ausgesteuert. Männliche Arbeitslose, so ergab eine Untersuchung aus dem Jahr 1978, die im Nov./Dez. 1978 bereits ein Jahr ohne Arbeit waren, bezogen schon zu 13% Sozialhilfe.

Unter diesen Gesichtspunkten sehen denn auch die gesetzlich verfügten Kürzungen bei der Arbeitslosenversicherung, die in den nächsten vier Jahren insgesamt 5,2 Mrd. DM an Einsparungen bringen sollen, noch häßlicher aus, als sie auf den ersten Blick ohnehin schon aussahen. Die Verteidigung der bisherigen Höhe des Arbeitslosengeldes von 68% des Nettolohnes kann eben wenig beruhigen, wenn gleichzeitig die Allgemeinheit der Versicherung immer mehr eingeschränkt und bei verschiedenen Gruppen von Betroffenen ganz wild gekürzt wird.

Erhellend auch die – auf dieser Seite wiedergegebene – Aufstellung, was denn nun die „Operation '82“ so für einen Haushalt ausmacht. Nützlich auch das Material zur Sozialhilfe, jene unterste Stufe des „sozialen Netzes“, vor dessen Mißbrauch unsere Politiker uns angeblich schützen wollen. Wer weiß schon, daß in den Warenkorb zur Berechnung der Sozialhilfe immerhin ganze drei Flaschen Bier pro Erwachsenen und pro Monat eingehen? Kaum gegenwärtig auch die Tatsache, daß weit über eine Million Haushalte sozialhilfeberechtigt sind, aber nur die Häfte sie auch in Anspruch nimmt.

Die Ursache der Krise

In den letzten Memoranden noch wurde die Beschäftigungspolitik der Bundesregierung als „halbherzig“ bezeichnet. Davon nehmen die Verfasser diesmal ausdrücklich Abstand und fassen ihre Kritik mit den Stichworten Sozialabbau und außenwirtschaftliche Expansion zusammen. Die Kritik ganz zu verstehen, setzt allerdings einen Blick auf die eigenartige Krisentheorie voraus, der die Memorandumgruppe anhängt.

1978 schon hatte die Gruppe ihre Auffassung in der folgenden These zusammengefaßt: „Die aufgrund der Eigentums- und Verfügungsverhältnisse vorgegebene strukturelle Machtüberlegenheit der Unternehmer befähigt sie zur Aneignung einer so hohen Profitsumme, daß die damit aufgebauten Produktionskapazitäten wegen der verbleibenden, zu geringen Konsumnachfrage nicht rentabel ausgelastet werden können, weswegen weitere Investitionen unterbleiben und bestehende Anlagen entwertet oder stillgelegt werden müssen. Die Ursache des gegenwärtigen anhaltenden Beschäftigungsproblems liegt also im Gegensatz zur Meinung des Sachverständigenrates und der Bundesregierung nicht in zu hohen Löhnen, sondern in zu hohen Profiten.“

Der Gedankengang ist also der, daß die Gewinne gegenüber den Löhnen zu hoch sind. Und die strukturell zu niedrigen Löhne ziehen eine Massennachfrage nach sich, die nicht ausreicht, die Auslastung der Betriebe zu gewährleisten. Es fehlt an Nachfrage, die Produktion bricht zusammen.

In der jetzigen Ausgabe entwickeln die Memorandum-Wissenschaftler ihre These als Polemik gegen die These von der „Investitionslücke“. Jene besagt ja, eine „zu hohe“ Lohnquote habe verhindert, daß die Unternehmen ausreichend investieren konnten, so daß jetzt rund eine Million Arbeitsplätze fehlen. Oder in Kurzformel: „Wir leben über unsere Verhältnisse.“

Dagegen setzt das Memorandum: „Kann diese Überlegung greifen, wenn – wie in der aktuellen Situation – die Produktionskapazitäten nur zu knapp 80% ausgelastet sind und mehr als zwei Millionen Menschen Arbeit suchen? Diese Frage muß eindeutig mit nein beantwortet werden, denn es ist leicht einzusehen, daß auf den vorhandenen Kapazitäten bequem mehr Produktionsmittel *und* Konsumgüter hergestellt werden können, an Arbeitskräften und ungenutzten Maschinen jedenfalls fehlt es nicht. *Wir leben also nicht über unsere Verhältnisse, sondern weit darunter.* Denn, wenn menschliche Arbeit ungenutzt bleibt und Produktionsanlagen reichlich vorhanden sind und wenn überdies mit menschlicher Arbeit der Bestand an Produktionsmitteln leicht vergrößert werden kann, so wird der gesellschaftliche Gürtel enger geschnallt und so sinkt der Lebensstandard deswegen, weil wir unfähig sind, unseren Reichtum an qualifizierter Arbeit und modernen Produktionsanlagen zu nutzen.“

Das Memorandum erhärtet seine oft kritisierte Nachfragetheorie durch den

Das Memorandum erhärtet seine oft kritisierte Nachfragetheorie durch den statistischen Nachweis, daß die Unternehmensgewinne in den letzten zehn Jahren deutlich mehr gestiegen sind als die Nettoinvestitionen. Doch so schlagend die Polemik gegen die These von der „Investitionslücke“, so einseitig bleibt auch die These von den zu hohen Profiten als Krisenursache. Während nämlich erstere die Löhne bloß als Kostenfaktor der Unternehmen sieht, sieht letztere die Löhne eben bloß als kaufkräftige Nachfrage im Wirtschaftskreislauf. Beides ist richtig und beides ist falsch. So wie einerseits das Ei vom Huhn stammt und andererseits das Huhn dem Ei entschlüpft.

Überhaupt kann die sich nur auf der Ebene der Erscheinung bewegende Erklärung (Kosten, Nachfrage) die tatsächlichen Ursachen der Wirtschaftskrise nicht ergründen. Natürlich liegen in der Krise Kapazitäten brach, weil es an Nachfrage fehlt. Aber diese Nachfrage fehlt ebensosehr, weil die Kapitalakkumulation stockt und Arbeiter freigesetzt werden, die dann keinen Lohn zum Ausgeben haben. Aufschluß über die Zusammenhänge kann nur die Untersuchung der *inneren* Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise und der von ihnen produzierten Widersprüche geben. Damit aber setzt sich das Memorandum nicht auseinander.

Im weiteren führt dieser Fehler dazu, daß die Aufgabe alternativer Wirtschaftspolitik darin gesehen wird, ein kontinuierliches Wachstum (zwecks „Beschäftigung“) durch Sicherung ausreichender Konsumnachfrage zu gewährleisten. Reaktionäre Krisenpolitik kann so nur unvollständig begriffen werden, zumal unbegriffen bleibt, weshalb nicht die aufgeklärten Kapitalistenvertreter selbst den angeblich auch ihre Schwierigkeiten überwindenden Weg einschlagen.

Zwar folgt daraus nicht zwingend ein weiterer Fehler, aber er wird doch nahegelegt. Daß nämlich einseitig auf die rein mengenmäßige Seite des Wirtschaftens, auf die Wertseite abgehoben wird und darüber die sachliche und qualitative Seite vernachlässigt wird. Was damit einher geht, die kapitalistische Leitung der Produktion unangetastet zu lassen.

Theoretisch entwickelt die Memorandumsgruppe ihre Vorstellungen in Kritik des Widerspruchs zwischen dem grenzenlosen Profitstreben des einzelnen Kapitals gegenüber der nur beschränkten Entwicklung der Massennachfrage. Dies faßt nur die wertmäßige Seite. Hingegen ist in dem Widerspruch zwischen der Entwickung der Produktivkräfte und ihrer kapitalistischen Fessel von vornherein auch die stoffliche Seite enthalten, insofern die Entwicklung der Produktivkräfte bezüglich ihres Ergebnisses wie ihrer Bedingungen auf gesellschaftliche Bedürfnisse bezogen ist.

Und jene These legt auch nahe, die notwendige Regulierung der Nachfrage durch staatliche Eingriffe von oben bewerkstelligen zu wollen, statt auszugehen von der Suche nach den Formen, in denen die Befreiung der vergesellschafteten Arbeit sich vollziehen kann.

Kritik der Wirtschaftspolitik

Sorgsam zusammengestellt ruft das Memorandum nochmals die jüngsten Sorgsam zusammengestellt ruft das Memorandum nochmals die jüngsten Krisenmaßnahmen der Bundesregierung ins Gedächtnis. Es wird auch darauf hingewiesen, daß unter dem Etikett der Sparpolitik gleichzeitig eine Umschichtung staatlicher Ausgaben zugunsten des militärischen Bereichs vor sich geht.

Die Kritik folgt der These von der Nachfragelücke: „Die Folgen dieser Wirtschaftspolitik sind absehbar: Der Verzicht auf beschäftigungssichernde Ausgabenprogramme leistet nicht nur keinen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit, sondern wird zur originären Ursache zusätzlicher Arbeitslosigkeit, weil die gesamtwirtschaftliche Nachfrage aufgrund des staatlichen Einnahme- und Ausgabenverhaltens zusätzlich sinkt.“ Und, um den verhängnisvollen Kreis zu schließen: „Wachsende Arbeitslosigkeit bedeutet jedoch wachsende Belastung der staatlichen Haushalte. Weil aber das Ausgabenvolumen, die Steuerquote und die Neuverschuldung nicht ausgeweitet werden sollen, bedeutet dies, daß die soziale Sicherung um so mehr abgebaut werden wird, je mehr sie durch das Anwachsen der Arbeitslosigkeit in Anspruch genommen werden soll.“

Die andere Seite der herrschenden Politik, die gezielte Exportausrichtung, wird wegen ihrer sozialen Folgen (Lohndruck) und ihrer Untauglichkeit kritisiert. Mit einer solchen Politik nämlich ließen sich die wirtschaftlichen Probleme allenfalls von einem Land ins andere übertragen.

Beschäftigungspolitik für qualitatives Wachstum

Sicherlich gesteht das Memorandum '82 zu, „daß es längst nicht allein um die quantitative Größe des Wachstumstrends des Sozialprodukts oder der Investitionen geht, sondern zunehmend auch um die Frage der Qualität des Sozialprodukts: Wie wird produziert? Was wird produziert?“

Noch im letzten Memorandum blieb dieser Gesichtspunkt praktisch ganz draußen, und auch jetzt wird er bloß als Randbedingung eingeführt. Ausgangspunkt bleibt ein reines „Beschäftigungsprogramm“, wobei sich die Memorandumgruppe dadurch hervortut, daß sie's unter 20 Mrd. DM Sofortprogramm noch in diesem Jahr nicht mehr macht.

Was an Feldern öffentlicher Investitionen gefordert wird, bewegt sich im Rahmen dessen, was gegenwärtig hier allgemein diskutiert wird. Detaillierte Vorschläge zur Finanzierung eines solchen Investitionsprogramms erstrecken sich von einer höheren staatlichen Kreditaufnahme, über Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Abbau von Steuervergünstigungen und Subventionen, bis zur Forderung nach einem Arbeitsmarktbeitrag und Steuererhöhungen für vermögende Leute.

So wertvoll diese Aufstellungen für die Kritik der herrschenden Verhältnisse ist, so falsch dürfte der erweckte Eindruck sein, dieses Forderungspaket wäre den Kapitalisten eher abzuringen als die Beseitigung ihrer Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Zweitens kann die schärfere Besteuerung des Reichtums innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise bloß zerrüttend auf die Produktion wirken, weil der private Reichtum einiger zum Kapitalismus gehört wie die Abgeordne- der private Reichtum einiger zum Ka- tendiäten zum bürgerlichen Parlament. Auswege also, die bloß auf dem Reißbrett welche sind. Das Memorandum nennt zwar diese Kritikpunkte auch, entkräftet sie aber nicht.

Kritisiert wird der „traditionelle aggressive Wachstumstyp“ wie auch die Vorstellung von der „Dualwirtschaft“, deren Entwicklungsmöglichkeiten infolge der höheren Produktivkraft im „formellen Sektor“ als sehr begrenzt angesehen werden. Doch was dann selbst über die „Inhalte qualitativen Wachstums“ entwickelt wird, geht über die Absichtserklärung, sie dürften nicht zur bloßen Rhetorik verkommen, kaum hinaus.

Eine alternative Wirtschaftspolitik muß aber die Neugestaltung des gesellschaftlichen Stoffwechsels zum Gegenstand selbst haben, wenn sie sich auch nicht darauf beschränken kann. Und ebensosehr muß sie die Formen der gesellschaftlichen Kontrolle entwickeln auf Basis der Selbstorganisation der Gesellschaft. Dies aber macht das Memorandum gerade nicht (vgl. gegenüberliegende Seite). Es ist wahr, daß die Selbstverwaltung der Betriebe ergänzt werden muß durch gesellschaftliche Abstimmung. Gefährlich aber sind alle Maßnahmen, die die gesellschaftliche Kontrolle über Organe des bestehenden oder auch eines reformierten Staatsapparates von oben gegenüber den fortexistierenden kapitalistischen Unternehmen durchsetzen sollen. Sofern die Vorstellung nicht ohnehin illusionär ist, geht hier die Kritik an der staatsmonopolistischen Wirtschaft ganz verloren. Der Anspruch der „Demokratisierung“ schließt aber auch hier eine Verständigung nicht aus.



Gibt die Geschäftsleitung eines Unternehmens ihren Kumpanen einen aus, so kann sie die Ausgaben hierfür als *Betriebskosten* vom steuerpflichtigen Gewinn abziehen. Die geschäftlichen Völlereien werden so mit 1,5 Milliarden Mark Steuerersparnis jährlich subventioniert. Die Memorandumgruppe fordert – wie kürzlich der SPD-Parteitag – die Beseitigung dieser Steuervergünstigung. Im letzten Jahr erst ist ein entsprechender parlamentarischer Vorstoß gescheitert.

Was die Operation'82 einen Arbeiterhaushalt kostet

Der Berechnung wird ein „normaler“ Arbeitnehmerhaushalt (Vater: Metallfacharbeiter, Mutter: halbtags als Verkäuferin beschäftigt, zwei Kinder im Alter von 10 und 17 Jahren) zugrundegelegt.

Er verfügte bisher über folgendes Monatseinkommen:		
Bruttoverdienst des Ehemannes	2660,00 DM	
Nettoverdienst		1904,65 DM
Bruttoverdienst der Ehefrau	910,00 DM	
Nettoverdienst		561,20 DM
Kindergeld		170,00 DM
Arbeitnehmersparzulage		15,60 DM
		2651,45 DM
Das Nettoeinkommen vermindert sich jetzt		
– durch 0,25% höhere Sozialversicherungsbeiträge (0,5% mehr Arbeitslosenversicherung, 0,25% weniger Rentenversicherung) um		– 8,90 DM
– durch geringeres Kindergeld für das 2. Kind um		– 20,00 DM
– durch Herabsetzung der Arbeitnehmersparzulage von 30% auf 16% um		– 7,30 DM
		36,20 DM
also insgesamt um DM 36,20 DM = 1,4% des früheren Nettoeinkommens.		
Gleichzeitig steigen die Kosten durch die „Operation '82“		
– bei der Sozialwohnung (70 m², 1965 gebaut) von 400,00 DM auf 457,00 DM		57,00 DM
– bei Rezeptkosten und Fahrtkosten (pro Monat 3 Rezepte und eine Fahrt angenommen)		3,00 DM
– für die Eigenbeteiligung bei Zahnersatz: es werden pro Jahr für die Familie 2 Zahnbehandlungen mit je 1000 DM Gesamtkosten angenommen, bei denen die Eigenbeteiligung von 400 DM auf 443,20 DM steigen; das macht monatlich eine Mehrbelastung von		3,50 DM
– durch die Erhöhung der Verbrauchssteuern (pro Tag 1 DM mehr für Zigaretten, pro Monat 5 DM mehr für Alkohol)		35,00 DM
		98,50 DM
also zusammen 98,50 DM oder 3,7% des bisherigen Nettoeinkommens.		

Addiert man Einkommenseinbußen und Kostenbelastungen aufgrund der „Operation '82“ zusammen, so hat die Arbeitnehmerfamilie durch die Maßnahmen der Bundesregierung *134,70 DM oder 5,1% ihres bisherigen Nettoeinkommens eingebüßt,* ohne daß dabei die übrigen zu erwartenden Preissteigerungen im kommunalen Bereich und bei den privaten Unternehmen bereits berücksichtigt wären.

Quelle: Memorandum '82

Chemie: Regional Forderungen aufgestellt

kvz. Nach dem Scheitern der zentralen Verhandlungen um die Tariffrente sind jetzt von den regionalen Tarifkommissionen Forderungen für die auch regionalen Verhandlungen aufgestellt worden. Die ersten Verhandlungstermine stehen ebenfalls fest: 10. Mai in Mainz für Rheinland-Pfalz, 11. Mai für Hessen in Wiesbaden, 14. Mai in Aachen für Nordrhein. Gefordert wird in *Rheinland Pfalz:* Erhöhung der Löhne und Gehälter um 6,8% und der Ausbildungsvergütungen um monatlich 50 DM in allen Ausbildungsjahren. Verdienstsicherung für alle gewerblichen Arbeiter und die Angestelltengruppen K/T 1 um zusätzlich 20 Pfennig, wobei die vereinbarte Verdienstsicherung in den Lohngruppen 1 und 2 nicht gegen betriebliche Leistungen angerechnet werden darf.
Nordrhein: Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 6,5%. 25 Pfennig zusätzlich für die Lohngruppen 4, 5 und 6.
Baden-Württemberg: Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 6,8%.

DGB-Jugend-Delegation nach Nicaragua

kvz. Eine Woche mitarbeiten beim Aufbau des Ausbildungszentrums „Donald Guevara" will eine Delegation der DGB-Jugend. Die 12 Gewerkschafter flogen am 3.5. von Frankfurt nach Nicaragua. Neben dieser „Aufbauarbeit" wollen sie Gespräche mit dem Erziehungsministerium und den verschiedenen Betrieben führen, um sich so ein Bild zu machen über alle Sektoren der Wirtschaft. Diese Informationen sollen genutzt werden, um den zweiten Teil der Kampagne „Werkzeuge für Nicaragua" mit Veranstaltungen und Referaten zu unterstützen. Bisher wurden rd. 250000 DM für dies Projekt gesammelt. Das Geld soll zum Aufbau des Ausbildungszentrums „Donald Guevara" dienen. In diesem Ausbildungszentrum sollen Landarbeiter in dreimonatigen Kursen ausgebildet werden. Die Mehrzahl der Landarbeiter, die wiederum die Mehrheit der Lohnabhängigen bilden, sind Wanderarbeiter, die nur wenige Monate im Jahr überhaupt arbeiten können. Sie sollen ausgebildet werden, insonderheit jedoch die arbeitslosen Jugendlichen und Frauen, um sie vom Emanzipationsprozeß nicht auszuschließen.

Das Ausbildungszentrum bestand schon mal auf der Insel Mancarron. Es wurde zusammen mit der Comunidad de Solentiname, einer Gemeinde, die eine politische und soziale Alternative unter dem Einfluß des heutigen Kultusministers Ernesto Cardenal zur Somoza-Zeit war, von der Nationalgarde 1978 zerstört. In diesem landwirtschaftlichen Ausbildungszentrum soll eine den regionalen Bedürfnissen angepaßte Technologie vermittelt werden. Die Ausbildungsschwerpunkte werden im Bereich Windmühlen und Wasserpumpen, Mechanik von Motoren, Erzeugung von Elektrizität aus nicht konventionellen Brennstoffen, Einrichtung, Wartung von elektrischen Anlagen und Geräten, der Herstellung und Reparatur landwirtschaftlicher Werkzeuge und der Ökologie des tropischen Waldes und der Gewässer sein. Hans Brauser, Bundesjugendsekretär, erklärte, mit diesem neuartigen Projekt sollte transparent werden, wohin die Spendengelder fließen, und das Ergebnis sichtbar. Es soll überprüft werden, ob dieses Spenden-Aktions-Modell auch für andere Länder, die einen Weg zur Befreiung gehen, angewandt werden kann. Gedacht sei dabei vor allem an das südliche Afrika.
Spendenkonto: BfG Düsseldorf
Kto. Nr. 1000 024 5101
BLZ 300 101 11

Die Bremer Werftarbeiter sind gegen eine Fusion auf ihre Kosten

Betriebsräte von AG Weser und Vulkan-Werft verlassen Beraterkommission

ped.Bremen. 3000 Arbeiter der Bremer Vulkan Werft legten am 28.4. für 3 Stunden die Arbeit nieder und demonstrierten gegen die drohende Fusion der beiden Bremer Großwerften durch Bremen-Vegesack. „Fusion, Nein Danke!", „Reederhilfe hin, Investitionshilfe her, trotzdem keine Arbeit mehr" und „Stehen auf dem Vulkan die Arbeitsplätze leer, gibt es in Bremen Nord bald keine Geschäfte mehr", hieß es auf den Transparenten. Auf der Kundgebung wies der Betriebsratsvorsitzende Bettelhäuser darauf hin, daß die Fusion der beiden Werften AG Weser (2300 Beschäftigte) und Bremer Vulkan (4300) die Entlassung von 3000 Beschäftigten auf beiden Werften bedeute, ohne Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Zulieferbetriebe.

Am 30.4. legten auch auf der AG Weser mehr als 2000 die Arbeit nieder. Auf einer „spontanen" Belegschaftsversammlung ließen sie sich durch den Betriebsrat über den Stand der Fusion informieren. Der Betriebsrat begründete, warum er nicht mehr in der Beraterkommission mitarbeitet.

Dem vorausgegangen war der Ausstieg der Betriebsräte der AG Weser wie des Bremer Vulkans aus einer seitens des Bremer Senats eingerichteten Beratergruppe aus Kapitalvertretern, Unternehmensberaterfirmen und Betriebsräten, deren Aufgabe die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der Bremer Werften wie die Prüfung von Kooperationsmöglichkeiten zwischen ihnen ist. In einer gemeinsamen Erklärung der Betriebsräte zum Ausstieg aus dieser Beratergruppe heißt es: „Es ist uns nicht gelungen unserer Beteiligungsbedingungen (Sicherung *aller* Arbeitsplätze; Untersuchung der Strukturschwäche aller Unterweserwerften; Untersuchung der Möglichkeiten schiffbaufremder Produktionen auf den Werften; d.Verf.) durchzusetzen." So konzentriert sich die Tätigkeit der Beratergruppe auf ein Rationalisierungskonzept für die Zusammenlegung der beiden Bremer Großwerften, dem verschiedenste Werftabteilungen zum Opfer fallen werden. Parallel dazu saniert der Bremer Senat, gestützt auf sein Aktienpaket von fast einem Drittel, die Vorstandsetage und den Aufsichtsrat. Ein Senatsdirektor sowie der bisherige Wirtschaftsberater beim Bundesverteidigungsministerium, Emcke, ziehen in den Aufsichtsrat ein. Der rationalisierungserfahrene bisherige Vorstandsvorsitzende der HDW-Werft, Jenke, tritt zum 1. Juli in den dreiköpfigen Vulkan-Vorstand ein, wofür dafür zwei alte Vorstandsmitglieder, Huchzermeier und Schirmer – ersterer dafür bekannt, daß er über den Vulkan als Unterauftragnehmer seine Freundin und damit sich selber sanierte – gehen müssen. Zum gleichen Termin ist die Vorlage des Gutachtens der Beratergruppe geplant.

Statt Mitarbeit an einem Rationalisierungskonzept der Fusion beider Großwerften, heißt es in der Erklärung der Betriebsräte, würden jetzt „gemeinsame Maßnahmen mit den Belegschaften diskutiert werden, denn einen weiteren Abbau der Arbeitsplätze (nach dem seit 1975 auf dem Vulkan die Beschäftigtenzahl bereits um 1400, auf der AG Weser gar um 2500 gesunken ist) werde man nicht kampflos hinnehmen". In der Kundgebungsrede betonte Bettelhäuser die Notwendigkeit neuer, schiffbaufremder Produktion auf den Werften. So werden etwa bereits Kesselanlagen für die Müllverbrennung auf den Werften produziert. In dem gesamten Bereich des Recyclings wie des Umweltschutzes gibt es an sich gesellschaftlich notwendige Projekte, für die Produktionsmöglichkeiten der Werften (Stahl-, Maschinen-, Kessel-, und Rohrbau) genutzt werden könnten. Wie das ohne Eingriffe in die Verfügungsgewalt der Kapitalisten über die Produktion gehen soll, ist aber nicht absehbar, während dieser Eingriff recht naheliegend ist. Denn warum soll das Land Bremen mittels Steuergeldern ein Aktienpaket von fast einem Drittel am Vulkan halten, während die Belegschaft von der Ausübung dieser Verfügungsgewalt ausgeschlossen, ja deren Opfer werden sollen?



3000 Arbeiter der Vulkan-Werft demonstrierten am 28.4.1982

Aus dem Abschluß in der Druckindustrie ergeben sich doch einige Fragen

Perspektiven der Tarifpolitik / Antwort auf Stellungnahme und Leserbriefe in den letzten Ausgaben der KVZ

anm. In der KVZ Nr. 14 hatte ich einen kurzen Artikel zum Stand der Tarifauseinandersetzung in der Druckindustrie geschrieben. Bisher wurden zu diesem Artikel eine Stellungnahme und zwei Leserbriefe abgedruckt. (KVZ Nr. 15 u. 17) Kernpunkt der Kritiken war, daß in meinem kurzen Einschätzung zum Tarifkampf in der Druckindustrie die Bedeutung des Kampfes um eine neue Lohnstruktur nicht richtig eingeschätzt gewesen sei. Festgemacht daran, daß ich geschrieben hatte, der HV der IG Druck und Papier habe eine „Nebenfront" (Lohnstruktur) aufgemacht, um an der „Hauptfront" (Tariferhöhung) zu kneifen.

Der Begriff „Nebenfront" ist in diesem Zusammenhang bestimmt nicht richtig. Hier stimme ich den Kritiken zu. Anderer Auffassung bin ich zur Taktik des Hauptvorstandes in diesem Tarifkampf. Auch zeigt das Ergebnis der Verhandlungen, daß die Taktik der IG Druck und Papier offensichtlich nicht dazu geeignet war, einen wirklichen Erfolg in Sachen Lohnstruktur zu erzielen. Im Gegenteil, es wurden Weichen für die nächsten Jahre gestellt, die sich durchaus als weitreichend und zumindest in der Mitgliedschaft nicht diskutiert und auch nicht akzeptiert einschätzen lassen.

● In den Stellungnahmen wird davon ausgegangen, daß nach dem Abschluß in der Metallindustrie in Sachen Tariferhöhung nichts mehr zu machen gewesen sei. Hier die IG Druck und Papier wegen schlichter Übernahme der Forderung und damit auch der Zielsetzung der IG Metall zu kritisieren, sei verfehlt und gehe an den tatsächlichen Verhältnissen vorbei. Es wird darauf verwiesen, daß es keine Tarifautonomie innerhalb des DGB gäbe. Das letztere ist richtig. Aber was folgt daraus? Der Ortsverein Frankfurt der IG Druck und Papier hat im Zuge der Aufstellung der Forderung wie folgt zu dieser Frage Stellung genommen:

„Durch die politischen Angriffe auf unsere Interessen, wie steigende Arbeitslosigkeit, Rationalisierung und Sparbeschlüsse der Regierung werden unsere Lebensbedingungen immer weiter eingeschränkt. All diese Umstände führen weder im DGB noch in der IG Druck und Papier zu einer offensiven Diskussion bzw. Gegenstrategie. Das faktische Absterben der Tarifautonomie wurde auch bei uns von der Organisationsführung als nicht realistisch kaschiert. Widersprüche, die es hierzu gibt, werden in der Tarifkommission und übergeordneten Gremien unbeantwortet gelassen oder sogar als zersetzend verfolgt. Den Vorstoß gegen eine solche Entwicklung, wie es etwa von L. Mahlein in einem Brief an die DGB Vorstände versucht wurde, blieb ohne Resonanz bzw. es wurde bisher auch bei uns nicht darüber informiert, warum eine Diskussion über ein einheitliches Vorgehen des DGB gegen Angriffe auf Arbeitnehmerinteressen nicht oder noch nicht möglich wurde. Die Aktionseinheit DGB gegen das abgestimmte Unternehmerverhalten ist nicht geleistet worden. Stattdessen wird wieder eine Lohnrunde vorgeführt, welche in scheinbarer Progressivität eine Reallohnsenkung mit der Forderung von 7,5% zum Inhalt hat."

Ist es nicht richtig, die Tarifpolitik des DGB auf diese Weise zu charakterisieren? Folgt nicht andersherum (nämlich dem Akzeptieren des gegenwärtigen Zustands: Metall schließt ab, also kann man sich weiteres sparen) eine völlige Lähmung der Einzelgewerkschaften, eine Negation der Gewerkschaften überhaupt? Warum überhaupt noch Verhandlungen, wenn sowieso alles klar ist? Und warum ist klar, daß ein Abschluß, der doch offensichtlich im Geiste der „Gemeinschaftsinitiative" getätigt wurde, akzeptiert und in den Gewerkschaften nicht kritisiert werden soll?

Sicherlich kann sich linke Gewerkschaftspolitik nicht darin erschöpfen, möglichst immer eine höhere Forderung aufzustellen. Aber das kann doch nicht heißen, daß wir mit einer Politik, die offensichtlich darauf baut, daß mit Lohnverzicht die wirtschaftliche Lage gebessert werden könne (auch wenn es nicht ausgesprochen wird), einverstanden sind? Ich denke, daß aus der Feststellung, daß gegenwärtig nur einheitlich von der Arbeiterbewegung etwas durchgesetzt werden kann, nicht folgt, daß die Beschlüsse des DGB-Vorstandes oder anderer Hauptvorstände jeweils die Leitlinie sind, an der sich die mögliche Einheit ausrichten kann. Wie soll dann jeweils eine Einheit auf klarerer Grundlage zustandekommen?

● Der HV der IG Druck und Papier hatte sich offensichtlich entschlossen, die gegebene Leitlinie der IG Metall zu übernehmen – auch ohne Diskussion – und zu versuchen, in die Lohnstruktur einzusteigen. Besser als nichts – könnte man sagen. Aber das ist zu einfach. Auf verschiedene Punkte wurde auch in den Stellungnahmen schon hingewiesen: Keine Aufklärung und keine Mobilisierung in der Mitgliedschaft. Und nicht zuletzt: auch nicht ersichtlich, was in dieser Tarifrunde hiervon durchgesetzt werden solle und vor allen Dingen auch, *wie!* Denn: wenn es wahr ist, und es stimmt wohl, daß mit Durchsetzung der Lohnstruktur dem Angriff auf die Löhne eine Riegel vorgeschoben werden kann, und daß auch für doch recht große Teile hieraus Lohnsteigerungen (z.B. Frauen in Hilfsarbeitergruppen) folgen, ist doch ersichtlich, daß *ohne Arbeitskampf* hier nichts zu machen ist. Gleichzeitig wurde aber signalisiert, daß in diesem Tarifkampf ein Arbeitskampf nicht geplant ist und auch nicht vorbereitet wird. Tatsache ist doch, daß jetzt ein Abschluß getätigt wurde, der noch im Zentralorgan der IG Druck und Papier als unannehmbar bezeichnet wurde.

Nämlich: Verhandlung erst 1983 bis Ende 1983. Die ganze Zeit über Friedenspflicht und Inkrafttreten der ausgehandelten Bedingungen ab 1.4.1984. Das bedeutet faktisch eine Verbindung mit den Auseinandersetzungen um den Manteltarif, denn gekämpft werden kann für diese Lohnstruktur erst 1984. 83/84 wollte die IG Druck und Papier die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche führen. Was ist damit? Ist sie aufgeschoben, aber nicht aufgehoben? Wird davon ausgegangen, daß eine solche Auseinandersetzung jetzt nicht möglich ist? Wo sollen die Prioritäten jetzt gesetzt werden? Fragen über Fragen, die aber bisher noch nicht einmal diskutiert wurden. Aber Fakten sind bereits geschaffen.

Es geht mir nicht darum, den HV in die Pfanne zu hauen oder Klagelieder anzustimmen. Aber es stellt sich doch die Frage, nicht nur für die IG Druck und Papier: Welche Weichenstellung gibt es für den tariflichen Kampf in den nächsten Jahren? Wo liegt der Schwerpunkt, auf was konzentrieren sich die Gewerkschaften. Weitere Punkte, die sich in diesem Zusammenhang stellen:
– Können wir die Auseinandersetzung um Reallohnsicherung für die nächsten Jahre (fortschreitende Krise und Zunahme der Arbeitslosigkeit vorausgesetzt) im großen und ganzen abschreiben? Sollen sich und werden sich die Gewerkschaften für Lohnkampf im ursprünglichen Sinne überhaupt noch engagieren?
– Wie weiter mit der 35-Stunden-Woche? Oder Umorientierung der Gewerkschaften, die bisher dafür eingetreten sind, auf Tarifrente, wie bereits jetzt von größeren Teilen der Gewerkschaften verfolgt?

Somit stellt sich doch das Problem nach den Aussichten elementarer gewerkschaftlicher Tarifpolitik überhaupt: Sowohl die quantitative Tarifpolitik (Tarifsicherung und Erhöhung / bessere Eingruppierung) wie qualitative Tarifpolitik (Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsbedingungen, Ausbildung) sind in der Krise, bzw. es rührt sich wenig nach vorne, sondern nur nach hinten, und die Strategie der IG Druck und Papier ist doch z.B. in dieser Tarifauseinandersetzung kräftig durcheinandergeraten. Klar ist auch, daß ohne eine politische Gesamtperspektive wohl insgesamt wenig zu holen ist, aber was wird das auf Tarifpolitik konkret bezogen heißen, vor allen Dingen unter dem Gesichtspunkt, daß der DGB-Kongreß im Mai auch keine neuen Perspektiven eröffnen wird, sondern eher die praktisch eingeleitete Politik abgesegnen wird? Fragen also, die noch beantwortet werden müssen, denn aufgeworfen sind sie ja durch die Praxis.

Kampf um die Ausbildungsqualität an einer Umschulungseinrichtung

Beispiele über miserable Ausbildung, fehlende Lehrgangsbeschreibungen – und eine ,,gemeinnützige" Einrichtung streicht die Gelder aus der Arbeitslosenversicherung ein. Gegen solche Zustände helfen nur Kampf und Streik



ebn.Hamburg. Umschulung, Fortbildung und Rehabilitation sind für viele Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit Bedrohte – trotz der materiellen Einbußen, die damit meistens verbunden sind – eine Hoffnung, mit einer anderen, u.U. besseren Qualifikation ihre Arbeitskraft wieder verkaufen zu können. Aus mehreren Gründen erfüllt sich diese Hoffnung jedoch häufig nicht.

Einmal werden bei lang anhaltender Arbeitslosigkeit diejenigen Segmente des Arbeitsmarktes natürlich immer kleiner, in denen nach wie vor die Nachfrage das Angebot überwiegt.

Zum anderen ist das ganze System der Berufsförderung – angefangen bei der Bundesanstalt für Arbeit bis zur Lehrgangsplanung in den einzelnen Ausbildungseinrichtungen – viel zu schwerfällig, um auf die Veränderungen des Arbeitsmarktes schnell genug reagieren zu können. So kommt es, daß gerade in diejenigen Berufe hinein die meisten Leute umgeschult werden, in denen es am meisten Arbeitslose gibt. (Tabelle Nr. 1)



gibt. (Tabelle Nr. 1)

Ein weiterer Grund sind die konkreten Verhältnisse in den einzelnen Ausbildungseinrichtungen. Die Ausbildungsqualität ist oft so miserabel, die dabei gemachten persönlichen Erfahrungen sind häufig so entmutigend, daß ein erheblicher Teil der Teilnehmer die Ausbildung abbricht oder die Abschlußprüfung nicht besteht. (siehe hierzu Tabelle Nr. 2) An einem Konflikt, der seit Monaten in Hamburg schwelt, werden diese Probleme in besonders krasser Form deutlich.

Die Zustände an der ,,Facharbeiter-Ausbildung GmbH (gemeinnützig)"

,,Die Facharbeiter-Ausbeutung GmbH – gemein und unnütz" – unter diese Überschrift war in der Hamburger ,,Umschüler-Zeitung" im März folgendes über die Zustände vor allem in den Gärtner-Kursen der oben genannten, im ganzen Bundesgebiet verbreiteten Schule zu lesen:

,,Unsere Ausbildung ist ein einziger Skandal.

Das Fehlen eines Stoffverteilungsplanes erschwerte uns und der Meisterin von Anfang an, eine sinnvolle Ausbildung durchzuführen. Z.B. verlegten wir bei anhaltendem Regenwetter Verbundsteinpflaster in Matsch und Pfützen, lagerten mehrmals den Materialplatz um und erhielten den Auftrag, bei Bodenfrost umzugraben, anstatt in der Schlechtwetterperiode theoretischen Unterricht in der Schule zu erhalten.

Bei uns herrscht chronische Materialknappheit: rostige Nägel und Krampen werden gerade geklopft und wiederverwendet; wird mal eine Kneifzange gebraucht, müssen die Umschüler mit ihrem eigenen Werkzeug aushelfen, obwohl die Hausordnung (Absatz 3) dies verbietet. Die Betonplatten, die für den Terrassenbau vorgesehen sind, sind schon so oft verlegt und umgelagert worden, daß sie bei der Bearbeitung mit Hammer und Meißel an unberechenbaren Stellen springen. Zusätzliche Kurse, die bei herkömmlichen Ausbildungsbetrieben üblich sind, wie z.B. Sägelehrgang und DEULA-Maschinenkurs werden bei uns nicht durchgeführt. Zitat Herr Baars (Ausbildungsleiter): ,Ausbildung, die Geld kostet, führen wir nicht durch.'

Der Unterricht erfolgt planlos und unkoordiniert. Wenn es überhaupt mal einen Studenplan gibt, so wird er von einem Tag auf den anderen wieder geändert. Oft geht es zu wie in der Zwergschule, die Kurse II und III werden zusammen unterrichtet. Der Gipfel: am 29.9. wurden 24 Umschüler in einen Raum von ca. 5 mal 5 m gepfercht, zwei Schüler wurden nach Hause geschickt, weil für sie absolut

Hause geschickt, weil für sie absolut kein Platz mehr war. Dann wurde Fachzeichnen ,unterrichtet'.

Die ,pädagogischen' Fähigkeiten der meisten Ausbilder sind zum Weinen. Die bevorzugten Unterrichtsmethoden sind: stundenlanges Diktieren aus dem Lehrbuch, und: stundenlanges Abzeichnenlassen von Abbildungen aus dem Lehrbuch.

Der theoretische Unterricht ist sowieso ein Kapitel für sich: Zu Beginn erhielten wir sowohl vom Arbeitsamt als auch von Herrn Baars die mündliche Zusage, daß wir pro Woche 24 Praxis- und 12 Theoriestunden haben sollten; seitdem hatten wir jedoch insgesamt 38 Wochenstunden, davon 6 bis 9 Theoriestunden. Trotz des sogenannten Blockunterrichts (bisher 3mal 1 Woche in den Wintermonaten) besteht immer noch ein Defizit von 120 Theoriestunden. Darauf von uns angesprochen, bekamen wir von Herrn Baars zu hören: ,Ich werde beim Arbeitsamt darauf hinwirken, daß Sie in Zukunft 40 Stunden die Woche arbeiten.' "

Ähnliche Erfahrungen wie die Gärtner-Kurse hatten zuvor auch schon Schlosser-Kurse gemacht. Sie erreichten u.a. erst durch einen Streik, daß das Arbeitsamt ihre Werkräume inspizierte und den größten Teil der Maschinen sofort stillegte, weil es lebensgefährlich war, daran zu arbeiten. Ergebnis: die Schule muß für mehrere hunderttausend Mark neue Maschinen aufstellen.

,,Qualifizierte Abschlüsse" …

… wurden den Umschülern der ,,Facharbeiter-Ausbildung GmbH (gemeinnützig)" vor ihrer Umschulung in einem Hochglanzwerbe-Prospekt der Schule versprochen. Doch die Gärtner machten folgende Erfahrungen:

,,Als wir merkten, daß wir nicht fachgerecht ausgebildet werden, als wir erfuhren, daß von dem vor einem halben Jahr beendeten Lehrgang I von anfänglich 28 Umschülern nur 6 eine Prüfung machten – 5 davon bestanden diese ,,Bonusprüfung" mit einer 3 – weil Lehrgang I nach 19 Monaten Ausbildung 80% aller in den Rahmenrichtlinien vorgeschriebenen Tätigkeiten noch nicht erlernt hatte, als uns bewußt wurde, daß auch uns Ähnliches blühen kann, versuchten wir wiederholt, vom Arbeitsamt eine Lehrgangsbeschreibung zu bekommen, einen Umschulungsvertrag mit der Facharbeiter-Ausbildung GmbH abzuschließen, in dem sich die FA-Ausbildung verpflichtet, uns den Richtlinien entsprechend auszubilden, mehr und besseren theoretischen Unterricht zu erhalten, auf Einhaltung der gesetzlichen Bestimmung wie z.B. auch der Arbeitsstättenverordnung zu bestehen und einen Stoffverteilungsplan, aus dem hervorgeht, wann und in welchem Umfange die zur Prüfung erforderlichen Tätigkeiten gelehrt werden, zu erhalten.

beschreibung zu bekommen, einen Umschulungsvertrag mit der Facharbeiter-Ausbildung GmbH abzuschließen, in dem sich die FA-Ausbildung verpflichtet, uns den Richtlinien entsprechend auszubilden, mehr und besseren theoretischen Unterricht zu erhalten, auf Einhaltung der gesetzlichen Bestimmung wie z.B. auch der Arbeitsstättenverordnung zu bestehen und einen Stoffverteilungsplan, aus dem hervorgeht, wann und in welchem Umfange die zur Prüfung erforderlichen Tätigkeiten gelehrt werden, zu erhalten.

Wir erfuhren jedoch, daß es auch beim Arbeitsamt keine Lehrgangsbeschreibung gibt, die Voraussetzung für die Förderung der Kurse ist.

Alle unsere Bemühungen hatten jedoch extremen Druck von seiten der Ausbildungsleitung (Herrn Baars) zur Folge. Wir wandten uns an unsere Gewerkschaft, die GGLF. Dort erfuhren wir, daß die ,,Facharbeiter-Ausbildung GmbH (gemeinnützig)" für den Bereich Gärtner noch nicht einmal eine Ausbildungsberechtigung der zuständigen Kammer besitzt und unsere Prüfung hinterher angefochten werden könnte, wenn sie unter den derzeitigen Bedingungen stattfinden würde."

Die Kammer hat die Schule in der Zwischenzeit zwar nicht als ordentlichen Ausbildungsbetrieb anerkannt, doch sie hat den Teilnehmern mitgeteilt, daß trotzdem ,,einer Abnahme der Prüfung nichts im Wege stehe".

Wozu es gut ist, sich ein paar Umschüler zu ,,halten" …

Begünstigt durch die Steuervorteile der ,,Gemeinnützigkeit" hat der ,,Hauptgesellschafter und alleinige Geschäftsführer" Klaus Janssen in den letzten Jahren ausgezeichnete Geschäfte gemacht. Welche Nebenvorteile ein Umschulungsunternehmen noch haben kann, zeigt folgender Ausschnitt aus dem Bericht der Gärtner-Kollegen:

,,Bei der ,Facharbeiter-Ausbildung GmbH (gemeinnützig)' hat das Mittelalter fröhlich Einzug gehalten: Wir pflegen Herrn Janssens Garten, bepflanzen die Balkonkästen für Herrn Baars, Näherinnen müssen Hemden für Herrn Baars bügeln, Tischler fertigen Schachtische für Herrn Janssen an, wir misten den Pferdestall des Reitstallbesitzers aus, harken Laub für den Geländeverpächter und schmücken den Weihnachtsbaum in der Reithalle. Und das Arbeitsamt zahlt und zahlt! Doch leider kommt das Geld nicht dort an, wo es hingehört."

Spaltungsversuche

Die Schulleitung versucht natürlich, die Kollegen in ,,Meckerer, Aufsässige, Ausbildungsunwillige und Faule" und in ,,ausbildungswillige Gute" zu spalten. Hierzu aus dem Bericht der Gärtner:

,,Als einige von uns versuchten, beim Arbeitsamt die Lehrgangsbeschreibung einzusehen, hieß es am nächsten Tag: ,Sagen Sie, wer war beim Arbeitsamt? Die Leute sollen einzeln zu mir kommen, ich habe Zeit.' Und einen Tag später: ,Jetzt kommen monatliche Beurteilungen. Das haben Sie den Leuten zu verdanken, die immer zum Arbeitsamt hinrennen.' Die Schulleitung versucht, die verzweifelt Lage und die Einschüchterung einzelner Kollegen auszunutzen, um sie gegen ihre eigenen Interessen über die anderen Lehrgangsteilnehmer auszufragen und zu Stellungnahmen gegen unsere Aktivitäten zu bewegen."

Tatsächlich konnte die Schulleitung drei oder vier Kollegen dazu bringen, einen Brief an das Arbeitsamt zu unterschreiben, in dem eine Beschwerde über die ,,Unruhestifter" im Kurs stand. Zugleich deckt die Ausbildungsleitung bei bestimmten kritiklosen Kollegen Dinge, die sie bei den anderen niemals zulassen würde, z.B. hohe Fehlzeiten und extremen Alkoholmißbrauch während der Ausbildungszeit.

Andererseits hat die Schulleitung mittlerweile den ersten Kollegen, der sich nicht mehr alles gefallen ließ, rausgeschmissen, einen Rehabilitanten. Offiziell hat sie es damit begründet, daß dieser Kollege gesundheitlich nicht geeignet sei.

Tatenlosigkeit des Arbeitsamtes

Die ,,Umschülerzeitung" zieht aus den Zuständen bei der ,,Facharbeiter-Ausbildung GmbH (gemeinnützig)" den Schluß, daß diese Gärtnermaßnahme nicht die Eignung entsprechend den Bestimmungen des Arbeitsförderungsgesetzes (§ 34) besitzt. Demzufolge hat das Arbeitsamt seine Kontrollpflichten gegenüber der Schule nicht erfüllt, zumal alle möglichen Beschwerden über die Zustände an der Schule nichts bewirkten.

Die ,,Umschüler-Zeitung" stellt die Frage, ob dies damit zusammenhängt, daß der Leiter des Hamburger Arbeitsamtes, Oldenburg, ein guter Freund des Schulbesitzers Janssen ist, außerdem im Beirat der Schule sitzt und auch noch mit Janssen zusammen im Stiftungs-Kuratorium der ,,Stiftung Grone-Schule", einer anderen Ausbildungseinrichtung, sitzt. Außerdem berichtet die ,,Umschüler-Zeitung", es seien ihr Informationen aus dem Kreis der Beschäftigten der Schule zugetragen worden, wonach 2 Millionen DM nicht dem dafür vorgesehenen Zweck entsprechend verwendet worden seien.

Dies hat wütende Reaktionen des Herrn Janssen hervorgerufen, der gegen die ,,Umschüler-Zeitung" jetzt mit Gegendarstellungsersuchen und Schadenersatzdrohungen bis in Millionenhöhe zu Felde zieht. Andererseits hat er eine total unfähige Ausbilderin der Gärtner sowie den zuständigen Ausbildungsleiter Baars aus dem Verkehr gezogen.

Die Gärtner-Kollegen haben jedoch bisher weder den verlangten Ausbildungsplan noch einen festen Stundenplan, noch bekommen sie in dem ursprünglich einmal zugesagten Umfang theoretischen Unterricht.

Eine ihrer Forderungen nach all ihren Erfahrungen mit der Schule und dem Arbeitsamt ist, daß vom Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes (drittelparitätisch besetzes ,,Selbstverwaltungsgremium" des Arbeitsamtes) ein Ausschuß für Umschulung und Fortbildung eingerichtet wird, der sich stärker um die Durchführung der Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen kümmert. In Hamburg bestehen gute Aussichten, daß mit Unterstützung des DGB zum ersten Mal an einem Arbeitsamt ein solcher Ausschuß eingerichtet wird.

Arbeitslose, offene Stellen und Umschüler & Fortzubildende* in den drei Berufsgruppen mit den meisten Arbeitslosen
Ende Juni bzw. im Juli 1981

	Arbeitslose	offene Stellen	Verhältnis Arbeitslose zu offenen Stellen	Umschüler & Fortzubildende	Verhältnis Arbeitslose + Umsch.& Fortbild. zu off. St.
Büroberufe	174166	22449	7,8:1	40290	9,1:1
Kaufleute	126820	21033	6,0:1	11449	6,6:1
Metallarbeiter	105151	12101	8,7:1	6667	9,2:1

* ohne Rehabilitanden – Zahlen aus: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit

Arbeitslose, offene Stellen und Umschüler & Fortzubildende* in den drei Berufsgruppen mit den meisten Arbeitslosen
Ende Juni bzw. im Juli 1981

	Arbeitslose	offene Stellen	Verhältnis Arbeitslose zu offenen Stellen	Umschüler & Fortzubildende	Verhältnis Arbeitslose + Umsch.& Fortbild. zu off. St.
Büroberufe	174166	22449	7,8:1	40290	9,1:1
Kaufleute	126820	21033	6,0:1	11449	6,6:1
Metallarbeiter	105151	12101	8,7:1	6667	9,2:1

* ohne Rehabilitanden – Zahlen aus: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA) Nr. 9/1981

Austritte aus beruflichen Bildungsmaßnahmen mit und ohne Erreichen des Schulungszieles

	Austritte insgesamt	darunter ohne das Schulungsziel erreicht zu haben	davon vorzeitig ausgeschieden
Fortbildung (ohne Maßn. z. Verbesserung der Vermittlungs-Aussichten)*	13331	2763 = 21%	2275 = 17%
Umschulung	2792	908 = 33%	825 = 30%
Maßnahmen z. Verbesserung der Vermittlungs-Aussichten	2350	347 = 15%	347 = 15%
Betriebliche Einarbeitung	2300	458 = 20%	458 = 20%

* Die Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten sind hier herausgerechnet, weil sie insgesamt einen anderen Charakter haben als andere Fortbildungsmaßnahmen. Sie dauern in der Regel nur einen Monat und sollen bestimmte Verhaltenstechniken und Konfliktbewältigungsmethoden vermitteln, mit denen man ein Einstellungsgespräch übersteht und sich im Betrieb einigermaßen in die bestehende Struktur einpaßt. – Zahlen nach: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit Nr. 9/1981

Frankreich

„Die Arbeiter müssen Akteure des Wandels in den Betrieben werden"

cof. Die Demokratisierung der Wirtschaft, mehr Rechte und Freiheiten für die Arbeiter, in den Betrieben freier atmen können, Bruch mit dem Konservatismus und der schier göttlichen Macht der *patrons*, der Herren in den Unternehmen der Giscard-Ära – das gehörte zu den Kernpunkten des „sozialistischen Projekts" für die 80er Jahre. Als die neue Mehrheit rasch und verhältnismäßig zielstrebig im letzten Sommer die Nationalisierungen vorbereitete (sozusagen als Ausweis einer linken Politik), mußten ihr die Forderungen der Gewerkschaften, darüber bloß nicht die Rechte der Arbeiter und der gewerkschaftlichen Vertretungsorgane zu vergessen, laut in den Ohren klingen. Im September legte der neue Arbeitsminister dann eine Untersuchung und eine Reihe von Vorschlägen vor, die den Arbeitern in „ihren" Betrieben ebensolche Bürger- und Menschenrechte sichern sollten, wie sie sie auf der politischen Ebene nach der Dezentralisierung der Verwaltung besäßen. – In den nächsten Wochen wird die Nationalversammlung über einige der daraus folgenden Gesetzesänderungen beraten. Sie betreffen sowohl die privaten Unternehmen wie auch die „Demokratisierung des öffentlichen Sektors", (d.h. der alten und neuen verstaatlichten Betriebe und Einrichtungen), die per Sondergesetz geregelt werden soll.

Wiederherstellung der Kollektivität, der Gemeinschaftlichkeit der Arbeit, heißt eines der Ziele der Regierung. Das richtet sich gegen die Aufsplitterung des Arbeitsmarktes und der Anstellungsverhältnisse: Da gibt es unbefristete Arbeitsverträge, Leiharbeit, illegale Beschäftigung ausländischer Arbeiter aus den ehemaligen Kolonien vor allem, die keine Papiere (sans papier) haben, usw.

Zerstritten, kopflos und ohne klares Konzept – so wirkt die Politik der französischen Regierung nicht erst seit dem jüngsten Krach über das Gesetz „Freiheit und Sicherheit". Versuchte sie gerade erst, mit Steuerentlastung und Einfrieren der betrieblichen Sozialabgaben die investitionsscheuen Unternehmer zu besänftigen und mit den notverordneten Maßnahmen dieses Winters zu versöhnen, wird ihr gerade das von CGT und CFDT übel angekreidet. Andererseits deutet das geringe Echo, das die Kampagne der CGT gegen die Aussperrung des alten Staatsunternehmens Renault gefunden hat, auf eine Schwäche der gewerkschaftlichen Strategie hin.

Die Konflikte, die die bürgerliche bis Rechtspresse (und auch Teile der Linkspresse, die wie z.B. die französischen Trotzkisten schon immer gewußt haben, daß solche Linksregierungen nichts bringen) johlen lassen vor (Schaden-)Freude, werfen in Wirklichkeit ganz andere Probleme auf: Daß es unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht gerade ein Leichtes ist, eine Arbeitszeitverkürzung – und sei's auch nur um eine Stunde – bei vollem Lohnausgleich für alle durchzusetzen, zeigt nicht nur die französische Erfahrung. Die Kapitalisten dann noch zu entsprechenden Neueinstellungen zu bewegen, dürfte ohne zusätzliche Handhaben, Eingriffe und Kontrollen seitens der abhängig Beschäftigten erst recht schwer fallen.

Allgemein gesprochen steht die französische Regierung mehr denn je vor dem Dilemma: Will und kann sie sich auf die gesellschaftlichen Bewegungen und Kräfte stützen und sind diese überhaupt bereit und in der Lage, einschneidendere politischen Maßnahmen zu tragen? – oder bleibt es gewollt oder nicht bei der Schaukelpolitik gegenüber dem Patronat mit der Gefahr, daß die ohnehin schwache Basis im Volk, d.h. beispielsweise in den maßgeblichen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen dann, wenn mehr als das Kreuzchen auf dem Wahlzettel verlangt wird, noch geringer und die Wahrscheinlichkeit einer konservativen Wende entsprechend größer wird?

Versucht man von hier, mit westdeutscher Brille, Vorgänge jenseits des Rheins einzuschätzen, muß man sich, glaube ich, von einigen liebgewordenen Vorstellungen freimachen: z.B. sind die Franzosen viel radikaler, zählt man die Streiktage; die Gewerkschaften sind (solange man die 4 KP-Minister vergißt) vergleichsweise unabhängig von der Regierung – als Richtungsgewerkschaft mit „eigener" Partei allerdings auch unpolitisch, ökonomistisch –, und „Sozialpartnerschaft" kennt man dort kaum. Dagegen hier, dieses öde Spießertum. Schon wahr; worauf ich hinaus will: Im Moment scheint mir nicht nur die Regierung in Schwierigkeiten zu stecken, wie sie halt jede sozialdemokratische Regierung zu gewärtigen hat, sondern eben aufgrund besonderer historischer Entwicklungen gerade auch dieser traditionelle Gewerkschaftskurs. Man wird das u.a. im weiteren Verlauf der Debatte über die Ausweitung der Arbeiter- und Gewerkschaftsrechte beobachten können.

Was aus dem Arbeitsministerium bisher vorgeschlagen wurde, würde unter der Voraussetzung eines politisch klar umrissenen Zusammenspiels der betrieblichen, gewerkschaftlichen und regierenden Kräfte sicher eine Reihe von Verbesserungen, Sicherheiten und Einspruchsrechten, nicht zuletzt in den kleineren und mittleren Unternehmen bringen. Das Problem dabei ist, daß der ganze Plan Auroux' gleichzeitig ein gehöriges Maß an Kompromißbereitschaft, Einsicht in gemeinsame Verantwortung, Interessensausgleich zwischen Kapital und Arbeit zur Stärkung der Rentabilität (über die *Verwendung* der Profite sollten dann die Beschäftigten schon eher mitbestimmen) verlangt. Hiergegen wie gegen die Ausweitung der individuellen Rechte der Arbeiter (anstatt der Kompetenzen ihrer gewerkschaftlichen Vertretungen oder potentiellen Vertreter) wehren sich verständlicherweise die Gewerkschaften, und sie konkurrieren auch noch miteinander. In dieser Konkurrenz aber drückt sich wiederum weniger eine möglicherweise fruchtbare politische Pluralität aus (mal abgesehen davon, daß der Beitrag der CGT und sie selber durch die Haltung der „Mutterpartei" zu Polen nicht gerade lebendiger wird) als ein gutes Stück Korporativismus, Zünftlertum, Abgrenzung verschiedener sozial oder traditionell getrennter Gruppen gegeneinander.

Vier Stränge verfolgt der umstrittene Plan des Arbeitsministers:

– die Wiederherstellung und Erweiterung der Rechte der einzelnen Lohnabhängigen
– den Wiederaufbau der Gemeinschaftlichkeit der Arbeit (unbefristete Verträge)
– die Stärkung der Vertretungsinstanzen der Arbeiter
– die erneute Einführung kollektiver Verhandlungen.

In den nächsten Ausgaben der KVZ werden wir die Gesetzesvorhaben sowie die Vorschläge der Gewerkschaften auf diesem Sektor näher betrachten. Zum besseren Verständnis haben wir auf dieser Seite versucht, einen Überblick über Entstehung und Formen der Rechte auf der betrieblichen Ebene zu geben.

Formen der gesetzlichen Vertretung der Beschäftigten in Frankreich



Kleinbetriebe und Heimarbeit gibt es in Frankreich in viel größerem Umfang als in der BRD. Hier haben die Beschäftigten die geringsten Rechte.

1. Personaldelegierte
(Délégués du personnel)

Sie stellen die älteste Form der Vertretung dar und wurden zum ersten Mal im Rahmen der Vereinbarungen über Lohnerhöhungen, Kollektivvereinbarungen, die 40-Stunden-Woche, 2 Wochen bezahlten Urlaub zugestanden, die die alte CGT nach den zahlreichen Streiks und Fabrikbesetzungen im Gefolge des Wahlsiegs der Volksfront 1936 mit dem Verband der Kapitalisten abschloß. Von den faschistischen Besatzern ihrer Funktion enthoben, wurden sie 1946 per Gesetz wieder eingerichtet. Sie sind in allen Betrieben ab 11 Beschäftigten zu wählen (bis 1000 Beschäftigte: 9 Delegierte), allerdings nur, wenn Gewerkschaften oder das Personal darauf dringen. Seit 1972 sind auch Ausländer wahlberechtigt.

Gewählt wird in 2 Gruppen: „normale" Beschäftigte und Kader (Meister, Techniker usw.). Im ersten Wahlgang reichen nur die anerkannten Gewerkschaften Listen ein. Beteiligen sich weniger als die Hälfte, wird mit Zulassung freier Listen ein zweiter Wahlgang durchgeführt. Die Amtsdauer beträgt 1 Jahr, Wiederwahl ist möglich, ebenso Doppelfunktion im Betriebskomitee (s.u.). Geheime Abwahl kann auf Antrag der aufstellenden Gewerkschaft geschehen.

Hauptaufgabe der Personaldelegierten ist die Vertretung der Forderungen und Beschwerden der Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber bezüglich sämtlicher Arbeitsbedingungen (inkl. Disziplinarfragen), seien sie durch Gesetz, Arbeitsvertrag, Kollektivvereinbarung oder Betriebsordnung geregelt. Jede Beschwerde aus der Belegschaft ist weiterzuleiten. Die Delegierten überwachen auch – neben den Komitees für Hygiene und Sicherheit – die Anwendung der gesetzlichen Vorschriften in diesem Bereich und arbeiten mit dem Arbeitsinspekteur zusammen. Die Personaldelegierten arbeiten ferner in bestimmten Fragen mit dem Betriebskomitee zusammen und müssen konsultiert werden, wo ein solches nicht besteht (v.a. bei weniger als 50 Beschäftigten).

Einmal im Monat muß der Betriebsleiter die Delegierten empfangen. Für Sitzungen und seine übrige Tätigkeit stehen jedem 15 bezahlte Arbeitsstunden im Monat zu. 6 Monate nach Ausübung des Mandats genießen die Delegierten Kündigungsschutz; ihre Entlassung bedarf der Zustimmung des Betriebskomitees. Lehnt es ab, entscheidet der Arbeitsinspekteur.

2. Betriebskomitee
(Comité d'entreprise)

Diese Komitees, entfernt vergleichbar mit unseren Betriebsräten, wurden gleich nach Kriegsende zwecks Förderung der Kooperation zwischen Kapital und Arbeit eingesetzt. Nachdem sich ähnlich wie in Deutschland in vielen Betrieben spontane Arbeiterausschüsse gebildet und teilweise die Führung der Betriebe übernommen hatten, wurde das entsprechende Gesetz 1946 ergänzt: In Betrieben mit 50 und mehr Arbeitnehmern ist ein Komitee zu bilden, das aus 3 bis 11 gewählten Vertretern der Arbeitnehmer, je 1 Vertreter der anerkannten Gewerkschaften (beratende Stimme) und dem Arbeitgeber oder seinem Stellvertreter als Vorsitzendem besteht.

Getrennte Betriebsstätten können eigene Komitees bilden; auf Unternehmensebene ist dann ein zentrales Komitee zu wählen. Auf höherer Ebene (Konzern, Gruppe) ist dagegen *keine* Vertretung vorgesehen. Gewählt wird ähnlich wie bei den Personaldelegierten; die höheren Angestellten, Ingenieure usw. bilden ab 25 jedoch ein eigenes Wahlkollegium; meist wählen hier auch Arbeiter und Angestellte getrennt (nicht zwingend). Die Amtsdauer beträgt 2 Jahre.

Das Komitee muß hauptsächlich informiert und manchmal auch gehört werden; es verwaltet die Sozialwerke (Vorsorge- und Hilfskassen, Kantinen und Einkaufsgenossenschaften, Werkswohnungen, Krippen, Ferienkolonien, Freizeit- und Fortbildungseinrichtungen). Für diese Sozialwerke zahlen die Betriebe zwischen 0,25 und 5% der Lohnsumme. Über die Verwendung der *gesetzlichen* Arbeitgeberbeiträge zum Wohnungswesen (1% der Lohnsumme) ist das Komitee zu konsultieren. Die seit 1979 von allen Unternehmen mit mehr als 750 Beschäftigten (seit 1982 ab 300 Beschäftigte) zu erstellende Sozialbilanz über Beschäftigungslage, Lohnstruktur, Arbeitshygiene und -sicherheit, Ausbildung, Arbeitszeit, Sozialversicherung und Sozialwerke ist mit dem Komitee zu beraten und mit seinem Kommentar dem Arbeitsinspekteur zuzustellen.

Die Äußerung des Komitees ist darüberhinaus nur im Fall von Massenentlassungen (ab 10) aus wirtschaftlichen Gründen von gewissem Belang: Die für die Genehmigung zuständige Behörde muß seine Meinung (schriftlich) einholen, vorher muß es vom Arbeitgeber informiert sein. Informiert und konsultiert wird das Komitee ansonsten zu: Entwicklung der Beschäftigtenzahlen, Betriebsordnung, Verbesserung oder Einführung neuer Arbeitsbedingungen (eigene Kommission), gleitender Arbeitszeit, Fortbildung (2% der Lohnsumme muß der Arbeitgeber dafür jährlich aufwenden), Verbesserungsvorschlägen. Viermal im Jahr, einmal ausführlich, ist das Komitee über die wirtschaftliche Situation des Betriebs und den Gewinn zu unterrichten.

Zusätzlich zu der Sitzungszeit erhalten die Mitglieder 20 Freistunden im Monat (durch Vertrag auch mehr). Sie sind zur Geheimhaltung und Diskretion verpflichtet; der besondere Kündigungsschutz entspricht dem der Personaldelegierten. In Gesellschaften mit einem Aufsichts- oder Verwaltungsrat kann je 1 Mitglied pro Wahlkollegium mit beratender Stimme an deren Sitzungen teilnehmen.

3. Gewerkschaftssektionen und Gewerkschaftsdelegierte

Diese Organe wurden erstmals nach den Pariser Mai-Aufständen von 1968 zugelassen und Ende '68 gesetzlich legitimiert. Jede *anerkannte* Gewerkschaft (d.h. sie muß hinsichtlich Stärke, Beitragsaufkommen, Erfahrung und patriotischer Haltung im 2. Weltkrieg eine gewisse Repräsentativität aufweisen) hat das Recht, in Unternehmen, die regelmäßig 50 oder mehr Arbeitnehmer beschäftigen, eine Sektion zu bilden. Durch Kollektivvereinbarung kann der Anwendungsbereich auch auf kleinere Unternehmen ausgedehnt werden.

Die Gründung muß schriftlich oder mündlich mitgeteilt werden. Die Sektion besteht aus den Gewerkschaftsmitgliedern im Betrieb; sie darf die Beiträge kassieren und sich im Betrieb einmal monatlich versammeln (außerhalb der Arbeitszeit). Die Sektionen bekommen zusammen einen Raum und jede ein Anschlagsbrett; sie dürfen gewerkschaftliche Publikationen verteilen (über deren Inhalt – nur wirtschaftliche und berufliche Interessen dürfen behandelt werden – es natürlich Streit gibt). Jede Gewerkschaftssektion kann je nach Größe des Betriebs 1–4 *Delegierte* bestimmen, die mit den gewerkschaftlichen Delegierten im Betriebskomitee identisch sein können (aber nicht müssen). Die Amtsdauer ist nicht vorgeschrieben.

Ein Gewerkschaftsdelegierter kann nur mit Zustimmung des Arbeitsinspekteurs entlassen werden. (Suspendierung ist wie bei allen oben genannten Vertretern „in gravierenden Fällen" möglich).

Aufgabe ist die Vertretung der Gewerkschaft gegenüber dem Arbeitgeber, in der Praxis auch die Vertretung einzelner (v.a. bei Disziplinarmaßnahmen und Entlassungen). Die Tätigkeit (Beschwerden und Regelung von Streitigkeiten) überschneidet sich stark mit der der Personaldelegierten. Beide Funktionen sind kumulierbar. Ab 150 Beschäftigten erhalten Gewerkschaftsdelegierte 10, ab 300 dann 15 bezahlte Freistunden im Monat. Die Freistellung kann wie bei den anderen Funktionen durch Kollektivvereinbarung erhöht werden.

Alle drei Funktionen können in Personalunion ausgeübt werden; die Freistunden addieren sich dann.



In Kiel folgten 2500 dem Aufruf des DGB. Hier protestieren Arbeiter gegen die geplanten Entlassungen von 800 Arbeitern und Angestellten bei der HDW.

Wie an vielen Orten, mehr Demonstrationsteilnehmer. Hier in Frankfurt der Block, in dem vor allem Forderungen gegen die Schließungen in den Metallbetrieben getragen wurden. Insgesamt nahmen über 10000 an der Demonstration und der anschließenden Kundgebung teil. *Bild rechts*





Umschüler des bfw in Frankfurt

1. Mai 1982

geh. Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit biete die Bundesregierung ,,ein Bild mit Licht und Schatten". Während der DGB-Bundesvorsitzende Vetter dies in Hannover beklagte, stand der Chef dieser Lichtbildner neben ihm. Aber ihn griff er damit nicht an, denn für Vetter steht der sozialdemokratische Teil der Regierung ,,im Licht" – während der liberale Teil sein Geschäft im ,,Schatten" betreibt. Sein gestolperter Ex-Nachfolger Pfeiffer verkündete in Wolfsburg, wenn die sozialdemokratische Seite der Bundesregierung die Forderungen des DGB und die begrüßenswerten Beschlüsse des SPD-Parteitages zur Beschäftigungspolitik aufgrund von Koalitionszwängen nicht verwirklichen könne, wenn darüber hinaus die Opposition weiterhin in ihren Ideologien von vorgestern verhaftet bleibe und die Unternehmer ihrer beschäftigungspolitischen Mitverantwortung nicht gerecht würden, dann müßten sich die Gewerkschaften künftig noch mehr auf ihre eigene Kraft besinnen. Wieso erst dann?

Ja, Vetter drohte auf der Maikundgebung in Hannover sogar, wenn die FDP ihre Politik mit der CDU zusammen in der Bundesregierung betreiben wolle, werde der DGB dieser Regierung kräftig an die Gurgel fahren. So starke Worte sind für den DGB und für Vetter wohl ein wenig peinlich. Warum fährt er nicht auch dieser Regierung bei Gelegenheit ein wenig an die Gurgel? Gab es da nicht in der letzten Zeit die Steuerbeschlüsse, die Zumutbarkeitsverordnung, die Regierungsumbildung, wo nun der Steuer- und Haushaltsexperte Westphal den Sozialanteil ,,sanieren" soll? Hat der DGB die Protestaktionen dagegen nicht eher gedämpft? Hat nicht die Politik der Gewerkschaften in den letzten Monaten darin bestanden, die Bundesregierung dennoch zu schonen?

Über das Selbstverständnis des DGB hinaus stellt sich doch die Frage: kann der DGB, können die Gewerkschaften einer CDU/...-Regierung überhaupt an die Gurgel fahren, wenn sie dies nicht bei gegebenen Anlässen auch jetzt tun?

Wo ist denn das Konzept für einen ,,Gurgel-Griff" gleich gegen welche Regierung, obwohl doch einiges dafür spricht, daß ein solcher Griff bei der gegenwärtigen Regierung eher wirkt als bei einer anderen? In den Reden der DGB-Vertreter war ein solches Konzept jedenfalls nicht zu erkennen. Wenn man im Bild bleiben will, so stehen die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung tief im ,,Schatten".

Das gilt auch, wenn Pfeiffer droht: ,,Dann werden für uns Arbeitszeitverkürzung und soziale Kontrolle der technologischen Entwicklung ganz in den Vordergrund des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit rücken". Angesichts der Haltung der Kapitalisten und der Bundesregierung, die bisher alle Ansätze, sei es bei der Arbeitszeitverkürzung oder bei der gesetzlichen Festlegung des 8-Stunden-Normalarbeitstages, gestoppt haben, erscheinen auch die gelegentlichen Rufe der Referenten nach der 35-Stunden-Woche nur ohnmächtig.

Dies immerhin hat der 1. Mai 1982 deutlich gemacht.



Nach der großen Demonstration am 10.10.1981 und dem Ostermarsch war die Friedensbewegung in vielen Orten eigentlich eher schwach vertreten.







In vielen Demonstrationen wurde die ,,Solidarität" unterstützt. In Münster sprach auf der Kundgebung auch ein Vertreter der ,,Solidarität". Oft führten auch gewerkschaftliche Komitees Aktionen durch.

Lieder kann man nicht verbieten

Zur sowjetischen Bardenbewegung

hat. Leningrad, Winter: Zwischen schneevermatschten, schlecht beleuchteten Vorstadtstraßen ein kaum bekanntes Kulturhaus, von der Haltestelle ein breiter Menschenstrom dorthin, unterwegs alle Naslang die Frage: „Habt ihr noch eine Karte?" – auf Papierschnipseln lediglich ein aufgedruckter Notenschlüssel. Im Saal etwa 600 Menschen, viele kennen sich. Und dann zweieinhalb Stunden Lieder mit einem bekannten Moskauer Liedermacher. Seine Begrüßung: „Angenehm, vor Freunden zu singen", im Klartext: die Veranstaltung ist nicht angemeldet, das Programm nicht eingereicht. Und überhaupt tritt er nur nebenbei auf, er ist auf Dienstreise als Physiker. Das Programm: nicht Antisowjetisches (meint man), aber durchaus auch Texte totgeschwiegener Lyriker. Also neben einem offiziellen, für die Medien gemachten, ein zweites, nicht ganz so offizielles Repertoire.

Diese Episode beleuchtet das Verhältnis zwischen Liedermachern, meist Barden genannt, und Staatsmacht in den letzten 20 Jahren: sie trauen sich gegenseitig nicht über den Weg. Das ist verständlich.

Die Bardenbewegung ist entstanden als Teil der großen Erneuerungsbewegung nach dem 20. Parteitag 1956, die in den großen Städten vor allem auch eine Jugendbewegung war, mit z.B. jahrelang öffentlichen samstäglichen Dichtungslesungen, etwa in Moskau im „Schutz" des Majakowski-Denkmals (der als der Dichter der Revolution gilt). Technisch wurde die Liederbewegung ermöglicht durch die Massenproduktion des Tonbands, die gerade anfing. Inhaltlich begann sie – in „Ergänzung" der öffentlich gepflegten Revolutions- und Kriegslieder – mit der Sammlung tabuisierter Lieder: der weniger patriotischen, dafür sehr menschlichen Lieder aus dem Krieg, der Lieder aus Lagern und Gefängnissen, der Lieder der Gauner und Vagabunden.



Ihrer Form nach nicht professionell,

Ihrer Form nach nicht professionell, war diese Bewegung der Zensur fast nicht zugänglich. Über das ganze Land gründeten sich Liederklubs, in Instituten, Kulturhäusern, Wohnheimen, studentischen Baubrigaden. Da überall für den Augenblick und zur Selbstverständigung Lieder gemacht und gesungen wurden, hatten sie hohe soziale Aktualität. Mitte der 60er Jahre wuchs die Unruhe bei den Herrschenden über das kritische Potential in der Bewegung. Erzählt wird von großen Festivals, teilweise im Freien, mit zigtausend Besuchern. Da mischten sich der staatliche Jugendverband und die Medien ein. Verhindert werden konnte dennoch nicht, daß die Bewegung eine Reihe scharfzüngiger Liedermacher hervorbrachte oder sich mit solchen

verband. Es gab verschiedene Skandale, Verbote von Klubs und Veranstaltungen. Auftrittsverbote für die prominentesten Barden. Eine zeitlang war tatsächlich fast Ruhe.

Ab Mitte der 70er Jahre kommt ein neuer Aufschwung. Jetzt ist die Bewegung professioneller, die bekanntesten alten Barden haben inzwischen bescheidene Plätze und Arbeitsplätze in den Medien. Ihre Lieder sind daher in der Darbietung kunstvoller, raffinierter, in der Aussage entschärft; viel private Lyrik. Dennoch ist ihre Popularität riesig und geht durch alle Schichten der Bevölkerung. Aufnahmen, auch schlechte, werden wie Kostbarkeiten und mitunter zu happigen Preisen gehandelt. Es gibt auch wieder Liederklubs. Und die Guitarre ist *das* Instrument der Jugend, wie bei uns; eben deshalb in Läden nie zu haben, Saiten schon überhaupt nicht. Anlässe, um sich zusammenzusetzten und zu singen, werden quer durch die Generationen arrangiert. Auf die Frage, wie man die grenzenlose Liebe zu diesen Liedern denn verstehen müsse, lautete die Antwort: Es gibt so wenig Möglichkeit für uns, uns über das zu verständigen, was uns wichtig ist und was unser Leben so schwer macht. Etwas davon ist in diesen Liedern, und wenn wir sie singen oder hören, verständigen wir uns indirekt.

Bei uns gibt es seit einiger Zeit Platten von zwei der wichtigsten Liedermacher. Sie sollen hier kurz vorgestellt werden.

Größte Verehrung genießt von Anfang an der Dichter BULAT OKUDSHAWA, Jahrgang 1924, dessen entscheidendes, für sein Werk folgenreiches Erlebnis der Weltkrieg war. In den 60er Jahren hat er mit gegen die

den 60er Jahren hat er mit gegen die scharfen Strafen für mißliebige Schriftsteller protestiert, was ihm selbst die Drohung mit Rausschmiß aus Partei und Schriftstellerverband (und damit praktisch Entzug der Existenzgrundlage) einbrachte. Seitdem gibt es kaum neue Lieder von ihm. Zufall? Die meisten wurden bis 1970 bekannt, manche sind fast schon Volkslieder. Weil Krieg bei ihm immer nur Zerstörung bedeutet, wurde er als „Pazifist" angegriffen, übrigens zu derselben Zeit, als Wolf Biermann in der DDR derselbe Vorwurf gemacht wurde (vgl. die Aussage „Soldaten seh'n sich alle gleich, lebendig und als Leich", im Lied „Soldat, Soldat").

Neben dem Kriegsthema steht der Themenbereich „Glaube Liebe Hoffnung" (auch ein Liedtitel), geprägt von Ironie und Trauer, wie Okudshawa selber sagt. Immer steht das Wort an erster Stelle, eigentlich sind es Gedichte mit Guitarrenbegleitung – wofür man bei uns normalerweise wohl kein Massenpublikum finden könnte. Sie sind untergründig, vieldeutig, mit nicht immer ganz auslösbaren Bildern, dabei aber immer relativ einfach, auch in der Begleitung. Das hat ihre Verbreitung ungeheuer begünstigt.

Im „Liedchen vom amerikanischen Soldaten" hat das Wort „amerikanisch" ursprünglich eine höhere Instanz verlangt. Ungewollt haben sie damit die Ironie verschärft. Der „Mitternachts-Trolleybus" ist typisch für die mehr private Lyrik, aber auch hier: eine unter diesem Titel geplante Gedichtsammlung mußte in „Der fröhliche Trommler" umbenannt werden.

Um den zweiten Barden, den vor zwei Jahren 42jährig verstorbenen Schauspieler VLADIMIR VYSSOTSKIJ bildet sich fast schon ein kleiner Personenkult; seine Beerdigung wurde zur Demonstration Tausender von Menschen. Es sollen von ihm über 800 Lieder kursieren. In einer Auszählung seiner Themen heißt es, er singe besonders über sogenannte „niedere" Themen und Typen: über Schlägereien im Wodkarausch; über Liebe auf den ersten Blick zweier Gauner in einem Moskauer Polizeirevier; über Nina mit dem kurzen Bein, die unglücklich und KGB-Spitzelin ist; über den Dieb, der im Straflager bei den Karten zwei Menschenleben (!) verspielt; über Irrenanstalten, in denen man gesund und verrückt nicht feststellen kann; daneben über Sportler, Soldaten, Bergsteiger, Wissenschaftler und überhaupt Alltagsprobleme; sehr häufig im Jargon oder im regional gefärbten Dialekt.

Bei Vyssotskij ist die Einheit von Textdichter, Musiker und Interpret so stark, daß bei aller Popularität der Lieder kaum jemand, weder Liebhaber noch Professioneller, seine Lieder nachsingt; sie fürchten den blassen Aufguß. Deshalb leben seine Lieder weiter in den ungezählten Aufnahmen, die mit ihm selbst gemacht wurden, und der Unzahl von Kopien – Vyssotskij ist frech, respektlos, zuweilen recht grob. Die Menschen bewundern in ihm den Rebell, der sich den Mund nicht verbieten ließ, der auf verschlagene Art Dinge (scheinbar) harmlos sagte und doch haarscharf angriff. Sein Lied „Genossen Gelehrte", gesungen in Ton und Akzent eines wenig gebildeten Landbewohners (er hat z.B. Schwierigkeiten mit den wissenschaftlichen Ausdrücken), gewinnt immer noch Aktualität dazu. Landflucht einerseits und „Feuerwehr"-Arbeitseinsätze der „Kopfarbeiter" andererseits werden eher mehr als weniger.

Von Vyssotskij gibt es bisher wohl etwa 30 Lieder auf offiziellen Platten; von Okudshawa auch kaum mehr, dazu allerdings eine Reihe Gedichtbände, die praktisch jedoch nicht zu haben sind.

Da die Initiative für die Verbreitung bei uns vom Pläne-Verlag ergriffen wurde, fehlt der dritte große Barde; hier soll wenigstens sein Name genannt werden: Alexander Galitsch. Er war der Sänger des „Archipel GULAG", des großen Netzes der Straflager, und in der Bardenbewegung so etwas wie ihr Gewissen. Damit kann man ihn mit Alexander Solshenizyns Rolle in der Literatur der 60er Jahre vergleichen. Wie Solshenizyn und punktuell auch mit ihm wandte er sich gegen die politische Verfolgung von Schriftstellern, verlor alle Arbeits- und Auftrittsmöglichkeiten, wanderte 1974 in den Westen aus und starb wenige Jahre später. Seine Lieder lauten auf die Gleichung „Stalinismus = Faschismus", „Kolyma (sowj. Lagerregion) = Auschwitz"; deshalb passen sie westdeutschen Bewunderern der Sowjetunion nicht ins Konzept.

Bulat Okudshawa, Lieder, LP 88 213, G (Pläne), mit dt. Textbeilage
Vladimir Vissotzkij, Von der Erde und andere Lieder, mit dt. Textbeilage, LP 88 212, G (Pläne)
Vladimir Vissotzkij, Le vol arrêté, mit franz. Textbeilage, Doppel-LP, LP LDX 74762 (über Pläne)

Bulat Okudshawa

Liedchen vom amerikanischen Soldaten

Ich nehme den Mantel, den Wäschesack und den Helm.
Meine Uniform hat die Farbe von Laub und Lehm.
Ich marschiere über das höckrige Pflaster der Stadt.
Es ist so einfach, Soldat zu werden, Soldat!

Ich vergesse alle häuslichen Sorgen, wie befohlen.
Ich brauche keinen Arbeitslohn und keine Arbeit.
Ich ziehe dahin und spiele mit der Maschinenpistole.
Es ist so einfach, so einfach, Soldat zu sein!

Und geht etwas schief, dann ist es nicht unsere Sache.
Das Vaterland ruft – und wir sind auf Draht.
Wie gut, daß ich mir die Hände nicht schmutzig mache.
Ich bin ja ein einfacher Soldat, Soldat!

Der Mitternachts-Trolleybus

Will mich die Verzweiflung überwältigen
und sagt: Mach Schluß,
dann springe ich auf den blauen Trolleybus,
den letzten, zufälligen.

Fahr die Straßen entlang, Mitternachts-Trolleybus,
kreise, kreise, durch die Stadt.
Und nimm jeden mit, der in der Nacht erlitten hat
Schiffbruch, Schiffbruch.

Blauer Trolleybus, öffne die Türen.
Es haben in frostiger Nacht
Deine Matrosen, Deine Passagiere
mir das Herz wärmer gemacht.

Ich habe sie mit den Schultern berührt
und habe nicht mehr die Not gespürt.
Und wieviel Güte steckt doch, ich kann es bezeugen,
im Schweigen, im Schweigen.

Schwimm durch Moskau, letzter Trolleybus.
Moskau erlischt wie ein Fluß.
Und der Schmerz, der wie ein Specht in der Schläfe
hämmert,
verebbt, verdämmert.

Vladimir Vyssotski

Genossen Gelehrte …

Genossen Gelehrte, Dozenten und Doktoren;
ihr quält euch ab mit x-en, verheddert euch in Nullen,
sitzt und zerlegt Moleküle in Atome
und vergeßt dabei, daß auf den Feldern die Kartoffel »zersetzt«.
Aus Fauligem und Schimmel versucht ihr Heiltränke zu machen,
und Wurzeln zieht ihr bis zu zehnmal, bis es nicht weitergeht.
Ihr werdet euch damit um Sinn und Verstand vergnügen;
und währenddessen verfault und verschimmelt unsere Kartoffel »auf der
Wurzel«.
Also dann, mit dem Bus bis S'chodnja (Kleinstadt vor Moskau)
und dann in leichtem Trab und ohne Stöhnen zu uns,
denn wir achten doch wohl alle die Kartoffel,
wenn es auch ein Speckstückchen dazu gibt?

Ihr könnt euch in ganz Europa Ruhm erwerben, weil,
mit dem Spaten demonstriert ihr Patriotismus.
Sonst stürzt ihr euch in Massen auf Geschwüre,
zerschneidet Hunde mit euren Messern; das aber ist Banditismus.
Genossen Gelehrte! Hört mit eurem Messerfuchteln auf,
laßt eure Experimente, Hydrid und Anhydrid.
Setzt euch auf unseren Anderhalbtonner, schaukelt in unsere
Tambovschtschina (Wort für »finsterstes Dorf«).
Eure Gamma-Strahlen werden schon einen Tag oder so warten können.
Also dann, mit dem Bus …

Zu uns kann man auch Familien, Freunde und Bekannte mitbringen,
wir haben hier alle Platz, und danach werdet ihr sagen:
In Gottes Namen, sollen die Gene Gene und die Cromosomen
Cromosomen bleiben,
wir haben herrlich gearbeitet und uns herrlich erholt.
Genossen Gelehrte, werte Einsteine, herzensgeliebte, mit Tränen verehrte
Newtons,
unsere sterblichen Überreste werden doch alle in dieselbe Erde gelegt
(der Erde ist es ja gleich, Mineral oder Dünger).
So kommt, ihr Lieben, kommt in Zügen und in Kolonnen,
auch wenn ihr zuhause Chemiker seid und nicht an Christus glaubt.
Zuhause werdet ihr noch eingehen über euren Synchrofasatronen,
aber hier ist es ausgezeichnet und frische Luft.

Genossen Gelehrte, zweifelt nicht, ihr Lieben,
daß, wenn bei euch mal irgendetwas nicht klappt, nicht die richtigen
Ergebnisse rauskommen,
wir augenblicklich mit unseren Spaten und Forken bei euch erscheinen,
einen Tag oder so uns zu schaffen machen und den Defekt beheben.

Fernsehtip

Seit einigen Jahren nun wird der 10. Mai als „Tag des Buches" begangen – zum Gedenken an die Bücherverbrennungen der Faschisten am 10. Mai 1933. Anläßlich dieses Tages bringt das ZDF eine Livesendung: **„Die verbrannte Zeit"**. Szenische Collagen aus der Vergangenheit für die Zukunft von Hans Dieter Hüsch. Hüsch, zusammen mit anderen, trägt Texte, Prosa, Lyrik, Dialoge und Tagebuchnotizen vor – nach dem Motto Heines: „Wer Bücher verbrennt, wird eines Tages auch Menschen verbrennen". Die Festreden der Bürger und Staatsprominenz vor dem Beginn der Szenen kann man dem Gesamteindruck unterordnen. *Sonntag, 9.5., 10.25 Uhr im ZDF*. – Luchino Viscontis Sittengemälde des verblassenden Glanzes der sizilianischen Aristokratie, **„Der Leopard"**, beruht auf dem Roman von Lampedusa. In dem Film bildet der Kampf Garibaldis für ein geeintes Italien den geschichtlichen Hintergrund für die Studie des unaufhaltsamen Niedergangs einer Aristokratenfamilie – allerdings mit distanzierter Sympathie von seiten Viscontis. *Sonntag, 9.5., 21.05 Uhr im ARD*. – „Nicht mit uns", ein weiterer Film von Hark Bohm (Moritz, lieber Moritz; Nordsee – Mordsee) über Jugendliche, das Aussteigen, die Bedrängnisse dieser Gesellschaft. *Montag, 10.5., 21.20 Uhr im ZDF*. – Wirtschaftskriminalität, das wird jetzt auch zum interessierten Thema einer Fernsehspielreihe. Unter dem Motto **„Schwarz Rot Gold"** (wenigstens also mit Sarkasmus angegangen das Thema) gibts als erstes das Stück **„Unser Land"**. Hier gehts um Betrug mit der Mineralölsteuer und die aufopferungsvollen Zollfahnder der BRD. *Mittwoch, 12.5., 20.15 Uhr im ARD*. – Die chilenische Autorin Valeria Sarmiento setzt sich in ihrem Kamerafilm mit dem „Machismus", der Vorherrschaft des Mannes, insbesondere in bezug auf die lateinamerikanischen Sitten und Gebräuche, auseinander. **„Wenn einmal ein Mann kommt"**. *Donnerstag, 13.5., 22.05 Uhr im ZDF*.